Nr. 31. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 7. Februar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der russische Handelsvertrag

ist zum Abschluß gelangt und der „kritische Moment" für Reichskanzler und Reichstag steht nun unmittelbar bevor.

Das Steuerbouquet mit sammt dem famosen Finanz-Automaten des Herrn Miquel ist sang- und klanglos in die Leichenkammer der Begräbnißkommission geschafft worden, die uns „die schöne — aber ach so schnöde verkannte! — Leiche" aus Pietät noch einmal zeigen wird, um sie dann endgiltig dem Auge der verblendeten und undankbaren Sterblichen zu entziehen. Dieser Stein des Anstoßes, von dem man dachte, daß er zu langen und heftigen Debatten, vielleicht zur Auflösung des Reichstages führen werde, ist in aller Gemüthsruhe aus dem Wege geräumt worden — er ist „besorgt und aufgehoben" und macht Niemand mehr Kopfschmerzen, nicht einmal dem Herrn Miquel, der viel zu vernünftig ist, um nicht die Weisheit des Kindersprüchleins zu verstehen und zu üben:

Glücklich ist, wer vergißt,
Was nicht mehr zu ändern ist.

Zu ändern ist's nicht mehr — und mit Ausnahme der Kardorff, Stumm und einiger anderen melancholisch-weltschmerzlichen Inwohner des reaktionären Wolkenkukuksheim zerbricht im ganzen Deutschen Reichstag kein Mensch sich den Kopf und noch weniger das Herz um die unglückliche Militärvorlage, die so übereilt beschlossen worden, daß man die Hauptsache vergaß: nämlich den nervus rerum — ein richtiger Schildbürgerstreich, der aber nichts Tragisches hat. Der Militarismus hat seine Saugarme in den Einzelstaaten so gut wie im Reich; wenn alles versagt, dann füllt er sich mit Matrikularbeiträgen den nimmersatten Magen, und — sind die Zeiten etwa vorbei, wo es hieß: wir nehmen das Geld wo wir es finden? Ist das System, das so sprach, nicht noch heute am Ruder? Also der Militarismus denkt vorläufig noch nicht aus Sterben, und weder der Reichstag noch die Reichsregierung denkt daran, die Deckungsfrage zu einer Kraftprobe und Kabinetsfrage zu machen.

Nur eine Klippe bedroht noch das sonst auf ziemlich geglätteter Fluth dahingleitende Reichstagsschifflein, und das ist der russische Handelsvertrag, über den wir weiter unten Näheres mittheilen.

Eine Verwerfung des Handelsvertrags kann die Reichsregierung nicht ruhig hinnehmen: ihre Stellung nach Innen und nach Außen zwingt sie gebieterisch, in diesem Falle den Reichstag aufzulösen. Nun hat aber die konservative Partei dem russischen Handelsvertrag Krieg auf Leben und Tod angekündigt. Seit Monaten setzt sie Himmel, Hölle und Bismarck in Bewegung, um den Handelsvertrag und Caprivi zum Scheitern zu bringen. Und wenn die konservative Partei all ihre Minen rücksichtslos springen läßt und bis auf den letzten Mann gegen den Vertrag stimmt, so ist dessen Verwerfung so gut wie sicher. Und die Verwerfung des russischen Handelsvertrags heißt Auflösung des Reichstags.

Wird, kann die konservative Partei sich der Gefahr einer Auflösung des Reichstags aussetzen?

Da giebt es keinen Zweifel — nein!

Die Auflösung des Reichstags wäre die Vernichtung der konservativen Reichstagsfraktion. Die konservative Partei ist weder in Preußen noch im übrigen Deutschland eine selbständige Macht — mit Ausnahme einer Handvoll utopistischer Querköpfe, die nicht zählen, ist das, was sich heut konservative Partei nennt Regierungspartei, die von der Regierung abhängt, mit der Regierung stark, gegen die Regierung absolut ohnmächtig ist.

Das wissen die Herren Konservativen sehr wohl. Sie denken auch nicht an einen Kampf gegen die Regierung. Was wir schon früher sagten: sie kämpfen um die Regierung.

Noch bis vor kurzem glaubten sie Caprivi isoliren und einen der Ihrigen an seine Stelle schieben zu können. Es scheint nicht gelungen zu sein.

Entweder über den Stock oder über die Klinge! so bezeichneten wir schon vor Wochen das Dilemma, in welchem die Konservativen sind, wenn ihre Palast- und sonstigen Intriguen gegen Caprivi mißglücken.

Sie werden über den Stock springen — so sicher Caprivi bei der Abstimmung noch am Ruder ist, müssen wir als vorsichtige Leute hinzufügen, denn wir leben nicht in Verhältnissen, die von heute auf morgen eine feste Schlußfolgerung gestatten. Wir leben auf politischem Gebiet in den Tag hinein, wie unsere kapitalistische Gesellschaft auf ökonomischem Gebiet: wir leben in den Tag hinein, und von der Hand in den Mund. Wir wissen nicht, ob Herr von Caprivi in acht Tagen noch im Amt ist. Und er selber weiß es nicht — diese Ungewißheit ist das Charaktermal der gegenwärtigen Lage — beschämend und entmuthigend für die Vertheidiger der herrschenden „Ordnung der Dinge", und für uns Sozialdemokraten die schönste Bestätigung unserer Anschauungen und Hoffnungen.

* * *

Schon heute Mittag, wohl damit die Börse ihre Spekulationen danach einrichten kann? veröffentlichte das Wolff'sche Telegraphenbureau die die deutsche Ausfuhr betreffenden Hauptbestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrages, und erst am Abend erschien im „Reichs-Anzeiger" der offizielle Text derselben. Der Vertrag soll für 10 Jahre abgeschlossen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Diskussion über diesen Vertrag alle anderen Fragen auf Wochen hinaus in den Hintergrund drängen wird, war doch seit Monaten über die wichtigsten sozialen Probleme, über die ungeheure Noth und die von Woche zu Woche steigende Arbeitslosigkeit nicht im entferntesten so viel die Rede als über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Und dies ist begreiflich, handelt es sich doch bei diesem Vertrage um wichtige ökonomische Interessen der besitzenden Klassen. Diese ökonomischen Interessen sind heute das treibende Moment für unsere innere und äußere Politik. Deutschland ermäßigt den Schutzzoll für landwirthschaftliche Produkte, wofür Rußland seine Industriezölle ermäßigt. Der deutsch-russische Handelsvertrag kann dadurch, daß er die Interessensolidarität der industriellen und agrarischen Kapitalbesitzer sprengt und damit die größte That, die Bismarck für die besitzenden Klassen geleistet hat, daß er die eine reaktionäre Masse der herrschenden Klassen schuf, beseitigen. Solche Gegensätze werden bei dem hochgesteigerten Klassengegensatze zwischen deutscher Bourgeoisie und Proletariat und bei den Fortschritten unserer Partei in Stadt und Land die Haltung der besitzenden Klassen gegenüber den Forderungen der Sozialdemokratie nicht um Haaresbreite ändern, sie können aber innerhalb der besitzenden Klassen zu Aenderungen der politischen Machtverhältnisse und damit der Parteien führen, vor allem können sie zersetzend auf die nationalliberale und freikonservative Partei wirken, in denen Schlot- und Grubenbarone neben Vertretern der agrarischen Interessen sitzen. Für die Stellung Caprivi's ist der Erfolg oder Mißerfolg des Vertragsabschlusses entscheidend, für unser politisches Verhältniß zu Rußland und damit für die Erhaltung des Friedens ist es bedeutungsvoll. Aber nicht nur deswegen, sondern auch aus rein ökonomischem Interesse ist die Arbeiterklasse an dem neuen handelspolitischen Vertragsverhältniß mit Rußland erheblich mit interessirt. Um die Bedeutung der Aenderungen klar zu legen, ist es nothwendig, die wichtigsten Bestimmungen wiederzugeben. Dieselben sind in bezug auf unsere Ausfuhr nach dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau die folgenden:

Für den Pud[1]) in Rubeln[2]) Gold[3]): Kartoffelmehl, Stärke, Dextrin, Gemüse — bedeutend herabgesetzt resp. zollfrei; Hopfen — 3,50 (10,00); Saffian, Glacé, Chevreau, Chagrin, Leder mit eingepreßten Mustern jeder Art, lackirtes, kleines — 12 (15); Bisamfelle — 6,60 (18,00); Fuchsfelle — 12 (18); Lederhandschuhe — 2,55 (3 per

[1]) 1 Pud = 16,38 Kilogramm.
[2]) 1 Rubel nach heutigem Kurse.
[3]) Die oben angeführten Zahlen, welche nicht eingeklammert sind, bedeuten den neu vereinbarten Zollsatz, diejenigen in der Klammer den Zollsatz des allgemeinen russischen Zolltarifes von 1891.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [Alle Rechte vorbehalten

Helene. [36

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Zweiter Band.

I.

Schon waren in Bulgarien mehr als zwanzig blutige Schlachten geschlagen worden.

Der Krieg in diesem halb zivilisirten Lande gestaltete sich immer eigenartiger, unähnlich allen, die man bisher geführt, und die Kämpfe um Plewna waren so heiß und mörderisch, wie in keinem anderen europäischen Kriege vorher.

Plewna, die freundliche, friedliche Stadt, in die sich Osman Pascha mit seiner Armee von Helden geworfen hatte, war zu einem gewaltigen Bollwerk geworden, das uneinnehmbar schien.

Unter den Augen der angreifenden Russen selbst waren diese Verschanzungen entstanden, gegen welche die russischen und bulgarischen Jünglinge erbarmungslos getrieben wurden, um von dem Feuer der türkischen Batterien zu Tausenden dahin gestreckt zu werden.

Die Schluchten von Grivica waren mit Leichen gefüllt, die grünen Hügel mit Blut getränkt: „Achthundert in zehn Minuten," lautete ein Telegramm, das die Welt durchflog, um ihr die Wirkungen der neuen, verbesserten Waffen, der Peabody-, Martini- und Snider-Gewehre, mit denen die Türken zumeist bewaffnet waren, zu verkünden.

Darauf hatten sich die Russen nicht vorgesehen. Die Regierung hatte den Feldzug gegen die Türken in übermüthigem Selbstbewußtsein den Truppen als einen Spaziergang bezeichnet, der ihnen nur Siege und Beute bescheren würde; das goldene Horn sollte ihr Ziel sein, und nun belagerten sie Plewna seit fünf Monaten, ohne seinen Widerstand gebrochen zu haben.

Rußland war genöthigt, immer neue Verstärkungen heranzuziehen, da es aber keine strategisch angelegten Bahnen besaß und die Verkehrsverhältnisse Bulgariens die elementarsten waren, langten sie stets verspätet an.

So konnten sie nur nach und nach in die Aktion treten. Sie vermochten keinen entscheidenden Streich zu führen und mußten sich begnügen, die Gegner zu ermüden.

Aber Rußland hat viele Kinder, und es schien nicht, als ob es die Absicht hätte, dieselben zu schonen.

Auf dem Kriegsschauplatze aber wuchs die Verwirrung von Tag zu Tag, und steigerte sich zu völliger Rathlosigkeit.

Die Konzentration einer großen Armee in einem armen, entblößten Lande, die ungeheure, sich immer steigernde Anzahl der Kranken und Verwundeten brachten eine Summe von Elend mit sich, das schier nicht mehr ertragen werden konnte.

Es fehlte an Allem und die Lage der Soldaten war eine trostlose geworden, der der unbeholfene und unverläßliche Apparat der russischen Militärverwaltung ohnmächtig gegenüberstand.

Aber schon hatte sich die Privathilfe organisirt. Und wenn man jene mit der schweren Artillerie vergleichen konnte, so war diese die leichte Kavallerie zu nennen, die sich überall Bahn zu brechen wußte, und rechtzeitig am Platze war.

Sie besaß reichliche Mittel; die Intelligenz stellte sich ihr zur Verfügung, und sie arbeitete flink, in selbstloser, aufopfernder Weise.

Man ließ sie gewähren. Die Armeeverwaltung wußte nur zu gut, daß man nur durch die Mithilfe des rothen Kreuzes im stande war, einem Zustande der Verzweiflung vorzubeugen, der Gefahren in sich schloß, die alles in Frage stellen konnten.

Aber sie fühlte dunkel, daß damit eine neue Macht geschaffen war, die, ohne es zu wollen, in einen Gegensatz zu der Militärverwaltung selbst trat. . . . . .

Der Fall von Plewna schien nahe bevor zu stehen.

Es war gelungen, Osman Pascha die Zufuhr abzuschneiden, und seine Verbindung mit dem Balkan war unterbrochen.

Hunger und Krankheiten wütheten in der Stadt und Osman Pascha vermochte sich nicht länger zu halten.

Der Telegraph vermittelte diese Nachricht der ganzen russisch-rumänischen Armee. Osman Pascha versuchte indeß noch einen letzten, verzweifelten Ausfall. Montag, den 10. Dezember 1877, um sieben Uhr früh, war er in aller Stille aufgebrochen.

Er hatte mit seinen Truppen die alte Brücke bei Wid übersetzt und griff die nördlich-russische Position an, die am hohen linken Thalrande, in der Richtung von Gornji Netropolje aufgestellt war.

Der geniale Feldherr hatte den Punkt gut gewählt.

Es war der schwächste der Zernirungsarmee. Die Möglichkeit, hier durchzubrechen und den sie verfolgenden Russen zu entkommen, war da, aber ein Deserteur hatte den Plan an General Skobeleff verrathen, der noch Zeit fand, seine Maßnahmen zu treffen.

Der Aufeinanderprall war furchtbar. Die Türken fochten wie die Löwen, aber sie begegneten dem tapfersten Widerstand, und als die herbeieilenden Rumänen den Türken in die Flanke fielen, war ihr Schicksal entschieden.

Osman Pascha selbst ward verwundet und gefangen genommen. Die Türken streckten die Waffen und ergaben sich auf Gnade und Ungnade.

Armes Plewna, die Vernichtung in jeder Gestalt hatte hier ihre Orgien gefeiert, und man athmete den Pesthauch der Verwesung.

Aber Zar Alexander konnte als Sieger in Plewna einziehen, und er geruhte, in der von Hunger verseuchten Stadt seinen Lunch zu nehmen.

Von hier aus ließ er den heldenhaften Entschluß verkünden: „Der Krieg ist noch nicht zu Ende."

Den nächsten Tag war er nach Petersburg abgereist.

Pfund); Notizbücher und Portefeuilles aus Sämisch-Glacéleder, Saffian, Pergament pr. Pfund — 0,70 (2,00); Tischler-, Drechsler-, Schnitzarbeiten ermäßigt; Zement aller Arten 0,08 (0,10); Bernstein — ermäßigt; Töpferwaaren: Geschirr jeder Art, Ziegel — 0,25 (0,30); Thonplatten, Ofenkacheln, Steingutkrüge unbemalt — 0,20 (0,30); Geschirr verziert, bemalt, vergoldet 0,60 (0,75); Thonplatten, Kacheln, glasirt, mit Relief, buntfarbige — 0,50 (0,75); Thonplatten 2c. vergoldet, mit Skulptur — 1,50 (3,75); Fayencewaaren mit einfarbigen Mustern, aber nicht in der Masse gefärbt — 1,25 (1,40); dieselben mit Malerei 3,30 (3,75); Majolika, Glas, Glaswaaren — ermäßigt; Kohlen und Torf (über westliche Landesgrenze eingeführt) — 0,01 (0,02); Koaks desgl. — 0,015 (0,03); Mineralien, mineralische Produkte — ermäßigt; chemische und pharmazeutische Produkte — nicht besonders genannt — 1,50 (2,40); Kupferfarben und Arsenik-Kupferfarben 3,00 (4,00); Grünspan — 3,60 (4,00); Farbstoffe aus Theer — 14,00 (17,00); Gußeisen, besonders Genanntes ausgenommen, über westliche Landesgrenze eingeführt — 0,30 (0,35); Eisen: Band- und Sortireisen — 0,50 (0,60); Schienen — 0,50 (0,60); in Blättern jeder Art bis Nr. 25 Birminghamer Kaliber, Tafeln über 18 Zoll breit, Sortireisen über 18 Zoll breit oder hoch, oder über 7 Zoll dick, Façoneisen — 0,65 (0,85); Blätter über Nr. 25 Birminghamer Kaliber — 0,80 (1,00); Blech, Eisenblech überzogen — 1,55 (1,70); Stahl: Band- und Sortirstahl — 0,50 (0,60); Stahlschienen — 0,50 (0,60); in Blättern bis Nr. 25 2c. (wie bei Eisen) — 0,65 (0,85); in Blättern über Nr. 25 — 0,80 (1,00); Zinnfolie — 2,00 (8,00); Blei — ermäßigt; Zink: in Blöcken, Bruchstücken, Zinkasche — 0,45 (0,50); Zinkblech — 0,80 (1,00); Goldarbeiten jeder Art, Juwelierarbeit 2c. — 35,20 (44,00); Fabrikate aus Kupfer, Britannia-Metall — ermäßigt; Gußeisenfabrikate — ermäßigt; Eisen- und Stahlfabrikate — 1,40 (1,70); Eisen- und Stahlkesselarbeiten — 1,40 (1,70); elektrische Kabel aller Art — 2,00 (4,00); Draht aller Art, verzinnt oder sonst metallisch überzogen wird mit einem Zuschlag von 25 pCt. verzollt. Drahtfabrikate aus Eisen oder Stahl — 5,20 (9,00 resp. 4,40); aus Kupfer und Kupferlegierungen bis Nr. 29 inkl. Birminghamer Kaliber mit faserigem Materiale oder Guttapercha überzogen — 7,50 (9,00). Von Draht, der mit Seide, auch mit Beimengung von anderen faserigen Materialien überzogen ist, wird ein Zuschlag von 20 pCt. erhoben. Messerwaaren, Sensen u. a., Handwerkzeuge, Fabrikate aus Zinn, Zink 2c. — ermäßigt. Maschinen: aus Kupfer u. a. — 4,32 (4,80); Gasmesser, Gas-, Petroleum-, Dynamo-, elektrische Maschinen, Nähmaschinen, Lokomobilen, Tender u. a. — 1,40 (1,70); Lokomotiven — 1,80 (2,00); landwirthschaftliche Maschinen — 0,50 (0,70); Lokomobilen mit komplizirten Dreschmaschinen, Waagen mit Zubehör, Apparate für elektrische Beleuchtung — ermäßigt; Uhrwerke zu Wand-, Kamin-, Reise-, Tischuhren ohne Gehäuse oder getrennt vom Gehäuse, vom Stück 1 Rubel, außerdem für das Pfund[4]) 0,50 (0.75). Uhren mit vom Gehäuse ohne Hilfe eines Instruments untrennbaren Werken werden nach dem Materiale des Gehäuses verzollt und unabhängig davon wird eine Zollgebühr von 1,50 Goldrubel vom Stück für das Werk erhoben. Uhrwerke sogenannten amerikanischen Systems zahlen 60 Kopeken Gold das Stück, ohne Gewichtszuschlag. Solche Uhren unterliegen, wenn das Werk untrennbar mit dem Gehäuse verbunden ist, dem Gewichtszolle für das Gehäusmaterial und außerdem einem Stückzoll von 60 Kopeken Gold für jedes Werk. Uhrwerktheile jeder Art, nicht zusammengesetzt — 0,50 (0,75) für das Pfund. Flügel, nicht transportable Orgeln — 112 (132) für das Stück. Pianinos — 64 (80) desgl. Musikalische Instrumente, sowie Zubehör — 0,10 (0,20) für das Pfund. Kragen, Manschetten, Vorhemden aus Papier, auch mit Baumwollgewebe überzogen, ohne Spuren von Nähten, zusammengewogen mit den Kartons — 2,40 (24,8). Geleimtes Papier, Schreibpapier 2c. — ermäßigt, ebenso Oeldrucke, Noten, Karten, Pläne. Wolle gekämmte, nicht gefärbte — 4,50 (5,50), gefärbte — 6,00 (7,00); gesponnene, nicht gefärbt — 8,50 (9,00); gefärbte — 9,80 (10,50); gewundene, nicht gefärbt — 9,80 (10,50); gefärbte — 11,40 (12,00). Sammt und Plüsch, sowie Bänder daraus, mit Pohl aus Seide (oder bourre de soie), welche weder in der Kette noch im Einschlag Seide (oder bourre de soie) enthalten — auch mit einer höchstens halbzölligen Lisière aus Seide oder Halbseide — für das Pfund 3,00 (7,50). Gewebte oder gestrickte Zeuge aus Wolle oder Ziegenhaar mit oder ohne Baumwoll-Beimischung — 1,05 (1,20 resp. 1,50). Dieselben bedruckt unterliegen einem Zuschlage von 30 pCt. Gestrickte Fabrikate: seidene — 5,00 (7,50) für das Pfund; halbseidene — 1,90 (3,00); baumwollene — 0,50 (1,00); alle anderen — 0,60 (1,00) für das Pfund. Schnüre und Posamentierbänder, Fransen, Quasten 2c.: seidene und halbseidene — 1,90 (3,00); alle anderen — 0,60 (1,00) für das Pfund. Bei Baumwoll-Fabrikaten mit Seidenbeimengung tritt ein Zuschlag von 20 pCt. ein. Sonnen-, Regenschirme und Stöcke mit Schirmen per Stück: überzogen mit Halbseidenzeug — 1,50 (2,50); überzogen mit Wollenzeug — 0,60 (1,00); jeder Art mit oder ohne Ueberzug — 0,35 (0,50). Metallknöpfe, Porzellanknöpfe — ermäßigt. Galanterie- und Toilettesachen, nicht besonders benannte; Kinder-Spielwaaren: 1. werthvolle, aus Seide, Aluminium, Perlmutter, Schildpatt, Elfenbein 2c. — 1,80 (2,00) für das Pfund; 2. ordinäre, mit Theilen, Einfassungen 2c. aus nicht kostbaren Metallen und Metallkompositionen, Horn, Knochen, Meerschaum, Fischbein 2c. — 0,40 (0,50) für das Pfund. Bleistifte aller Art, zusammengesetzt oder nicht, zusammengewogen mit den Schachteln, in denen sie eingeführt werden — 0,35 (0,40) für das Pfund.

Auf grund des für den deutsch-russischen Handelsvertrag in Aussicht genommenen gegenseitigen Rechtes der Meistbegünstigung werden der deutschen Ausfuhr ferner auch die Tarifsätze aus dem russisch-französischen Handelsvertrag von 1893 zu gute kommen, sofern dieselben günstiger sind als diejenigen des nunmehr vereinbarten Tarifs.

Die Zugeständnisse Deutschlands an Rußland sind, abgesehen von der Ermäßigung des Getreidezolles noch nicht bekannt; deshalb wäre es zum mindesten vorschnell, über die Größe der von Rußland gemachten Zugeständnisse zu urtheilen. Die Ermäßigungen des russischen Zolltarifes erscheinen nicht unbedeutend, man darf aber dabei nicht vergessen, daß der russische Zolltarif von 1891 schon ein Kampfzolltarif war, der festgesetzt wurde, um in den Vertragsverhandlungen mit den auswärtigen Staaten scheinbar große Zugeständnisse machen zu können. Vielfach sind die russischen Zollsätze um 20 pCt., theilweise aber auch bis zu 80 pCt. ermäßigt.

Berücksichtigt man, daß unsere Exporteure jetzt nicht nach dem 1891er Zolltarif, sondern nach dem die deutsche Einfuhr fast ganz hindernden Kampfzoll ihre Waaren bei der Einfuhr nach Rußland verzollen mußten, so ist zuzugestehen, daß für die deutsche Ausfuhr nach Rußland künftighin bedeutend günstigere Bedingungen vorliegen, als bis jetzt, was wiederum auf die Industrie rückwirken muß.

Der Abschluß des Handelsvertrages müßte logischer Weise sofort zur Aufhebung der deutschen wie der russischen Kampfzölle führen; wir würden es als einen schweren Fehler unserer Regierung bezeichnen müssen, wenn derartige Abmachungen, von denen freilich bis jetzt nichts verlautet, nicht getroffen worden wären.

Für Rußland war der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland eine Lebensfrage, heute mehr denn je. Frankreich ist wiederum einmal daran, seine Getreidezölle, die ohnedies die höchsten auf der ganzen Welt sind, wiederum und zwar auf 8 Franken (6 M. 40 Pf.) zu erhöhen; dies bedeutet bei der Größe der Entfernung und dementsprechender Erhöhung der Frachtsätze eine außerordentliche Erschwerung der russischen Getreide-Ausfuhr. Bliebe nun auch Deutschland den russischen Getreideproduzenten verschlossen, so käme Rußland in eine sehr böse Situation. Da nun eine Ermäßigung der französischen Zölle bei der großen schutzzöllnerischen Majorität der französischen Kammer nicht zu erwarten war, mußte Rußland den Handelsvertrag mit Deutschland abschließen. Dies ist die einfache Erklärung des Vertragsschlusses und nicht das kindische Gerede von dem persönlichen Entschluß des Zaren.

In Russisch-Polen leidet schon jetzt die Landwirthschaft außerordentlich schwer unter den Schlägen des Zollkrieges, die Lage würde unerträglich geworden sein, ginge er nicht seinem Ende entgegen.

* * *

Ist der Handelsvertrag paraphirt, so ist für Rußland die Frage erledigt, in unserem Nachbarreiche giebt es kein Parlament, dem der Vertrag vorgelegt werden müßte; so hat der deutsche Reichstag das letzte, das entscheidende Wort zu sprechen. Und der deutsche Reichstag dürfte kaum den Vertrag ablehnen. Der Kaiser hat persönlich auf die Konservativen eingewirkt, und bei der Abhängigkeit der Junker als Regierungsbeamte und Abgeordnete von der Regierung dürfte Herr von Plötz bald ziemlich vereinsamt gegen den Handelsvertrag stimmen. Die „Post" erklärt sich schon heute mit dem Handelsvertrag einverstanden. Der Reichstag wird zwar bei der Abstimmung auf die Anwesenheit mancher Gegner des Handelsvertrages verzichten müssen, aber mit einer größeren Majorität, als man noch vor Wochen glauben durfte, den Vertrag akzeptiren. Sobald der Vertrag vollständig vorliegt, kommen wir auf denselben zurück. —

[4]) Das russische Pfund ist 409,5 Gramm schwer.

Man begann die Opfer von Plewna zusammenzulesen, sie waren enorm.

Woher all' die Hände nehmen, um die einen zu begraben und die andern zu verbinden?

Es war unmöglich, dies zu bewältigen.

Die Todten verfaulten unbegraben und die Verwundeten wurden unsortirt und unverbunden, wie Kälber, auf die mit Büffel bespannten Wagen geworfen, um fortgebracht zu werden, fort, nur fort!

Plewna war ein einziges, großes Leichenfeld geworden das seine mephitischen Dämpfe gen Himmel sandte.

Bulgareni, ein Dorf, etwa fünfundzwanzig Kilometer von Plewna entfernt, an der Straße nach Sistowa, war durch seine Lage bestimmt, der Hauptfortirungs-, Verbands- und Etappenplatz zu werden.

Es befand sich daselbst ein temporäres Kriegshospital, das zumeist die von den Türken verlassenen Häuschen für seine Zwecke in Anspruch nahm. Erst nachdem die ersten Schlachten vor Plewna geschlagen und die Kriegsfurie voll und ganz entfesselt war, war es der Gesellschaft vom rothen Kreuze gestattet worden, hier zwei Baracken mit je 150 Betten zu errichten, die nun mit den größten Geldopfern hergestellt worden waren.

In dieser Nacht war an die Hospitalverwaltung die Weisung gelangt, daß die großen Transporte von Verwundeten sich vom Schlachtfelde aus in Bewegung gesetzt hätten.

Die Aerzte und Schwestern, sowie das gesammte Sanitätspersonal hatten sich erst spät und ermüdet zur Ruhe begeben und schon standen sie einer neuen, schier nicht zu bewältigenden Aufgabe gegenüber.

Es war ein kleines einstöckiges Haus, aus Fachwerk roh gefügt, das die Gesellschaft vom rothen Kreuze gemiethet und für die Schwestern eingerichtet hatte.

Eine hölzerne Treppe führte aufwärts nach einer gedeckten Gallerie, die als eine Art Vorzimmer in Verwendung stand; dahinter lag ein großer, mit vier Fenstern versehener Raum, der den Schwestern als Wohn- und Schlafgemach diente.

Die primitivsten und luxuriösesten Gegenstände konnte man da beisammen finden, das Aermlichste, das hier heimisch war, zugleich mit dem Vornehmsten, das die Gönner des rothen Kreuzes gespendet hatten.

Der schmutzige, nicht gedielte Fußboden war mit einem dicken, orientalischen Teppich bedeckt und ein solcher hing von der niederen Decke herab, das Gemach in zwei Hälften theilend. Farbenprächtige Polster aus Eselstaschen waren längs der Wände zu Sitzen gehäuft, zwischen russigen Kesseln und kothigem Schuhwerk, seidenen Tüchern und zerrissenen Lappen, kostbaren Necessaires und thönernen Waschbecken, die die engsten Verbindungen eingegangen waren.

Auf einer umgestürzten, ungehobelten Kiste, welche als Tisch diente, befand sich ein herrlicher Samowar, der unter dem Lichte der Hängelampe silbern erglänzte. Der große Raum war mäßig erhellt; es war vier Uhr Morgens und das Thermometer in der Stube zeigte nur wenige Wärmegrade.

Hinter dem Teppich, auf dünnen Matratzen gelagert, schliefen die Schwestern, während die geistliche Oberin, Schwester Maria vom Orden der Kreuzerhöhung, einen kleinen, durch einen Plaid noch besonders abgetheilten Raum für sich hatte.

Die Thür vom Vorzimmer her ging knarrend auf. Eine Aufwärterin kam fröstelnd und seufzend herein und rieb sich die Hände.

„Ach Gott, diese Kälte, und hier ist das Feuer ausgegangen."

Sie begann in den kleinen eisernen Ofen frisches Holz einzulegen, das nicht brennen wollte.

Sie schimpfte und warf so lange getrockneten Kuhmist darauf, bis endlich eine Flamme emporzüngelte, dann ging sie hinaus.

Die herrschende Stille wurde jetzt durch ein heftiges Schneuzen unterbrochen. Es war das Alarmzeichen, das Schwester Wjerotschka ertönen ließ, die der Gemeinschaft der barmherzigen Wittwen angehörte.

Sofia Alexandrowna Dodukoff, die in diesem Hospital als Arzt in Verwendung stand, war rasch emporgefahren.

Sie setzte sich aufrecht, und sich mit der Hand über die Stirne fahrend, begann sie sich zu ermuntern.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar.

Aus dem Reichstage. In Fortsetzung der Berathung über den Etat des Reichsamts des Innern brachte heute der Abgeordnete Bebel die in Hamburg noch immer bestehenden öffentlichen Häuser und den von dort aus nach dem Auslande betriebenen Mädchenhandel zur Sprache.

Die Reichsregierung weiß von diesen skandalösen Zuständen natürlich **nichts**. Da Bebel bei seinen Angaben sich durchweg auf amtliche Aktenstücke berief, wird die Reichsregierung doch kaum umhin können, der in Hamburg betriebenen Schandwirthschaft etwas näher auf die Finger zu sehen.

Im weiteren Verlauf der Debatte regte Bebel noch die Ausdehnung der Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik auf sämmtliche Lebensmittelgewerbe an und Schoenlank tadelte die Geheimnißkrämerei bei den Enqueten über die Arbeits- und Erwerbsverhältnisse und das mangelnde Zusammenwirken der statistischen Behörden in den Einzelländern und dem Reiche.

Prinz v. Carolath regte die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin an, während der Demokrat Lenzmann sich zum Anwalt von Beschwerden machte, welche von Beamten des Reichsamtes erhoben wurden, daß sie beim Kaiser-Geburtstagsessen nicht an erster, sondern an zweiter Stelle plazirt wurden.

Nachdem Singer sich über diesen Streit aus der Mandarinenordnung und deren demokratischen Anwalt lustig gemacht hatte, konstatirte Langerhans noch, daß Preußen gleich anderen, auf niedriger Kulturstufe stehenden Ländern, noch keine obligatorische Leichenschau habe, während unsere Genossen Wurm und Zubeil die Schäden des denaturirten Spiritus für eine Reihe gewerblicher Arbeiter zur Sprache brachten. Bei fast leerem Hause wurde die Sitzung um 1/26 Uhr geschlossen. —

Zur Währungsenquete. Das Reichsschatzamt hat nunmehr die Berufungen in die neue Silberkommission, oder, wie diese offiziell heißt, in die Kommission zur Berathung von Maßregeln „zur Hebung und Befestigung des Silberwerthes" ergehen lassen. Der „Liberalen Korrespondenz" zufolge ist Herr Dr. Bamberger Mitglied der Kommission, wahrscheinlich gehört er aber blos zu den Personen, welche von der Kommission vernommen werden sollen. Außerdem wird Herr v. Kardorff und Graf Mirbach genannt. Herr v. Posadowsky wird, wie von anderer Seite gemeldet wird, wegen Ueberlastung mit anderen Geschäften den Vorsitz in der Kommission nicht führen. Es ist übrigens merkwürdig, daß der „Reichs-Anzeiger" es bisher unterlassen hat, die Namen der Mitglieder der Kommission und der zu befragenden Personen zu veröffentlichen. Das offizielle Blatt der Reichsregierung zeigt eine besondere Fertigkeit darin, allen anderen Blättern in der Information über Regierungsakte nachzuhinken.

In bezug auf die Währungsenquete liegen gerade jetzt zwei außerordentlich beachtenswerthe Urtheile über den Stand der Währungsfrage vor, doppelt bedeutsam sind sie, weil sie von hervorragenden Kennern der Währungsfrage ausgehen, die früher zu den geistigen Leitern der internationalen Doppelwährungsbestrebungen gehörten. Der eine ist der holländische Finanzminister Pierson, der andere Professor Lexis, dessen Schüler der bimetallistische Agitator Arendt ist, der wieder der Souffleur des Herrn von Kardorff ist. Lexis schreibt in einem „die Aussichten der Goldproduktion" überschriebenen Leitartikel der „Kölnischen Zeitung". Lexis führt aus, daß einer der gewichtigsten Gründe für die Einführung der Doppelwährung die Befürchtung war, daß die Goldgewinnung nicht ausreichen werde den Bedürfnissen der Staaten zu genügen, welche die Goldwährung einführen wollten. Nun aber haben sich die Vorhersagungen nicht bestätigt und die Goldgewinnung hat sich seit 1883 so gehoben, daß sie beinahe wieder die Durchschnittshöhe erreicht, die sie in ihrer Glanzzeit, den fünfziger Jahren aufwies. Er schließt seinen Artikel mit den Worten:

> Die Frage mag offen bleiben, ob bei diesem Stande der Goldproduktion alle Staaten, die die Goldwährung wünschen, dieselbe wirklich erhalten und behaupten können; sicher aber ist, daß reiche und wirthschaftlich hoch entwickelte Länder, zu denen auch Deutschland gehört, die Goldwährung aufrecht erhalten können, ohne daß für sie Goldknappheit, wie sie im Anfang der achtziger Jahre zu drohen schien, auf absehbare Zeit zu befürchten wäre.

Den bimetallistischen Illusionen hat kürzlich auch der holländische Finanzminister Pierson, der früher selbst Bimetallist war, ein vernichtendes Urtheil gesprochen. Herr Pierson war früher Professor der Staatswissenschaften und später Mitglied der Direktion der Niederländischen Bank. Lange Jahre hindurch zählte er zu den überzeugten Bimetallisten, und die holländischen Delegirten auf der Brüsseler Konferenz sind noch, doch wohl mit seiner Zustimmung, für den vertragsmäßigen Bimetallismus eingetreten. Aber Herr Pierson hält nunmehr den internationalen Bimetallismus für unmöglich und begründete diese Ansicht in der Kammer bei der Etatsdebatte mit folgenden Ausführungen:

> „Es scheint mir, daß an eine bimetallistische Union, wie man sie sich ursprünglich gedacht hatte, wobei die freie Ausprägung eingeräumt würde, in einem angenommenen Verhältniß beider Metalle nicht mehr zu denken ist, und wohl darum, weil man sich über das anzunehmende Verhältniß nicht mehr wird einigen können. England z. B. wird niemals ein Verhältniß von 1 : 15½ annehmen. Ein solches würde hauptsächlich zur Folge haben, daß das Silber sich von einem Stand von 32 Pence auf einen von 61 Pence erheben würde; das würde im Osten eine sehr große Störung im Verkehr nach sich ziehen und zugleich einen großen Anreiz zur Vermehrung der Produktion bilden. Man kann über das Wünschenswerthe denken, wie man will, aber ich glaube, daß man in England unter den Bimetallisten keine drei sachverständige Personen finden wird, die an die Möglichkeit glauben, daß England zu bewegen wäre, zu einer bimetallistischen Union überzugehen auf einer Basis von 15½. Ein höheres Verhältniß etwa von 20, 22 oder 25 würde aber wieder anders geartete Beschwerden hervorrufen, besonders wegen der Millionen, welche die davon untrennbare, schwerere Ausprägung von Silbermünzen in Ländern mit Silbergeld kosten würde. Ich weiß, daß es Personen in den Niederlanden giebt, die die Sache eines großen Opfers werth erachten; aber ist man zu einem solchen Opfer auch bereit? Das ist die Frage! Wenn eine Basis von 1 : 25 angenommen wird, würde das Opfer für Frankreich eine Milliarde ausmachen. Nun frage ich Jeden, der die finanzielle Literatur des Tages verfolgt, ob er denkt, daß man Frankreich bereit finden wird,

dieses Opfer zu bringen zu gunsten einer bimetallistischen Vereinigung auf der Basis von 1:25. Ich glaube, daß Frankreich dafür keine halbe, keine viertel Milliarde übrig haben wird. Ich will nicht sagen, daß in Frankreich Niemand der Münzfrage große Beachtung schenkt; aber die dies thun, sind doch nur sehr vereinzelt. Sollte Belgien zu einer bimetallistischen Union auf dieser Grundlage übergehen, Belgien, das so viele Fünffankstücke hat prägen lassen, oder Italien, das jetzt mit so großen finanziellen Mühseligkeiten zu kämpfen hat? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein: die bimetallistische Vereinigung auf der Grundlage von 1:20 oder 25 hat keine Aussicht.

„Nach meiner Meinung steht fest, daß für ein Handelsvolk wie das unserige Stetigkeit der Währung sehr nothwendig ist, und ich halte es für wenig zweifelhaft, daß diese Stetigkeit mehr bei dem Gold als bei dem Silber zu finden ist. Ich erinnere daran, daß Britisch-Indien sich angestrengt hat, die Silberwährung aufrecht zu halten, und es nicht hat durchführen können. Es hat vor kurzem die Rupie zum Zeichengeld machen müssen durch Schließung der Münzen. Man fragt auch: Warum versteckt Ihr Euch bei dem Besprechen unseres Münzwesens stets hinter England? Aber man mag es nennen, sich Verstecken hinter England, wenn man einfach konstatirt, daß es gradezu eine That von weitgehender Verwegenheit wäre, den Bimetallismus ohne Englands Mitwirkung jetzt durchführen zu wollen. Ich habe vor zwölf Jahren anders darüber gedacht, aber seitdem die Silberproduktion zu 4 800 000 Kilogramm aufgestiegen ist, d. h. vier Mal so viel als vor 25 Jahren, halte ich es nicht mehr für möglich, ohne England das bimetallistische System in richtige Wirksamkeit zu setzen, und ich fürchte nicht, daß irgend ein Finanzminister der Versuchung erliegen könnte, es anders zu machen. Weder Deutschland, noch Frankreich, noch Oesterreich, überhaupt kein Land in Europa, wird jemals einer bimetallistischen Union beitreten, so lange man nicht Englands kräftiger Mitwirkung versichert ist."

Zum Kapitel vom Nothstand. Der herrschende Nothstand wird zum Theil noch verschärft durch recht bezeichnende Maßregeln der Staatsverwaltung. Aus Reichwall bei Tyhernfurth in Schlesien wird uns berichtet, daß dort eine große Ziegelei mit zwei Maschinen und zwei großen Ringöfen sich befindet, die dem vielfachen Millionär Pringsheim in Breslau gehört. Obgleich nun in dem Orte Arbeiter in Menge vorhanden sind, die arbeiten möchten, hält es Herr Pringsheim für vortheilhafter, Korrigenden aus der Korrigendenanstalt zu Schweidnitz zu beschäftigen. Allwöchentlich stehen 50 derselben unter 2 Aufsehern in Arbeit und die „freien" Arbeiter haben das Zusehen. Die Aufseher sollen per Woche extra 10,50 M. Auslösung erhalten. Herr Pringsheim verlangt, daß die Arbeiter für 1 Mark per Tag, wovon sie unmöglich leben können, die schwere Arbeit verrichten. Im Sommer erhalten sie für eine Arbeit, die von früh 5 Uhr bis Abends 7 Uhr mit kurzen Unterbrechungen währt, 1,80 M. Das ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Aber die dortigen Arbeiter sind ganz in den Händen Pringsheim's, da es andere Arbeit nicht giebt. So helfen Staat und Bourgeois brüderlich die Arbeiter zu Grunde zu richten und dann stellen sich die Vertreter des Staats hin und erklären im Brustton sittlicher Ueberzeugung: Einen Nothstand giebt's nicht. —

Reichstags-Abgeordneter Freiherr von Unruhe-Bomst hat gemäß der Weisung des Bundes der Landwirthe sein Mandat nun doch niedergelegt. Derselbe erhielt im ersten Wahlgange 6958 Stimmen, während 755 Stimmen auf den deutschkonservativen, 1881 auf den freisinnigen Kandidaten, 6607 Stimmen auf den polnischen Kandidaten entfielen. Außerdem wurden 167 sozialdemokratische und 271 antisemitische Stimmen abgegeben. Bei der Stichwahl siegte der Abgeordnete Freiherr von Unruhe-Bomst mit 9250 Stimmen gegen 7647 über den Polen.

Das Zivilehegesetz ist dem ungarischen Reichstage zur zweiten Lesung zugegangen. Die Verschleppungsanträge der ultramontanen Opposition wurden von der Majorität des Hauses abgelehnt. —

Vaillant-Marchal wurde von uns in bezug auf seinen Geisteszustand mit Hödel verglichen. Je mehr wir über den ersteren erfahren, desto frappanter drängt sich die Aehnlichkeit auf. Und auch nach dem Tode dauert sie noch fort: die Sezirung Vaillant's ist verweigert worden, ebenso wie weiland die Hödel's. Vor einem Mord bebt die bürgerliche Gesellschaft nicht zurück, aber sie will es nicht schwarz auf weiß haben, daß sie einem Geisteskranken den Kopf abgeschlagen hat. —

Die Franzosen und Engländer haben sich wieder einmal in Afrika (im Sofala-Lande) geprügelt. Es scheint sich ein kleiner Kolonialkrieg in Afrika zwischen zwei in Europa im vollsten Frieden lebenden Staaten zu entwickeln. Die Engländer behaupten, daß die Franzosen angegriffen haben, aus Frankreich liegen noch keine Nachrichten vor. —

Die Schließung der Universität Brüssel war ein sehr großer Fehler, das beginnen die Urheber dieser Maßregel einzusehen. Sie versprechen jetzt, die Universität demnächst wieder zu öffnen, und wollen auch die meisten Relegationen zurücknehmen. Inzwischen ist aber die neue „freie" Universität bereits in vollen Gang gekommen, und die Freunde der Lehrfreiheit, die sich als Herren der Lage fühlen, werden auf einen Kompromiß sicher nicht eingehen. —

Ein Sozialistengesetz hat die Regierung der Niederlande angekündigt, um die großkapitalistischen Angstmeier der Ersten Kammer zu beruhigen. — Die Herren scheinen der Meinung zu sein, daß der Sozialismus in Holland erst jetzt gefährlich für sie zu werden droht. —

Die Partei der „unabhängigen Arbeiter", die fast ganz auf dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie steht, hielt am 2. Februar in Manchester ihre Jahresversammlung ab. Der „Frankfurter Zeitung" wird hierüber aus London geschrieben: „Unter den etwa hundert Delegirten befanden sich außer dem Vorsitzenden, Abgeordneter Keir Hardie, auch Ben Tillet, Tom Mann und Dr. Aveling. Keir Hardie sprach sich über den Fortschritt der Partei höchst zuversichtlich aus. Es gebe jetzt, so führte er aus, nahe an 400 Zweigverbände im vereinigten Königreich, indessen sei eine festere und einheitliche Organisation dringend wünschenswerth, um bei den munizipalen und parlamentarischen Wahlen mit größerer Energie verfahren zu können. Denn nur dadurch, daß die Arbeiter in immer größerer Zahl eigene, von beiden politischen Parteien unabhängige Kandidaten aufstellten, könnten sie hoffen, die ihnen gebührende Macht im Parlamente und Lande zu gewinnen. Daß sich diese unabhängige Partei im Laufe der Jahre in eine große sozialistische entwickeln wird, ist bei dem schnellen Ausbreiten sozialistischer Lehren unter den englischen Arbeitern mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen." —

In Italien herrscht „Ruhe" und das Standrecht. Verhaftungen, Verurtheilungen, — Verurtheilungen und Verhaftungen — und da diese Speisekarte von Nachrichten etwas monoton ist, so nennt man die „Anarchisten", „Sozialisten" und sonstigen Umstürzler jetzt zur Abwechslung „Räuber". —

Eine Hungerkur für Italien! Das ist der geniale Heilplan, auf den der italienische Bismarck verfallen ist. Italien hat zu viel Säfte, zu viel Nahrung, den Sizilianern geht es zu gut, das Volk lebt zu üppig, es wird vom Hafer gestochen, die Unruhen waren blos die Ausgeburt eines überfüllten Magens. Da muß der Brotkorb höher gehängt werden! — Also denkt Crispi, und hat zur Heilung des Volks und der Staatsfinanzen eine Erhöhung der Kornzölle beschlossen.

Blaue Bohnen und Brotvertheuerung! Wahrhaftig, Crispi ist ein genialer Staatsmann! —

In Südspanien bereitet sich ein zweites Sizilien vor. Wie wir seiner Zeit gelegentlich der „anarchistischen" Unruhen in und um Xeres ausführten, leben die Bauern dort in dem tiefsten Elend — der Grundeigenthümer saugt sie aus und der Staat preßt ihnen vermittelst der Steuerschraube den letzten noch übrigen Pfennig aus und überläßt sie dann dem Hunger und der Verzweiflung. Jetzt sind in jenen Gegenden „Räuberbanden" aufgetaucht und demnächst wird wohl das Trauerspiel der sizilianischen Hungerrevolution auf spanischer Bühne aufgeführt werden.

Damit man uns nicht vorwerfe, wir malten tendenziös schwarz, wollen wir nachstehende eine durch die nationalliberale Presse gehende (von uns aus dem „Leipziger Tageblatt" entnommene) Notiz zum Abdruck bringen:

> Die Zustände in Südspanien nähern sich anscheinend immer mehr denen, welche auf Sizilien den Ausbruch der jetzt, äußerlich wenigstens, bemeisterten Unruhen verursachten, mit dem Unterschiede, daß die spanischen Unruhestifter noch offener, als ihre sizilianischen Genossen kommunistische und anarchistische Neigungen hervorkehren. Unter der Landbevölkerung der Provinzen Cadix, Jaen und Cordova herrscht panischer Schrecken, da das Brigantenthum sich dort in einem früher nicht gekannten Maße vermehrt und sogar am hellen lichten Tage seine Plünderungszüge ausführt. Die Gendarmerie hat alle Hände voll zu thun, aber da sie nicht an zehn und mehr Punkten zugleich sein kann, so hat sie nur zu häufig das Nachsehen und die Uebelthäter gehen frei aus. Eine Anzahl wichtiger Verhaftungen ist ihr freilich geglückt, aber die Lücken in den Reihen der Verbrecher werden bald genug durch Zuzug ausgefüllt, so daß ein rechter Erfolg der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen nicht zu spüren ist. Von den führenden Organen der andalusischen Tagespresse wird der Ruf nach mehr Gendarmen und eventuell nach Zuziehung militärischer Hilfe erhoben; wirksamer als diese, doch immer nur die äußere Schale, nicht den Kern des Uebels treffenden Repressionsmaßregeln würde die Linderung des unter der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung herrschenden Nothstandes sich erweisen, wenn dem Staate nur die ad hoc nöthigen Mittel zu Gebote ständen. Aber bei den derzeitigen spanischen Finanzverhältnissen, die nicht zuletzt eine Folge des schmachvollen Raubsystems spanischer Beamten sind, ist überall die größte Einschränkung geboten. Unter diesen Umständen sieht man zum Frühjahr einer erheblichen Zunahme der Auswanderung entgegen. Der Zug der Europamüden aus Südspanien wendet sich mit Vorliebe der algerischen Provinz Oran und den südamerikanischen Republiken zu, wo alljährlich Tausende von Einwanderern den Grundstock der Bevölkerung spanischer Abkunft vergrößern helfen. Man sieht aus alledem, daß in Südspanien wichtige volkswirthschaftliche Probleme ihrer Lösung harren, welche das volle Augenmerk der offiziellen Madrider Kreise in Anspruch nehmen.

Sehr vernünftig.

Man sieht, die Herren Bourgeois kennen recht wohl die Schäden der bestehenden Gesellschaft. Sobald es aber in Spanien zum Aufstand kommt, wird ihn die Bourgeoispresse, ähnlich wie jetzt in Sizilien, auf die Verschwörungen, Lügen und Hetzereien der Anarchisten und sonstigen Umstürzler zurückführen. —

Aus Creta wird wieder von türkischen Grausamkeiten und einem drohenden Aufstand der unterdrückten griechischen Bevölkerung gemeldet. Statt aus Creta sollten wir eigentlich sagen: über Creta. Denn diese Alarmberichte, die beiläufig alle zwei oder drei Jahre auftauchen, sind von russischen Spitzeln geschrieben. Es scheint, daß im Mittelmeer oder am Bosporus irgend eine Teufelei geplant wird, die — nach bekannter Manier — durch einen papiernen „Aufstand von Creta" gedeckt werden soll. —

Parlamentarisches.

Die Stempelsteuer-Kommission begann heute die Berathung über Ziffer 5 des Tarifs (Lotterieloose). Zu diesem Theil des Gesetzes ist von den Sozialdemokraten ein Antrag eingebracht, welcher folgenden Wortlaut hat: „Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Pferderennen und anderen öffentlichen Glücksspielen — 50 vom Hundert."

Der Abg. Gröber hatte beantragt:

„Den Spieleinlagen stehen gleich die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Pferderennen und anderen öffentlichen Glücksspielen."

Zur Begründung seines Antrages führte Gröber aus, daß in Deutschland im Zivilrecht ein Unterschied bestehe zwischen Wette und Spiel. Man sagt, die Wette dient dazu, um eine Meinungsverschiedenheit auszugleichen, während es beim Spiel auf den Gewinn abgesehen sei. Es giebt Länder, in denen Spiel und Wette gleich behandelt wird. Die Rennwetten haben das mit dem Spiel gemeinsam, daß die Hoffnung auf den Gewinn die Triebfeder ist, welche zum Einsatz bei den Wetten führt. Auch hänge die Entscheidung von Zufälligkeiten ab. Kein Mensch ist in der Lage, vorher zu sagen, welches Pferd gewinnt, denn wer kann sagen, wie das Pferd an dem Renntage disponirt ist und welche Zufälligkeiten eintreten, durch welche die Entscheidung herbeigeführt wird. Das Spiel am Totalisator ist eine Art Hazardspiel und es ist deshalb die Frage berechtigt, ob man nicht besser thäte, diese Spiele überhaupt zu verbieten. Ein Verbot wird sich aber so lange schwer rechtfertigen lassen, so lange die Staaten noch Lotterien unterhalten. Fiskalisch muß man die Wetten dem Spiel gleichstellen und ebenso besteuern.

Der Abg. Singer führt aus: Wir stimmen gegen die Einführung des Lotteriestempels, weil wir das Lotteriespiel verdammen und ein Verbot desselben herbeizuführen suchen. Die Förderung der Spielwuth ist unsittlich; wenn das Reich seine Einnahmen aus dem Spiele zieht, wird dasselbe so lange erhalten, als das Reich die Einnahmen aus demselben nicht entbehren kann. Im Volke hält man die Wirkungen des Totalisators für unsittlich und Verderben bringend, deshalb würde man den Volksanschauungen am meisten Rechnung tragen, wenn diese Spiele auf den Rennplätzen verboten würden. Ein direktes Verbot kann man in diesem Gesetze nicht unterbringen und da keine Aussicht vorhanden ist, daß es in nächster Zeit erlassen wird, so haben wir unsern Antrag so formulirt, daß nach dessen Annahme die Aussicht auf Gewinn bei den Rennwetten fast gänzlich verschwindet. Nicht um dem Fiskus große Einnahmen zuzuführen, sondern um eine Abkühlung der Spielwuth zu fördern, haben wir den Antrag eingebracht. Es wird behauptet, daß es nicht möglich ist, dieses Spielen zu verbieten, weil das Wetten und Wagen im Volkscharakter begründet ist. Nicht den kühnen Wagemuth wollen wir zerstören, sondern die schlimmen, unsittlichen Ausschreitungen desselben. Zu welcher Höhe sich die Wettlust entwickeln kann, sieht man an England. In jenem wegen seiner Muckerei und Frömmigkeit bekannten Lande haben die Wetten einen Umfang angenommen, von welchem wir, zu unserm Glück, noch gar keine Ahnung haben.

Der bayerische Bundesraths-Bevollmächtigte stellt fest, daß in Bayern der Totalisator erst später, wie in anderen deutschen Staaten eingeführt ist und dort die Betheiligung an denselben hinter andern Rennplätzen zurückbleibt.

Gamp bedauert, daß Bayern so wenig zu einer solchen Steuer beitragen würde, es würde durch die geringe Betheiligung einzelner Gegenden eine ungleiche Vertheilung der Lasten herbeigeführt. Wenn der Antrag Singer angenommen würde, dann würde keine Einschränkung des Spiels herbeigeführt, sondern die Spieler würden nur noch 50 pCt. mehr verspielen. So viel Leute als an der Börse werden durch den Totalisator nicht ruinirt. Redner hat noch nie gehört, daß sich jemand wegen Verluste beim Rennen das Leben genommen hat. Auch würde durch Besteuerung des Totalisators die Buchmacherei gefördert werden.

Da die meisten Kommissionsmitglieder die Einrichtung des Totalisators und der Buchmacherei nicht kennen, giebt der Vorsitzende der Kommission, Freiherr v. Manteuffel, eine Darstellung der Spielregeln und verspricht, daß in der nächsten Kommissionssitzung ein Totalisator aufgestellt wird.

Dr. Friedberg: Durch den Totalisator ist der Spieltrieb in viel solidere Bahnen gelenkt. Die Leute, welche durch Spiel ruinirt sind, haben ihr Geld nicht beim Totalisator, sondern bei dem Spielen verloren, welches in den Sportklubs nach dem Rennen veranstaltet wird.

Richter: Der Totalisator wirkt gerade so wie die Spiele in den Bädern. Dadurch, daß er öffentlich gestattet und zur priviligirten Einrichtung gemacht wird, fördert man die Spielwuth.

Singer: Wenn bei den Rennen die Spiele folgen, von denen Dr. Friedberg sprach, dann ist das ein Grund mehr, die Rennen einzuschränken. Interessant bei der Debatte ist es, daß die Vertreter der Regierung so hartnäckig schweigen, während sie sonst bei jeder Gelegenheit in die Debatte eingreifen. Wenn wir bei der Börsensteuer nicht mit ähnlichen Vorschlägen gekommen sind, so liegt es daran, weil dort die Schäden nicht durch ein Steuergesetz beseitigt werden können. Wenn ein Börsengesetz gemacht werden soll, dann werden wir schon Mittel zur Beseitigung der bestehenden Schäden vorschlagen.

Graf Posadowski theilt die Summen mit, welche am Totalisator eingesetzt werden.

Schoenlank: Es ist ein Irrthum, wenn man annimmt, daß nur wohlhabende Leute ihr Geld bei den Rennen verspielen. Viele junge Leute setzen ein, um zu gewinnen. Wenn sie mehr verspielt haben, als sie ausgeben konnten, dann werden sie oft auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Eigenthümlich ist es, daß man die Buchmacher kennt und auch über das Treiben in den Sportklubs unterrichtet ist, und daß die Polizei gegen so offenkundige Verletzungen der Gesetze nicht einschreitet.

Eine Abstimmung über die Anträge findet erst in der nächsten Sitzung statt.

Parteinachrichten.

An die Parteigenossen!

Die Vertrauensmänner zahlreicher Orte wenden sich beschwerdeführend an den Parteivorstand darüber, daß ihnen von der Nr. 1 des „Sozialdemokrat" keine Probe-Exemplare behufs Abonnentensammlung zugegangen sind.

Allen diesen Beschwerden diene zur Erwiderung, daß Probe-Nummern, wie wir seinerzeit wiederholt bekannt machten, nur dahin gesandt wurden, von wo Bestellungen vorlagen. Nach Partei-Orten, welche keine Bestellung einsandten, ist auch nicht expedirt worden.

Soweit noch Probe-Nummern gewünscht werden, sind Bestellungen zu richten an

Die Expedition des „Sozialdemokrat".
Beuthstr. 2.

Berlin, 6. Februar 1894.

* * *

Die deutsche Reichsfreiheit begrüßen zu dürfen, ist für einen, der lange Monate hinter Schloß und Riegel zugebracht, immerhin ein herbeigesehntes Glück und dies Glück wurde am Montag, den 5. Februar, dem Genossen Feldmann-Langenbielau zu Theil. Feldmann hatte sich eine Gefängnißstrafe von einem Jahre zugezogen durch Veröffentlichung einer Thierfabel, in der eine Majestätsbeleidigung enthalten sein sollte. Ob er nun durch die lange Kerkerhaft von seiner Schuld überzeugt sein wird, ob er nun „gebessert" ist?

* * *

Die Sozialdemokraten an der Arbeit. Ein Flugblatt „An die Bevölkerung Hamburgs" wurde am Sonntag in Hamburg sowie auf dem Landgebiete in zirka 200 000 Exemplaren vertheilt. Dasselbe behandelt die Hamburger Staatsverfassung, die neuen Steuervorschläge und den fortwährend wachsenden Nothstand; weiter wird auf die bevorstehende Arbeitslosen-Statistik hingewiesen. — In einer Versammlung des Leipziger sozialdemokratischen Vereins (Südbezirk) wurde beschlossen, ein ökonomisch-populäres Flugblatt ausarbeiten zu lassen und demnächst unter der Landbevölkerung zu verbreiten. — Müßte nicht angesichts solcher unermüdlichen Regsamkeit die Polizei ihre kleinlichen Chikanen gegen unsere Parteigenossen bald einstellen, da diese doch nur — uns nützen?

Eingelaufene Druckschriften.

Von dem im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheinenden naturwissenschaftlichen Werke „Die Thierwelt", eine illustrirte Naturgeschichte der jetzt lebenden Thiere, sind soeben die Hefte 23 bis 25 erschienen. Die Hefte sind wie die bereits erschienenen, mit zahlreichen Illustrationen versehen und jedem, der sich für die Naturwissenschaften interessirt, auf das angelegentlichste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 Pfennig.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

New-York, 6. Februar. Die Arbeiter der Nothern-Pacificbahn wollen in einen allgemeinen Streik eintreten, wenn die von ihnen verlangte Lohnerhöhung nicht bewilligt wird.

London, 6. Februar. Nach einer Meldung des „Standard" aus Athen soll die Ruhe auf Kreta wieder hergestellt sein, nachdem auf die Intervention der europäischen Mächte hin die Hinrichtungen der verurtheilten Christen eingestellt wurde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 7. Februar.

Opernhaus. Die Walküre.
Schauspielhaus. Die Minnekönigin. Verbotene Früchte.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte. Vorher: Lolotte.
Neues Theater. Sappho.
Central-Theater. Herr Coulisset. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Vitriol.
National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Novitäten! **Novitäten!**

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Musik von Adolph Wiedecke.
Vorher:

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedecke. Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend Nachm. 4 Uhr: Große Kindervorstellung. **Im Schlaraffenland.**

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 11. Male:
Herr Coulisset.
Schwank in 3 Akten v. Blum u. Toché.
Hierauf zum 46. Male: **Berlin 1893.**
Revue in 2 Abth. von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8½ Uhr:

Lumpensusanne

oder:

Die Obdachlosen von Berlin.

Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen ... **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" ... **Josephine Delolisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit .... **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix,**
sowie **Hugo Schulz, Alfred Bender.**
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Stempel Vereins-Abzeichen 2c. H. Guttmann, Brunnenstr. 9.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Echt Berliner Blut.
Posse mit Gesang und Tanz.
Neue Specialitäten.
Wochentags Entree 15 Pf.
Reservirter Platz 30 Pf.
R. Winkler.

Castan's Panoptikum.

Ecke Friedrich- und Behren-Strasse.
Nur noch kurze Zeit:
Märchen-Cyclus.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime, ausgeführt von den spanischen Clowns **Hermandos.** Neu! Frl. **Elsa Zeller,** Kostüm-Soubrette. **The Willon's,** Doppel-Jongleure. Geschw. **Gläser,** Gesang-u. Instrument.-Duettistinnen.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schußkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska"
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung gratis verloost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf. 3 Kegelbahnen, 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrinus.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Mittwoch, den 7. Februar cr., Abends 7¼ Uhr:
Auf Verlangen:
Wiederholung
der **Parade-Festvorstellung.**
Grosses Pracht-Feuerwerk.
Ferner: **Gala-Festaufzug,** ausgeführt vom gesammten Personal. Der ostpreußische Hengst **Blondel** und **Monstre-Tableau von 60 Pferden,** vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz.** Die Akrobaten auf dem Drahtseil **Zalva, Espana** und **Alvar** 2c.
Zum Schluß:
Ein Künstlerfest.
Ueberraschende Licht- u. Wassereffekte. Neue Einlagen, u. a. **Signorina Varotti,** die kleinste Solotänzerin der Welt.
Preise wie gewöhnlich.
Donnerstag: **Ein Künstlerfest.**
Fr. Renz, Direktor.

Unserm Freunde u. Vereins-Budiker **Franz Göttler** zum heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! daß die ganze Bude wackelt.
Die durstigen Sänger der „Alten Linde".

Ein dreimal donnerndes Hoch unserem Restaurateur **Franz Güttler** zu seinem heutigen Wiegenfeste. 1616b
Die neuen Stammgäste vom Heinrichsplatz.

Wegen Todesfall meiner Frau verkaufe mein Restaurant mit Saal, Garten u. Vereinszimmer. **F. Kuhlmey,**
1622b Schönhauser Allee 28.

Danksagung.
Für die rege Theilnahme an der Beerdigung meines geliebten Gatten sage hiermit meinen aufrichtigsten Dank.
Frau Aug. Heunes nebst Kindern.
1625b

Bekanntmachung.
Ortskrankenkasse der Nadler u. Siebmacher zu Berlin.
Auf grund des § 55 Abs. 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 10. April 1892 sind die in der außerordentlichen General-Versammlung vom 7. Januar 1894 festgesetzten Vorschriften über das Mahnverfahren am 25. Januar von der Gewerbe-Deputation des Magistrats genehmigt worden.
Wir bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß und bemerken, daß dieselben sofort in Kraft treten. 1617b
Der Vorstand. gez. **Kusche.**

Die gegen Herrn Schröder am 29./1. 1894 geäußerte Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre Hrn. Schröder für ehrenhaft. **Carl Vollschwitz.**

Suche per 1. Juli eine Stelle als
Redakteur.
Bin gegenwärtig am einem gr. Parteiblatt als politischer Redakteur thätig. Gefl. Offerten unter **A. B.** an die Expedition d. Ztg. erbeten. 5587L*

Für ein dreimal wöchentlich erscheinendes Parteiorgan wird **sofort** ein
Redakteur
gesucht, der gleichzeitig mit der Buchführung und der Verwaltung der Zeitung vertraut ist. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind unter **Z. 93** an die Expedition des „Vorwärts" zur Weiterbeförderung zu richten. 5596L*

1000 Regenmäntel
hochelegant à 7—15 M. **100 Backfisch-Jaquets** à 2,50 M. **500 elegante Winterräder, Frauenmäntel u. Plüsch-Jaquets** jetzt für 10, 12, 14—20 M.
5567L* **Damen-Mäntel-Bazar, Leipziger-Strasse 91 I.**

Maskengarderobe zu billigst. Preisen empfehle Freunden und Genossen.
5507L* **F. Stenzel,**
Jetzt: **Dresdenerstr. 133.**

Roh-Tabak

Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [1586b

Hochfeine Kanarien-Roller,
nur 6,50 M. mit Verp. excl. der Nachnahme **G. Müller,** Vogel-Züchterei, Nordhausen a. H. Was nicht gefällt, nehme ich zurück.
6652*

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg
5444L* **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

A. Tiedemann's Homöopath. Institut, Wollinerstr. 10 (am Arkonaplatz). Sprechst. von 8—10 u. 2—8, Sonnt. v. 8—11. Langjährige Praxis. Mäßigstes Honorar. 1518b*

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

B. Nieft's Säle

Weber-Strasse 17.
März noch Sonnabend frei. [5586L*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr, in „Habel's Brauerei", Bergmannstraße Nr. 5—7:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Abrechnung des Kassires. 3. Vorstandswahl. 4. Bericht der Siebener-Kommission event. Statutenändrung. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr, in Arends Brauerei (Moabit), Thurmstraßen-Ecke:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Bueb**-Mülhausen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten.
Billets zum Stiftungsfest sind bei den Komitémitgliedern zu haben.
241/19 **Der Vorstand.**
Die Versammlung findet deshalb am Mittwoch statt, weil das Lokal für keinen anderen Tag frei war.

Oeffentl. Bildhauer-Versammlung

am 7. Februar, Ab. 8½ Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maifeier. 2. Streik der Steinbildhauer bei Schilling. 3. Bericht über die Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.
Die Frauen sind eingeladen. 148/12
Zugleich verweisen wir auf die nächste
Sonntags-Versammlung mit Frauen
am 11. März, Abends 7 Uhr, bei Norbert, Beuthstr. 22.
Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrags des Genossen **Hoffmann** über: Die zehn Gebote und die besitzenden Klassen.
Wir bitten um rege Agitation
Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins.
J. A.: P. König.

Große öffentliche Versammlung

der Haus-, Geschäftsdiener, Packer, Packerinnen, Weinkeller-Arbeiter, Markthelfer, Getreideträger, Speicher- und Speditions-Arbeiter, sowie für alle im Handelsgewerbe beschäft. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend
am **Donnerstag,** den 8. Februar, Abends pünktlich 9 Uhr, in den **Arminhallen** (großer Saal), Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Beisitzer im Berliner Gewerbegericht über ihre Thätigkeit. 2. Bericht der Agitationskommission über den diesjährigen Kongreß zu Halle a. d. S. 3. Bericht, sowie Abrechnung und Neuwahl des Vertrauensmannes. 4. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 5. Verschiedenes.
Die Mitglieder des **Vereins Berliner Hausdiener** sowie die Herren **Friedrich Hamann,** Klosterstr. 18, und **Nusspicker,** Litzmannstr. 21, sind hiermit ganz besonders eingeladen. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. 477/3
Der Vertrauensmann. **Carl Alboldt,** Elisabeth-Ufer 45.

Achtung! **Achtung!**
Chirurgische Branche!
Große öffentliche Versammlung
am **Donnerstag,** 8. Februar, Abends 8 Uhr, bei **Seefeld,** Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Die Angelegenheit in der Werkstatt **Chr. Schmid,** Ziegelstr. 3. 2. Verschiedenes. 485/2
Die Prinzipale haben ihr Erscheinen zugesagt. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vertrauensmann.

General-Versammlung

des Vereins sämmtl. Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche Berlins
am Donnerstag, den 8. Februar cr., Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Feind, Weinstrasse No. 11.
Tagesordnung:
1. Vierteljahres- und Jahresbericht des Kassirers. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. 384/18
Der Vorstand. J. A.: **R. Ojust,** Rykestr. 10.

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer.

Am Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Brochnow, Sebastianstrasse 39:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Heymann** über: „Darwinismus und Sozialismus". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 476/5
Jeder Maurer hat Zutritt.
J. A.: **Der Vorstand.**

Arbeiter-Gesangverein Morgenroth (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes.)
Köpenick.
Großer Maskenball
am **Sonnabend,** 10. Februar, im gr. Saal des Herrn **Klein** (Stadttheater).
Große Ueberraschungen sowie komische Vorträge.
Entree für Herren 50 Pf., Damen 25 Pf., inklusive Tanz.
Anfang 8 Uhr. 447/11
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage,** empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockform) wieder vorräthig.

---

500 **Gelegenheitskauf** moderne Frauen- u. Mädchen-Regen-Promenaden-Mäntel und Frühjahrsjaquetts à 5, 6, 7, 8, 9, 10 Mk.
Landsbergerstraße 48 I.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt die gestrige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 31. Mittwoch, den 7. Februar 1894. 11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom 6. Februar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Marschall.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt. Die Diskussion über den Etat des Reichsamts des Innern steht bei dem Ausgabekapitel „Reichskommissariate“ zunächst „Auswanderungswesen“.

Abg. **Bebel** (Soz.): Ich möchte die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf gewisse Transporte richten, welche dem Reichskommissar zur Ueberwachung des Auswanderungswesens entgangen zu sein scheinen, obwohl diese Transporte hauptsächlich von Hamburg aus erfolgen und der Kommissar seinen Sitz in Hamburg hat. Es handelt sich um die Transporte von Mädchen, welche zu Lustzwecken von Hamburg aus nach allen Ländern der Erde versandt werden. Es sind nicht nur deutsche Mädchen, die in Frage kommen, sondern auch zahlreiche österreichische und ungarische. Unter den letzteren befinden sich viele Jüdinnen, welche in Hamburg in der christlichen Lehre unterrichtet und christlich getauft werden, um dann nach Rußland, wohin den Juden bekanntlich der Eintritt verboten ist, versandt werden zu können, und zwar zu demselben Zweck. Es hat sich gezeigt, daß in Hamburg den Mädchen, mit welchen dieser schmähliche Handel getrieben wird, Rechtsschutz zu erlangen unmöglich ist, denn auf die Beschwerde eines dieser Mädchen ist vom Staatsanwalt und Ober-Staatsanwalt abweichender Bescheid ergangen. Das betreffende beschwerdeführende Mädchen befand sich in einem der Häuser, welche offiziell als Herbergen bezeichnet werden, aber thatsächlich öffentliche Häuser sind, wie sie in Hamburg trotz des Reichsverbots immer noch geduldet werden. Was hat die Reichsregierung in dieser Richtung gethan, oder gedenkt sie zu thun, um diesen Handel mit weißen Menschen zu verhindern?

Staatssekretär **v. Bötticher**: Der Vorfall ist für mich vollständig neu. In Hamburg besteht ein Verbot der öffentlichen Häuser infolge einer Anregung des Bundesraths. Ob die Polizei entgegen diesem Verbote die öffentlichen Häuser duldet, weiß ich nicht. Die Verfügungen der Staatsanwaltschaft sind nach Lage der Gesetzgebung korrekt, aber die Anregung wird benutzt werden, um zu prüfen, ob eine Aenderung in der Gesetzgebung angezeigt erscheint.

Abg. **Bebel**: Ich kann nur dringend wünschen, daß diese Anregung in der in Aussicht gestellten Weise baldigst benutzt wird. In Hamburg sind freilich in neuester Zeit die öffentlichen Häuser verboten, aber offiziös bestehen sie unter der Duldung und dem Mitwissen der Polizei ruhig fort, ein Zustand, den man wohl in dem entferntesten Winkel der Monarchie, nicht aber in Hamburg, wo der Polizeidirektor ein Mitglied des Senats ist, für möglich halten sollte. Es ist die höchste Zeit, daß diesem öffentlichen Skandal in Hamburg ein Ende bereitet wird.

Staatssekretär **von Bötticher**: Bei Gelegenheit der Vorbereitung der lex Heinze hat uns der Hamburger Senat mitgetheilt, daß die öffentlichen Häuser in Hamburg aufgehoben seien; ich habe also nach dieser Richtung keine Veranlassung zu irgend welchem Vorgehen. Der Vortrag des Abg. Bebel beweist zunächst nur wiederum die Richtigkeit unserer stets wiederholten Aufforderung, das Material zu Beschwerden der Zentralinstanz zugehen zu lassen.

Abg. **Bebel**: Ich habe der letzteren durchaus keinen Vorwurf machen wollen. Erwähnen will ich nun aber, daß in Hamburg hohe im Staatsregiment sitzende Personen Besitzer von Häusern sind, in welchen dieses schmähliche Gewerbe betrieben wird. Auch in Kiel, Lübeck, Königsberg und Bremen bestehen solche öffentlichen Häuser noch heute im Widerspruch mit den klaren Bestimmungen des Reichsgesetzes.

Abg. **Hasse** (ntl.): Wir hören, daß das Reichskommissariat einer Dreitheilung unterzogen werden soll, man will an die Stelle eines Kommissars deren drei setzen, die für das Weser-, Elb- und Odergebiet eingesetzt werden sollen und mehr Aufwand an Kosten nicht erfordern würden. Diese Organisationsänderung legt die Frage wieder nahe, ob denn das Auswanderungsgesetz wieder vorgelegt werden wird. Die Vorlage von Ende 1892 litt ja an vielen Mängeln, der Erlaß eines solchen Gesetzes würde aber doch einen großen Fortschritt bedeuten. Besonders verdienstlich wäre die Bestimmung, welche das Auswandern nach gewissen Ländern verbietet, um den auswandernden Deutschen vor Schaden zu bewahren. Ich würde für eine Auskunft namentlich darüber dankbar sein, ob man von der beabsichtigten Belästigung der Auswanderer durch polizeiliche Maßregeln wieder zurückgekommen ist. Der Hinweis auf die Nothwendigkeit solcher Bestimmung wegen der Lust der ländlichen Arbeiter zum Kontraktbruch ist nicht stichhaltig; immer würde sie in Widerspruch zur Rechtsverfassung und zu den Grundrechten der deutschen Institutionen stehen, und der Erfolg würde stets der entgegengesetzte sein. Ob im Auslande Konsuln oder besondere Agenten angestellt werden sollen zur Beobachtung des Auswanderungswesens, ist eine Frage zweiten Ranges, es kommt hauptsächlich auf die größeren Vollmachten an, die man den betreffenden Personen einräumen muß, wenn ihre Thätigkeit für das Reich ersprießlich sein soll, dazu fordern namentlich die neuesten Erfahrungen, die unsere deutschen Auswanderer in Brasilien und Argentinien gemacht haben, dringend auf. In Curityba in Südbrasilien haben wir das traurige Schauspiel, daß man die deutschen Eingewanderten zum Eintritt in die Miliz gezwungen hat, während es dem italienischen Konsul gelungen ist, seine Landsleute von dieser Verpflichtung zu befreien. Infolge dessen herrscht unter den dortigen Deutschen helle Entrüstung gegen den deutschen Konsul. Bei einer eventuellen Steuervorlage des Gesetzes müßten auch die Bestimmungen, welche den großen Rhederei-Gesellschaften fast ein Monopol gewähren, gründlich revidirt werden. Die baldige Wiedervorlegung des Entwurfs ist dringend erwünscht. Die individuelle Freiheit des Auswanderers muß darin gewahrt, die Fürsorge für den Auswanderer muß räumlich weiter erstreckt und in den überseeischen Gebieten intensiver gestaltet werden; außerdem muß endlich an eine wirkliche, dem Vaterland zum Nutzen gereichende Verwendung unseres jährlichen Bevölkerungsüberschusses in geschlossener Weise, sei es in Europa, sei es in den überseeischen Welttheilen, gegangen werden.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Das Gesetz wird jetzt dem Reichstage nicht wieder vorgelegt werden, weil die Session mit außerordentlich schweren Aufgaben belastet ist.

Abg. **Hüpeden** (dk.) befürwortet eine größere Fürsorge von Reichswegen für die deutschen Seeleute in fremden Häfen; unsere seefahrende deutsche Jugend unterliege in den fremden Häfen den schwersten Versuchungen, die ihnen das Geld aus der Tasche ziehen und sie wirthschaftlich und sittlich ruiniren. Redner weist hin auf das Wesen der Heuerbaase und Schlafbaase, die die jungen Leute auf das schamloseste ausbeuten.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Die Fürsorge für unsere Seeleute im Auslande liegt der Regierung schon jetzt am Herzen. Es befindet sich im Etat des Auswärtigen Amts eine Position für die Heimschaffung hilfsbedürftiger Seeleute aus dem Auslande. Der Anregung zur weiteren Unterstützung sind wir bereits zuvorgekommen, in dem jährlich aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds auf Antrag des Zentralausschusses für innere Mission Mittel für die Seemannsmission bewilligt werden. Es sind bisher immer 6000 M. gewesen, den Dänen mit ihren 4000 Kronen sind wir also über.

Abg. **Förster**-Neustettin (Antisemit) ist verwundert, daß das von dem Abg. Bebel erwähnte Material der Regierung noch nicht genauer bekannt gewesen ist, und daß auch der Senat der Stadt Hamburg angeblich von gar nichts weiß. Es handle sich doch um ganz offenbare Dinge, um den Mädchenhandel, der in Oesterreich-Ungarn, in Deutschland und Rußland im Schwange ist, ein Handel mit weißem Menschenfleisch, die schlimmsten Ausartungen des Menschenhandels. Zufällig seien zahlreiche Personen, die diesen schimpflichen Handel trieben, jüdischen Glaubens. Die Zeitungen berichten doch sehr häufig von Verlockungen und gewaltsamen Entführungen armer Mädchen durch diese europäischen Sklavenhalter. Selten können die Unglücklichen zurück, sie seien in den Freudenhäusern in Konstantinopel, Bombay u. s. w. lebendig begraben. Den Zeitungsnachrichten müßten doch die polizeilichen Nachforschungen von Amtswegen auf dem Fuße nachfolgen; das könne von den verbündeten Regierungen verlangt werden.

Die Forderungen für Auswanderungswesen werden bewilligt. Bei der Position „Komission für Arbeiterstatistik“ spricht Abg. **Bebel** die Erwartung aus, daß der Bundesrath Beschränkungen der Normalarbeitszeit auf grund der Gewerbe-Ordnung bei den Bäckern und Müllern und sonstigen Arbeitern in der Lebensmittelbranche anordnen wird, über welche die Kommission Erhebungen angestellt hat. Er fordert weiter die Ausdehnung der Untersuchungen auf die Lokale, in welchen die betreffenden Arbeiten betrieben werden. Seine frühere Privat-Enquete über die Zustände im Bäckereigewerbe habe Thatsachen ans Licht gebracht, welche das Publikum mit wahrem Ekel erfüllen mußten vor den Zuständen in den Arbeitsstätten, wo die täglichen Lebensmittel hergestellt werden. Die seitdem von den Bäckern und anderen ebenfalls angestellten Untersuchungen hätten seine damaligen Feststellungen nur bestätigt; es müsse aber darauf gedrungen werden, daß von Amts- und Polizeiwegen diese Zustände untersucht und die Mißstände beseitigt werden. Empörend sei vor allem der Zustand, daß Arbeits-, Schlaf- und Wohnraum in einem Raume vereinigt sind. Die Untersuchungen der Kommission seien demnächst auszudehnen auf die Fleischerei und die Brauerei, wo die Arbeitszeit ebenfalls eine ganz ungebührlich lange sei. Wie in dieser Beziehung, so verfahren auch bezüglich des Verkehrsgewerbes die Behörden und die Gewerbeinspektoren nicht mit der nöthigen Umsicht. Den Kutschern auf den Pferdebahnen werde bei einer übermenschlich langen Arbeitszeit zugemuthet, ununterbrochen zu stehen; bis jetzt habe die Berliner Polizei in dieser Richtung nichts zur Abhilfe gethan. Auch in Wäschereien betrage vielfach die tägliche Arbeitszeit 16 bis 18 Stunden, die Löhne ständen dazu im umgekehrten Verhältnisse. Redner wiederholt die Bitte um regelmäßige Ueberweisung der Drucksachen der Kommissionen an die sämmtlichen Mitglieder des Reichstages; 100 Exemplare genügten nicht.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Ueber die Räthlichkeit der Ausdehnung der Untersuchungen über die Arbeitszeit wird der Bundesrath zu befinden haben. Die Untersuchung der Arbeits- und Wohnräume wird durch statistische Erhebungen allein nicht durchgeführt werden können; es gehört dazu die Mitwirkung der Polizei, und von Reichswegen wird eine allgemeine Regelung kaum zu ermöglichen sein. Die unleugbar vorhandenen Uebelstände müssen lokal- oder einzelstaatlich erforscht werden, wie ja dazu erfreuliche Anfänge in einzelnen Staaten bereits vorhanden sind.

In der Kommission ist ein Antrag des württembergischen Mitgliedes auf Untersuchung der Arbeits- und Wohnräume der im Bäckereigewerbe beschäftigten Personen zurückgezogen worden, nachdem sich der Gewerberath Wörrishofer dagegen ausgesprochen hatte. Die Arbeitszeit im Verkehrsgewerbe anlangend habe ich mitzutheilen, daß der preußische Handelsminister sich mit den bezüglichen Mißständen bereits befaßt und daß zweckentsprechende Maßregeln sicherlich werden ergriffen werden. Von Uebelständen in der Wäscherei haben wir bisher nichts gehört. Den Wunsch auf Ausfolgung der Drucksachen der Kommission in größerer Zahl an die Reichstags-Mitglieder will ich gern erwägen, aber es ist doch Thatsache, daß die 100 Exemplare, die wir liefern, weitaus nicht abgehoben werden. (Widerspruch.)

Abg. **Bebel**: Ich habe das Eingreifen der Reichs-Gesetzgebung bezüglich der Arbeits- und Wohnräume gar nicht verlangt. Ich habe nichts weiter gewünscht, als die Anweisung der Polizeibehörde durch ihre Zentral-Regierungen, von Amtswegen eine Untersuchung der betreffenden Räume vorzunehmen, auf grund deren dann Abhilfe durch die Landesbehörde bewirkt werden würde. Wenn die Backstube zugleich als Gesinde- und Schlafkammer benutzt wird, so muß doch offenbar von Polizeiwegen gegen diesen gesetzwidrigen Zustand eingeschritten werden; wenn sie Kenntniß davon erlangt hat, so muß sie dagegen einschreiten, denn die Macht hat sie dazu. Es scheint ihr aber bis jetzt die Kenntniß vielfach zu fehlen; daß die Wäschereien bis spät in die Nacht hinein, bis 10, 11 Uhr Abends und länger arbeiten müssen, kann jeder sehen, der in Berlin durch die Straßen geht und einen Blick in diese Waschanstalten wirft.

Beim Kapitel „statistisches Amt“ plädirt Abg. **Schoenlank** (Soz.) für die Einrichtung wirklicher Arbeitsenqueten, in welchen das Parlament eine Rolle zu spielen hat, Enqueten, wie sie England besitzt und wie sie für die Politik dieses Landes die außerordentlichste Bedeutung erlangt haben. Dort kenne man das kontradiktorische Verfahren, bei uns vernehme man blos die Arbeitgeber; dort seien sie öffentlich, hier geheim. Die deutschen Enqueten seien nur eine ganz kümmerliche Stückarbeit mit bedingtem Werthe. Das statistische Amt sei durchaus nicht befähigt wirkliche Sozialstatistik zu treiben, seiner ganzen Organisation nach. Herr v. Scheel könne zwar eine solche Statistik machen, aber er allein und mit den geringen Mitteln könne es thatsächlich nicht. Redner wünscht nach dem Vorgange des Statistikers Georg v. Mayer eine bessere Bevölkerungsstatistik, für welche die summarischen Tabellenwerke nicht ausreichten, fragt nach den Gründen, weshalb seit 12 Jahren keine neue Berufs- und Gewerbestatistik veranstaltet sei, da man sich doch nicht länger mit den durchaus veralteten Zahlen von 1882 begnügen könne und fordert größere Fühlung der Landesstatistik mit der Reichsstatistik wenigstens bezüglich der allgemeinen Finanz- und der Unterrichtsstatistik. Die Landesstatistik würde dadurch nicht gefährdet werden, sie würde vielmehr einen neuen Nimbus erhalten, während sie jetzt namentlich in Bayern den Krebsgang geht; die Reichsstatistik aber würde an Uebersichtlichkeit sehr gewinnen.

Abg. Dr. **Hasse** (ntl.) unterstützt diese Anregungen in jeder Beziehung. Das Maß der Verpflichtung der einzelnen Länder zu statistischen Aufnahmen der Bevölkerungsverhältnisse sei viel zu klein; das Reich stelle hier gar zu geringe Anforderungen. Eine materielle Zentralisirung brauche deshalb nicht einzutreten. Da schon 1895 eine Volkszählung wieder bevorstände, sei es dringend erwünscht, wenn die Reichsinstanz den Kreis der obligatorischen Leistungen der Einzelstaaten erweiterte. Ebenso dringend sei die Wiederholung der Berufs- und Gewerbestatistik.

Staatssekretär **von Bötticher**: Unsere Enqueten sind deshalb nicht mangelhafter, weil sie nicht nach englischem Muster stattfinden, auch nicht deshalb, weil sie unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden; für die Ermittelung der Wahrheit, der realen Verhältnisse ist die Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit gleichgiltig. Die vorgebrachten Wünsche, welche eine Erweiterung der Reichsstatistik wollen, gehen über die Grenze hinaus, welche die Verfassung für die Materien zieht, welche der Reichsgesetzgebung unterliegen und für welche auch die Statistik Reichssache sein sollte. Mit den gewünschten Verallgemeinerungen muß doch immer auch ein Reichszweck verfolgt und erreicht werden. Unter diesem Gesichtspunkte werden die Anregungen in der gedachten Richtung zu prüfen sein. Ueber eine anderweite Berufs- und Gewerksstatistik haben wir auch schon Berathungen gepflogen, dieselbe wird zweckmäßig mit der nächsten Volkszählung zu verbinden sein. Die Neigung, statistische Aufnahmen zu erweitern, ist im Lande erschrecklich gering. Es wird trotzdem bei der neuen Aufnahme der Berufsstatistik der Fragebogen eine Erweiterung zu erfahren haben.

Abg. **Schoenlank**: Die Statistiker und die Nationalökonomen aller Parteien sind über die Mustergiltigkeit der englischen Enqueten einig. Eine parlamentarische Enquete unterscheidet sich von einer deutschen amtlichen Enquete, wie das öffentliche von dem geheimen Militär-Strafverfahren. Eine Enquete ohne kontradiktorisches Verfahren ist ein Unsinn. Wenn in einer deutschen Enquete Herr v. Stumm und seine Arbeiter zusammensitzen, so wird der Arbeiter des Herrn v. Stumm mit seiner Meinung nicht herauskommen. (Lebhafter Widerspruch des Abg. v. Stumm). Herr v. Stumm herrscht in seinem Königreich Neunkirchen so unbeschränkt, daß daran gar kein Zweifel ist; jeder Unbefangene muß wünschen, daß Herr von Stumm und seine Arbeiter nicht vor einem und demselben Forum stehen. Die schlechteste Form der Statistik ist die mit Fragebogen arbeitende: die beabsichtigte Ausdehnung dieser Form der Aufnahme können wir daher nicht gutheißen. Die Bevölkerungsstatistik wünsche ich allerdings zentralisirt; bisher muß sich das Reichsamt mit den von den Landesbehörden ermittelten Ergebnisse des von ihren verarbeiteten Urmaterials begnügen. Daß in Deutschland eine gewisse Zahlenscheu herrscht, erklärt sich doch ganz einfach daraus, daß sich zwischen Regierung und Volk eine Mandarinen-Bureaukratenwirthschaft eingedrängt hat, die dem Volk alle Lust zu eigener Arbeit benimmt; schaffen Sie diese weg, dann werden Sie nicht nur eine bessere Statistik, sondern auch bessere soziale und politische Zustände haben.

Abg. **Hasse** glaubt auch nicht, daß die Bevölkerung durch die statistischen Aufnahmen sich belästigt fühlt oder später fühlen werde.

Bei der Position für die Bureaubeamten des statistischen Amtes verlangt Abg. **Förster**-Neustettin (Antis.) ein gleichmäßigeres Aufrücken der Beamten in den Dienstaltersstufen durch die gesammten Verwaltungsressorts.

Die Ausgaben für das statistische Amt werden genehmigt. Beim Kapitel „Normal-Aichungskommission“ lenkt

Abg **Lenzmann** (freis. Vp.) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die bei dieser Behörde, wie beim Gesundheits- und Reichs-Versicherungsamt, sowie bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt angestellten technischen Hilfsarbeiter, die trotz ihres Charakters als höhere Beamte de juro und de facto nach wie vor als Subalternbeamte behandelt werden. Bei der letzten Kaisers Geburtstagsfeier habe man ihnen nur gestattet, die Feier im Verein mit den andern Subalternbeamten, den Sekretären und Kanzlisten, zu begehen. Die Betreffenden seien durchweg akademisch gebildet und verdienten eine Rangerhöhung unbedingt.

Staatssekretär **v. Bötticher**: In der Anerkennung der Leistungen dieser Hilfsarbeiter stimme ich mit dem Vorredner überein. Aber ich kann den Grund zu einer berechtigten Empfindlichkeit der Herren nicht entdecken.

Abg. **Singer** (Soz.): Die Frage beschäftigt die Budget-Kommission schon lange. Die Ausführungen des Herrn Lenzmann erinnerten doch recht lebhaft an das chinesische Parlament; es machte fast den Eindruck, als ob es sich darum handelte, für einen Beamten einen Knopf mehr zu bewilligen. Die Etatsaufstellung kann doch nicht dazu benutzt werden, einen Unterschied in der Werthschätzung und sozialen Stellung der einzelnen Beamten zu statuiren. Solche Velleitäten noch durch den Reichstag zu begünstigen, würde dem demokratischen Gefühl der Gleichheit diametral entgegenstehen.

Abg. **Hammacher** tritt für die Forderung der technischen Hilfsarbeiter ein.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Daß höhere und mittlere Beamten im Etat in demselben Titel zusammenstehen, ist kein Unikum.

Abg. **Förster**-Neustettin tritt den Ausführungen des Abg. Hammacher bei. Redner verweist darauf, daß die Trigonometer schon nach 15, die hier in Frage stehenden technischen Hilfsarbeiter erst nach 21 Dienstjahren das Höchstgehalt erreichen.

Direktor im Reichsschatzamt **Aschenborn** entgegnet, daß diese Differenz in den verschiedenen Altersgraden der beiden Kategorien bei der festen Anstellung und in der verschiedenen Art der amtlichen Funktionen begründet ist.

Abg. **Lenzmann**: Der Schwerpunkt der Demokratie liege darin, das Rechte an jeder Stelle schaffen zu wollen. Da im Deutschen Reiche verschiedene Stände vorhanden seien, müsse er es für ein Unglück erachten, wenn jemand nicht in die richtige Stelle einrangirt wird.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Die in Rede stehenden Beamten unterscheiden sich ausdrücklich durch einen höheren Wohnungsgeldzuschuß von den mittleren Beamten.

Abg. **Möller** (natl.) bedauert, daß die von dem Abg. Hammacher und ihm in der Budgetkommission gegebene Anregung, diesen Beamten eine äußerlich bessere Stellung im Etat anzuweisen, nicht durchgedrungen sei. Er habe hauptsächlich dabei im Auge gehabt, den Nachwuchs für diese wichtige Stelle in genügendem Maße zu interessiren.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ bemerkt

Abg. **Prinz zu Carolath** (ntl.): Im vorigen Jahre sind zwei Petitionen betreffend die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium dem Reichskanzler überwiesen worden und es wurde gleichzeitig eine Resolution vorgeschlagen, welche die Ertheilung der Approbation als Arzt an Frauen betraf. Von dem Schicksal der Petitionen haben wir seitdem nichts mehr gehört. Freilich ist der Zeitpunkt zur erneuten Besprechung dieser Frage nicht sehr glücklich gewählt; wenn schon die vorhandenen studirten Aerzte schwer unter der Noth der Zeit zu leiden haben, sollte man den Stand nicht noch mehr mit den weiblichen Aerzten belasten. Aber andererseits ist diesen Bestrebungen in der letzten Zeit so viel Theilnahme und Förderung geworden, daß es nicht unangebracht erscheint, heute darauf zurück zu kommen. Namentlich auf konservativer Seite ist eine vollständige Wandlung der Anschauungen eingetreten. Seit November 1893 sind hier in Berlin Gymnasialkurse für Frauen eingerichtet; sie werden aus Privatmitteln unterhalten, da man von Reichswegen nichts dafür thun zu können erklärte und uns an die Einzellandtage verwies, wo bisher direkt noch nichts geschehen ist. In Baden hat man einen anderen Weg eingeschlagen. Es nützt aber alles nichts, wenn nicht das Reich nachher die Ausübung der ärztlichen Praxis den Frauen gestattet. Deshalb sollte der Bundesrath jener Resolution oder vielmehr dem Verlangen derselben sich wohlwollend gegenüber stellen und rechtzeitig eingreifen, damit

die Frauen, die sich auf den ärztlichen Beruf vorbereiten können, wissen, woran sie nachher sind, wenn sie ihre Studien beendet, ihre Examina abgelegt haben. Auch sollte man etwa die Reichs-Universität Straßburg für das ärztliche Studium den Mädchen öffnen. Wir wollen keine Frauenemanzipation, aber wir wollen den weiblichen Personen, die den Muth und die Gaben besitzen, auf diesem Wege sich und den Ihrigen eine Existenz zu schaffen, den Weg dazu nicht verschränken. In den Vereinigten Staaten fungiren bereits über 8000 Frauen als Aerzte; in England sind 150 high schools derselben Art, wie in Berlin sich erst ein schwacher Anfang zu einer einzigen findet. Im übrigen ist dort den Frauen der Zutritt zu sämmtlichen Universitäten gestattet. Auch in Frankreich ist die Nothwendigkeit der Lösung dieser Frage anerkannt. In Italien hat Bonghi kurz vor seinem Sturze die Universitäten den Frauen geöffnet und in Rußland ist dies bezüglich der Universitäten zu Petersburg, Moskau, Kiew und Kasan geschehen. Selbst der Sultan hat neuerlich eine ähnliche Verfügung erlassen. Immer größer, immer allgemeiner wird das Interesse, das die Nation dieser Frage zuwendet; öffnen Sie uns die Thore des Reichs! Es gilt hier einen alten Zopf abzuschneiden!

Staatssekretär **v. Bötticher**: Wir sind im Reichsamt des Innern auch stets bereit, Zöpfe abzuschneiden. Die Frage ist aber: Wo sitzen die Zöpfe? und: Ist das Reichsamt des Innern die richtige Instanz? Das Reichsamt des Innern und das Reich können nicht helfen; denn es besteht gar kein Hinderniß. Wird die Befähigung nachgewiesen, so kann keine Behörde die Approbation verweigern, weil der Bewerber eine Frau ist. Man will den Frauen förderlich sein; wenn auf diesem Gebiete weitere Fortschritte gemacht und Hindernisse überwunden werden sollen, dann ist das nur auf dem Wege zu erreichen, daß dem weiblichen Geschlecht die Erfüllung der Vorbedingungen für die Erwerbungen der Approbationen ermöglicht wird, also das Zeugniß der Reife für eine Universität zu erlangen und das Studium auf derselben zu absolviren. Für das erstere Ziel besteht bereits eine Anstalt in Berlin, ebenso eine solche in Karlsruhe; werden diese Bemühungen fortgesetzt, dann werden auch weitere ähnliche Anstalten derart errichtet werden. Das Reich kann die Einzelstaaten aber weder zu dem einen noch zu dem anderen zwingen durch eine Aenderung der Gewerbe-Ordnung. Straßburg ist keine Reichs-, sondern eine Landesuniversität. Die geäußerten Wünsche müssen nach wie vor auf die Landes-Gesetzgebung und Landes-Schulverwaltung verwiesen werden.

Abg. **Langerhans** (FVp.): Es könnte doch von seiten des Reichs viel geschehen, um die Sache zu fördern, wenn man dies sonst wohl will. Nähmen wir die Aenderung in die Gewerbe-Ordnung auf, daß das Geschlecht kein Hinderniß für die Erlangung der Approbation ist, so wäre damit schon viel gewonnen. Wir wollen der Frau überhaupt die Zulassung zum akademischen Studium ermöglichen; ob sie sich grade zu Aerzten eignet, lasse ich dahingestellt. Für das Lehrfach eignen sich doch die Frauen ganz außerordentlich. Eine Ueberhandnahme der Frauen als Richter, Bürgermeister und Aerzte wird nicht vorkommen, denn vorläufig heirathen die Frauen noch immer (Heiterkeit), es handelt sich hier um eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. **Prinz Calorath**: Die Universität Straßburg ist doch eine Reichs-Universität, keines Einzelstaates; da könnte doch der Bundesrath als solcher eine Anregung geben, ob nicht hier der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium näher getreten werden kann.

Abg. **Rickert**: Es wird doch wohl nichts anderes übrig bleiben, als in Preußen auf den Herrn Kultusminister loszugehen.

Abg. **Wurm** (Soz.) beschwert sich darüber, daß noch immer keine genügenden Methoden zur Denaturirung des Spiritus eingeführt sind, obwohl das Reichs-Gesundheitsamt über die Ausführung dieser technischen Arbeit zu wachen hat und Tausende von Arbeitern unter den schädlichen, ja lebensgefährlichen Dampf der bisher zur Denaturirung benutzten Pyridinbasen fortgesetzt zu leiden haben; Redner fragt, wie weit die Versuche, bessere Methoden zu finden, gediehen seien.

Direktor im Reichs-Gesundheitsamt **Köhler** erwidert, daß Versuche zwar immer noch angestellt werden, aber bisher eine ganz zufriedenstellende Methode noch nicht gefunden ist. Die Fabrikinspektoren hatten sich übrigens sämmtlich dahin erklärt, daß gesundheitsschädliche Wirkungen des Pyridins nicht festgestellt worden sind.

Abg. **Schröder** (freis. Vg.): In der Frage der Zulassung der Frauen zum Arztberuf wird thatsächlich mit Erfolg nur bei den Einzelstaaten einzusetzen sein. Und in dieser Beziehung sind die Sachen auch bereits in erfreulichem Fluß. Die Unterrichts-Verwaltungen werden schließlich ebenfalls der Sache sich günstiger zeigen müssen. Auch in Preußen ist schon einiges Entgegenkommen zu verspüren.

Abg. **Langerhans** tritt für die endliche Einführung einer obligatorischen Leichenschau ein.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Man wird in Preußen damit vorgehen, sobald die Vorarbeiten zum Reichs-Seuchengesetz abgeschlossen sind.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Der Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes bezieht sich auf die Zeugnisse der Fabrikinspektoren, um die Unschädlichkeit des mit Pyridin denaturirten Spiritus nachzuweisen. Herr Köhler sollte nur die Krankenkassen-Aerzte Berlins fragen, da würde er andere Antworten erhalten. Die Möbelpolirer hätten ganz erheblich unter dieser Sorte von Spiritus zu leiden. Wenn eine ordentliche Denaturirungsmethode nicht aufgefunden werden könne, solle doch die Regierung auf die Unterscheidung verzichten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Gegen 5½ Uhr wird die weitere Berathung vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge aus dem Hause.)

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 6. Februar 1894, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Heyden, Miquel.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Landwirthschaftskammern.

Abg. **Schmitz-Erkelenz** (Z.): Die Nothlage der Landwirthschaft führte auf den Gedanken, daß es der Landwirthschaft an einer geordneten Vertretung fehlte. 1891 sprachen sich die Steuer- und Wirthschaftsreformer für die Landwirthschaftskammern aus; das Landesökonomie-Kollegium gab schließlich nach längeren Verhandlungen seine Zurückhaltung gegenüber den Landwirthschaftskammern auf. Handel und Gewerbe verdanken ihr Uebergewicht nicht ihren Handelskammern, sondern namentlich der Bevorzugung, welche sie in der Gesetzgebung und auch in der Presse finden. Den 87 Handelskammern des Deutschen Reiches stehen gegenüber 28 landwirthschaftliche Zentralvereine mit 323 Lokalabtheilungen und 1498 Zweig- und Ortsvereine. Das ist eine stattliche Organisation der Landwirthschaft. Der Minister hatte bei seiner einleitenden Rede davon gesprochen, daß der Landwirthschaft eine Gesammtvertretung fehle. Das ist richtig, eine solche Gesammtvertretung wird aber auch durch die Vorlage nicht geschaffen. Wohl aber wird die Zahl der Wahlen noch wieder um eine vermehrt. Jedenfalls müßten die nöthigen Kautelen gegeben werden, daß in diese Wahlen nicht das Parteiwesen eindringt. Es fehlt in der Begründung an einem zahlenmäßigen Material über die Wahlberechtigung. Es werden eine Menge kleiner Landwirthe vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, während jetzt jeder Landwirth, der es will, seine Stimme in dem Vereine, dem er angehört, geltend machen kann. Die Vorlage will die freien Vereine neben den neuen Organen fortbestehen lassen. Es ist zu befürchten, daß dieses Nebeneinander schwerlich aufrecht erhalten werden kann. Die Rentenschuld wird noch sehr lange eine Zukunftsmusik bleiben.

Abg. **von Tiedemann**-Bomst (frk.): Die Verschuldung ist erst eine Folge der Landwirthschaft und wenn man die Verschuldung beseitigen will, dann muß man erst die Noth beseitigen. Die Zinsen eines Kapitals richten sich nach dem Geldmarkt und nach den Aussichten bezüglich der Rückzahlung des Kapitals. Wenn die Amortisation der Schulden herbeigeführt werden soll, so muß neben den Zinsen die Amortisationsrate gezahlt werden. Wird eine Rentenschuld eingeführt, so wird dadurch nur der Preis der Hypotheken vertheuert werden. Daß das Erbrecht allgemein für den ganzen Staat geändert werden könnte, bezweifle ich. Es ist dabei die Sitte von großem Einfluß und man wird die Sache immer nur provinziell regeln können. Diese beiden Fragen gehören der Zukunft an. Daß dem kleineren Grundbesitz die unkündbaren und amortisirbaren Darlehen zugänglich gemacht werden, ist empfehlenswerth. Aber von den Heimstätten, die auch angeregt sind, kann ich mir nicht viel versprechen. Jetzt sind in den landwirthschaftlichen Vereinen 119 000 Mitglieder vorhanden; wenn man für die Landwirthschaftskammern einen Zensus von 120 M. Grundsteuer-Reinertrag einführt, so würden 450 000 Landwirthe wahlberechtigt sein. Da jetzt sehr viele Nicht-Landwirthe in den landwirthschaftlichen Vereinen sind, so kann man sagen, daß nur ein Viertel der Landwirthe in den Vereinen vertreten ist. Die Vereine sind nicht berechtigt, sich als eine Vertretung der gesammten Landwirthschaft zu bezeichnen. Deshalb ist eine offizielle Gesammtvertretung nothwendig. Bezüglich des Wahlrechts sollte man die Pächter unbedingt wahlberechtigt und wählbar machen; denn gerade die Pächter stellen das beste Material in der Landwirthschaft. Die Zahl der Mitglieder der Kammern ist wohl zu hoch bemessen; in der Provinz Posen würde ein Parlament von 100 Köpfen entstehen. Das ist zu groß, um über technische Fragen zu verhandeln und eventuell ein Gutachten abzugeben. Redner beantragt schließlich die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Wenn die Vorlage zu stande kommt, so ist das keine Abschlagszahlung in bezug auf die Nothlage der Landwirthschaft. Die Kammern sollen nur der Regierung den Weg weisen, den sie gehen muß. Dazu gehört aber, daß es in der Vorlage nicht heißen muß: Die Regierung kann die Kammern hören, sondern muß sie hören. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Herold** (Z.): Die Einführung der Rentenverschuldung wird erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen und ein Schutzmittel gegen die Ueberschuldung wird die Rentenschuld auch nicht sein. Die landwirthschaftlichen Vereine sind zur Vertretung der Landwirthschaft vollauf berechtigt und auch dazu im Stande. Sie können der Regierung ebenso gut Rathschläge ertheilen, wie die Landwirthschaftskammern. Ob die Regierung die Rathschläge der Kammern besser beachten wird, als die der Vereine, ist noch eine Frage. Die Bestimmungen über das Wahlrecht müssen ganz umgearbeitet werden.

Abg. **von Loë** (Z.) wendet sich gegen seinen Fraktionsgenossen Schmitz, der sich ablehnend gegen die Landwirthschaftskammern ausgesprochen habe. Um die Abstellung momentan vorhandener Schäden handelt es sich jetzt nicht, sondern um die Schaffung einer dauernden Organisation, welche ebenso wie die Organisation des Handwerks der immer mehr fortschreitenden Atomisirung der Gesellschaft entgegentreten soll, welche den Schwächeren gegen den Stärkeren, d. h. gegen das bewegliche Kapital schützen muß. Nicht der Großgrundbesitz leidet eigentlich Noth, sondern je mehr der kleine Besitz sich zersplittert, desto schwächer wird er, desto leichter kann der Großgrundbesitz sich vergrößern zu Latifundien. Deshalb müssen die kleinen Landwirthe hauptsächlich zusammengeschlossen werden zu festen Organisationen. Organisation verlangen alle Stände.

Abg. **von Zoltowski** (Pole) bezweifelt, daß die Vorlage den berechtigten Wünschen der Landwirthe gerecht wird. Was werden die Landwirthschaftskammern mehr leisten können als die landwirthschaftlichen Vereine?

Abg. **von Mendel** (k.): Eine Abschlagszahlung für die gegenwärtige Nothlage ist die Vorlage nicht, sondern sie wird erst für die Zukunft der Landwirthschaft gute Dienste thun. Die Landwirthschaftskammern mögen organisirt sein, wie sie wollen, sie werden immer von dem Wohlwollen der Regierung abhängig sein und können in Gemeinsamkeit mit einer wohlwollenden Regierung der Landwirthschaft gute Dienste thun. Die Vorlage muß aber noch in mancher Beziehung umgearbeitet werden. Das landwirthschaftliche Vereinsleben hat eine erfreuliche Entfaltung angenommen; es ist der Träger der landwirthschaftlichen Kultur und des landwirthschaftlichen Fortschritts geworden. Deshalb müßte das Alterprobte nicht zerstört, sondern eher gefördert werden. Bei der Gesetzgebung werden die Kammern die Interessen der Landwirthschaft besser vertreten als die Zentralvereine, welche doch nur auf einen Bruchtheil der Landwirthschaft beruhen. Bedenklich ist die Aufstellung der Statuten. Der Minister entwirft sie und der Provinziallandtag soll sie prüfen? Warum sollen die Provinzialvereine nicht die Statuten prüfen? Jedenfalls muß so wenig wie möglich gesetzlich festgelegt werden, weil die Verhältnisse zu verschieden sind. Die ganze Einrichtung wird in Zukunft der Landwirthschaft gute Dienste thun, aber sie ist kein Mittel, der augenblicklichen Nothlage abzuhelfen; dazu sind andere Dinge nothwendig, die anderweitig schon genügend betont sind. (Beifall rechts.)

Minister **v. Heyden**: Bei der Frage, ob fakultativ oder obligatorisch, handelt es sich nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern mehr um das Tempo der Ausführung; denn wenn die Kammern fakultativ eingeführt werden, werden sie sich doch nach und nach entwickeln. Die Landwirthschaft bedurfte neuer Organe zur Vorbereitung der Gesetzgebung, welche der Landwirthschaft helfen soll. Herr v. Zoltowski hat gefragt, zu welcher praktischen Mitarbeit die Kammern zugelassen werden sollen. Es würde hierher gehören, die Einschränkung der weiteren Verschuldung und die Aenderung des Erbrechts. Es handelt sich dabei um Dinge von solcher Tragweite, daß man das nicht kurzer Hand in das Gesetz hineinbringen kann. Die Landwirthschaftskammern sind zunächst nur bestimmt, an die Stelle der landwirthschaftlichen Zentralvereine zu treten. Das landwirthschaftliche Vereinswesen wird dagegen nicht entbehrt werden können. Daß die Regierung keine Sympathie für das Vereinswesen hat, ist eine durchaus irrige Ansicht. Die Landwirthschaftskammern sollen mehr leisten als die Zentralvereine, namentlich auf dem Gebiete der Interessenvertretung. Die Konstruktion des Wahlrechts hat besonders Anstoß gefunden; gerade hierbei werden Sie finden in der Kommissionsberathung, daß mit der gesonderten Vertretung des kleinen und großen Grundbesitzes doch gewisse Interessen besser gewahrt werden als durch ein einheitliches Wahlrecht. Die Regierung wird alle Bedenken eingehend erwägen. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Puttkamer-Plauth** (k.): Ich habe noch nicht die Ueberzeugung, ob es möglich sein wird, in der Kommission dem Gesetz eine solche Gestalt zu geben, daß es brauchbar wird. Zum Gegner des Gesetzes macht mich der Umstand, daß die Zentralvereine unzweifelhaft werden eingehen müssen. Diese Vereine haben ein segensreiches Wirken hinter sich; es tritt an ihre Stelle etwas Neues, Ungewisses, von dem ich nicht die Hoffnung hegen kann, daß es etwas besseres zu werden verspricht. Die Steuer für die Kammer wird keine unbeträchtliche Summe sein. Die Lage der Landwirthschaft ist eine so schlechte, daß der kleinste Tropfen das Glas zum Ueberlaufen bringen kann. Unsere Landwirthe werden von einer solchen Steuer nicht erbaut sein. Eine gesetzliche Basis wird den Landwirthschaftskammern allerdings gegeben; aber es wird sonst weiter nichts an unseren Rechten geändert. Die Regierung hat uns jetzt schon hören können und hat jetzt schon unsere Gutachten beachtet oder in den Papierkorb geworfen, wo sie ihr nicht paßten. Daran wird nichts geändert. (Zustimmung links). In dem Motive sind ein paar Blicke in eine ferne Zukunft geworfen; aber sie gehen von so grundstürzenden Gesichtspunkten aus (Hört: links), daß ich die Ueberzeugung habe, die Landwirthschaftskammern werden am allerwenigsten dazu befähigt sein, diese Aufgabe zu lösen. (Hört: links.) Die Verwandlung der Hypothekenschuld in eine Rentenschuld wäre ein großartiger Gedanke; ich finde aber keinen gangbaren Weg dafür. Wie denkt man sich die Stellung der Landschaften gegenüber einem solchen Schritte? Die landschaftliche Beleihung ist heute schon vielfach eine viel zu hohe. Ebenso liegt es mit dem Gesetz über das Erbrecht. Populär ist eine Aenderung der Erbfolge in meiner Heimath keineswegs; der Bauer wünscht die freie Verfügung über seinen Grundbesitz zu haben. Die Beseitigung der freien Vererbung könnte eine wohlthätige Maßregel sein; aber diese Pläne kommen viele Jahrzehnte zu spät. Ich erkläre, daß ich nur für meine Person spreche; ich weiß nicht, ob ich viele meiner Freunde hinter mir habe. Es handelt sich nicht um eine Forderung der gesammten Landwirthschaft.

Minister **v. Heyden** polemisirt gegen einen Angriff des Vorredners auf den Reichskanzler.

Abg. **v. Schalscha** (Z.): Der Reichskanzler hat im Reichstage erklärt, daß ihn die Landwirthschaft eigentlich gar nichts angeht; nur das Veterinärwesen gehöre zum Ressort des Reiches. Die Landwirthschaft ist also vom Reichskanzler damit für vogelfrei erklärt worden, namentlich die deutsche, denn für die auswärtige ist genügend gesorgt. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum). Ich bin ein Agrarier nicht aus Eigennutz, sondern im Allgemeininteresse, weil ich meine, daß, je mehr Leute den Wanderstab ergreifen und in die Städte wandern, desto schneller wird der Aufmarsch der Sozialdemokratie sich vollziehen. (Zustimmung rechts). Die Einführung der Rentenschulden wäre zu erwägen. Wenn man aber in der Verschuldung Beschränkungen einführen will, dann könnte man erst untersuchen, ob denn die allgemeine Wahlfähigkeit aufrecht erhalten werden muß. Ich will über diese Dinge nicht sprechen. (Zuruf Richter's: Warum denn nicht?) Weil sie noch nicht reif sind. (Zustimmung rechts. Zuruf Richter's: Bis jetzt habe ich nur Unreifes gehört!) Die Landwirthschaftskammern müßten nicht fakultativ sondern unter allen Umständen berechtigt sein, an der Preisnotirung für landwirthschaftliche Produkte mitzuwirken. Ein Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz besteht wirklich nicht, aber er ist in Gegenden hineingetragen worden, wo vor 5 Jahren davon keine Rede war. Das hat sich bei den Reichstagswahlen gezeigt und man sollte es sich daher überlegen, ehe man ein Mittel schafft hier in dieser Vorlage, den Großgrundbesitz auszuschließen. Wenn der Landwirthschaftsminister schnell helfen will, dann sollte er für die gleitende Zollskala nach der Valuta eintreten. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Sattler** (ntl.): Wer nicht anerkennt, daß die Lage der landwirthschaftlichen Produktion die höchste Wichtigkeit für das Gedeihen des ganzen Staates hat, hat überhaupt keinen Blick für die praktischen Verhältnisse. Wir haben in unserer Partei eine große Anzahl von Vertretern der landwirthschaftlichen Interessen, namentlich des mittleren Grundbesitzes und müssen natürlich für die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung und landwirthschaftlichen Produktion Interesse haben. Darum war bei meinen Freunden zunächst große Neigung für die Vorlage; namentlich diejenigen meiner Freunde aus der Industrie und dem Handel, welche den Segen einer gesetzlichen Organisation in den Handelskammern kennen gelernt haben, standen von vornherein der Vorlage sehr freundlich gegenüber und wurden auch durch die Berechtigung der Landwirthschaftskammern zur Steuererhebung nicht abgeschreckt; dagegen hat diese Aussicht auf eine neue Steuer bei meinen landwirthschaftlichen Freunden Bedenken erregt, denn die Steuermüdigkeit ist nicht nur in Westpreußen, sondern auch in anderen Provinzen vorhanden. Wir müssen also die Vorlage eingehend in der Kommission prüfen. Große und schwere Bedenken sind gegen den Wahlmodus zu erheben. In den Gemeinden wird natürlich der Ortsvorsteher Wahlmann sein, und eine Versammlung von Gutsbesitzern und Ortsvorstehern unter Leitung des Landraths wird die Wahl der Mitglieder der Kammern vollziehen. Ob das eine geeignete Zusammensetzung zur Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen sein wird, ist mir zweifelhaft. Der behördliche Einfluß des Landraths und der gesellschaftliche Einfluß der Großgrundbesitzer wird einen viel zu großen Umfang annehmen. Die Vertretung der Interessen des kleinen Grundbesitzers wird dabei illusorisch werden. Wenn man die Handelskammern zum Muster nahm, weshalb schlägt man dann nicht auch dasselbe Wahlverfahren vor wie für die Handelskammern? Das hier vorgeschlagene Wahlverfahren kann nicht auf die Zustimmung meiner Freunde rechnen. In Aussicht genommen ist die Einführung der Rentenschuld und eine Umwandlung der Hypothekenschuld in eine solche. Möglich ist eine solche Umwandlung; aber es sprechen doch auch Bedenken dagegen; es muß eine Beschränkung des Kredits stattfinden. Ist denn das in allen Theilen des Staates nothwendig? Ebenso steht es mit der Abänderung des Erbrechts. Die Verschiedenheit der landwirthschaftlichen Verhältnisse, namentlich auch bezüglich der Besitzvertheilung ist sehr groß, daß man die Agrargesetzgebung nicht einheitlich gestalten kann für den ganzen Staat. Die Ziele, welchen die Landwirthschaftskammern dienen sollen, stehen noch nicht fest und ihre Berechtigung für den ganzen Staat ist nicht anzuerkennen. Da müssen Bedenken geltend gemacht werden gegen die Organisation überhaupt.

Abg. **Tzschoppe** (fk.): Das Nebeneinanderbestehen der Kammern und der Vereine würde nur die Kräfte zersplittern, während man gerade auf eine Zusammenfassung der verfügbaren Kräfte hinstreben sollte. Die Ausübung irgendwelchen Zwanges zur Auflösung der Vereine würde die Mitglieder nur erbittern. Hoffentlich gelingt es der Kommission, die Bedenken zu beseitigen.

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Volksversammlungen. Die Preßkommission des „Vorwärts" hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß Annoncen, in denen zu Volksversammlungen eingeladen wird, welche von der Partei-Organisation ausgehen, die Mittheilung enthalten müssen, daß der Vertrauensmann des Kreises von der Versammlung unterrichtet ist und zu derselben seine Zustimmung gegeben hat.

Der Antrag auf Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises, der von den Arbeitnehmer-Beisitzern des Gewerbegerichts dem „Ausschuß des Gewerbegerichts für Gutachten und Anträge in gewerblichen Angelegenheiten" unterbreitet worden ist, wurde dieser Tage in drei auf einander folgenden Sitzungen berathen. Der Antrag ist in der folgenden Form angenommen und darauf dem Magistrat übersendet worden.

§ 1. Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin hat den Zweck: a) zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Handlungsgehilfen, Handlungslehrlingen überhaupt allen Angestellten im Handelsgewerbe, gewerblichen Arbeitern, Lehrlingen und Dienstboten) unentgeltlich Arbeit zu vermitteln. b) Diese Vermittelung sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitnehmer zu bewirken. c) Das für die Zwecke der Statistik über die Bewegungen des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage einschließlich des Lehrlingswesens in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten erforderliche Material zu sammeln. Die Bearbeitung desselben soll im Anschluß an den Arbeitsnachweis durch eine besondere Abtheilung des städtischen statistischen Bureaus erfolgen und veröffentlicht werden. d) den städtischen und staatlichen Behörden in allen die Arbeiter und Arbeitsverhältnisse berührenden Fragen Auskunft zu ertheilen.

§ 2. a) Der Arbeitsnachweis steht unter der Leitung und Aufsicht eines Ausschusses von 25 Personen, nämlich 12 Arbeitgebern, 12 Arbeitnehmern und 1 Vorsitzenden, sowie einem Stellvertreter desselben, welcher aber nur in dem Falle der Behinderung des Vorsitzenden stimmberechtigt ist. Für die 12 Ar-

beitgeber und Arbeitnehmer sind je 6 Stellvertreter zu wählen. b) Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und deren Stellvertreter werden von den Arbeitgeber- bezw. Arbeitnehmer-Beisitzern des Gewerbegerichts in getrennten Versammlungen aus der Zahl der Berliner Arbeitgeber und Arbeitnehmer der einzelnen Industriegruppen gewählt. Die Wahl erfolgt auf die Dauer von einem Jahre. c) Der Magistrat ernennt alsdann den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 3. Die Sitzungen des Ausschusses werden nach Bedürfniß von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter berufen. Eine Sitzung muß einberufen werden, wenn von 6 Mitgliedern ein diesbezüglicher Antrag eingebracht ist. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder geladen waren und mindestens 14 derselben, d. h. je 7 Arbeitgeber und 7 Arbeitnehmer zugegen sind. Wenn ein Mitglied am Erscheinen behindert ist, hat der Vorsitzende (bezw. sein Stellvertreter) einen der Stellvertreter herbeizuziehen, und ist das nicht mehr angängig, dann muß das jüngste der anwesenden Mitglieder der betreffenden Gruppe für die betreffende Sitzung ausscheiden. Die Beschlüsse des Ausschusses werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei der Beschlußfassung muß unter den Mitgliedern die gleiche Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein.

§ 4. Der Arbeitsnachweis besteht aus einer männlichen und weiblichen Abtheilung. Die Führung der Arbeitsvermittelungs-Geschäfte geschieht von Arbeitern, welche in öffentlicher Versammlung der einzelnen Industriegruppen zu wählen und von der Stadt anzustellen sind.

§ 5. Der Ausschuß hat die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises festzusetzen.

§ 6. Die Kosten für die Errichtung und Unterhaltung des Arbeitsnachweises trägt die Stadt Berlin.

§ 7. a) Der Arbeitsnachweis stellt im Falle eines Ausstandes seine Thätigkeit für die betreffende Branche ein; jedoch haben die streitenden Theile innerhalb 2 Tagen (d. h. vom folgenden Tage an) das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen und dasselbe auf dem schnellsten Wege zu entscheiden. b) Geschieht das Anrufen des Einigungsamtes nur einseitig und weigert sich die Partei der Arbeitnehmer, so tritt der Arbeitsnachweis nach der unter a) besagten Zeit sofort wieder in Thätigkeit. c) Beide Parteien haben sich dem Urtheil des Einigungsamtes zu unterwerfen, widrigenfalls das Einigungsamt über die weitere Thätigkeit des Arbeitsnachweises zu bestimmen hat. d) Die Verhandlungen des Einigungsamtes sind öffentlich. Das Urtheil ist öffentlich bekannt zu machen. e) Tritt das Einigungsamt in Thätigkeit, so sind jedes Mal aus dem Ausschusse des Arbeitsnachweises noch je 3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer mit gleichen Rechten, wie die übrigen Mitglieder des Einigungsamts hinzuziehen.

Die satte, zahlungsfähige Moral hat in einem ihrer „angesehensten" hiesigen Organe, dem „Berliner Tageblatt", wieder einmal glänzend Zeugniß von sich und ihrem Ruhm abgelegt. Drei Berliner Stadträthe, die Herren Bohm, Friedel und Heller sind auf Beschluß des Magistrats in den drei Nächten vom 29. Januar bis 1. Februar in einer für sie gewiß sehr anstrengenden Arbeit thätig gewesen. Sie haben in diesen Nächten eine Personalstatistik über diejenigen Elemente veranstaltet, aus denen sich die Obdachlosen am hiesigen Orte zusammen setzen. Man geht natürlich fehl in der Vermuthung, daß den Magistrat bei diesem Beschluß etwa ein rein statistisches Interesse oder gar die menschliche Liebe für die Aermsten der Armen geleitet habe. Nein, soweit sind wir noch nicht. Die Ursache zu dieser Arbeit war die für den Magistrat auffällige Thatsache, daß ungefähr 14 Tage, nachdem strenge Kälte geherrscht, bei verhältnißmäßig gelinder Witterung ein unvermutheter, plötzlicher Andrang zum nächtlichen Obdach der Stadt stattgefunden hat. Auch soll den Magistrat immer noch ernsthaft die Frage gequält haben, ob es auch rathsam sei, das Obdach und die mit ihm in gewisser Verbindung stehenden Wärmehallen sofort oder wenigstens im Spätherbst dieses Jahres erheblich zu vergrößern. Und was sonst noch die Ursache war, werden wir weiter unter sehen.

Welches Resultat haben nun die magistratlichen Bemühungen gehabt? Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die erhaltenen Daten recht niederschmetternd auf unsere in der Nothstandsfrage bekanntlich von einem unverwüstlichen Optimismus beseelten Stadtväter eingewirkt haben. Anders ist das klägliche Zeug nicht recht zu erklären, das das offenbar offiziös inspirirte Mosse'sche Organ seinem Publikum auftischt. Man erwartet eine, soweit in der kurzen Zeit möglich, sich auf Zahlenmaterial stützende Uebersicht und man hat beim Durchlesen des Artikels die unerwartete Gelegenheit, den Hang zur Romantik bei den Leuten zu bewundern, die ihre Beobachtungen in die Spalten des Tageblatts fließen ließen. Die alte Zeit der Vehme und der Vendetta mit ihren auf allen Wegen in grimmer Tücke geheimnißvoll gesperrten Fäden taucht wieder vor uns auf und das effektvolle Gebilde wird nur um so interessanter, als es sich über dem im Hohlspiegel gar grimmig anzuschauenden Todtenkopf der heutigen Gesellschaft, dem Anarchismus schauervoll aufthürmt. Denn der dienstbeflissene Geschichtenträger vom „Berliner Tageblatt" läßt die drei Weisen, die drei Nächte hintereinander das Gespenst der Noth beschworen haben, so etwas vom Masseninstinkt der Obdachlosen läuten hören, der aber alsbald umschlägt in das stumme Gehorchen auf eine dumpfe Parole, die von außen her in das Asyl hineingetragen wird. „Es giebt nicht blos Polizeispitzel" heißt es im Tageblatt „sondern auch Anarchistenspitzel, die Führer draußen werden von allen Vorgängen im Innern des Obdachs auf das Genaueste unterrichtet, und gewisse Obdachlose agiren, das hat sich allen Beobachtern aufgedrängt, zeitweilig wie auf Kommando. Vor allem halten diese Leute kettenartig zusammen und verrathen einander nicht. Derjenige, der ausplaudern oder unter ihnen befindliche Uebelthäter verrathen wollte, also „der Verräther", riskirte buchstäblich sein Leben."

Dieses ist der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich. Neben einer Gruppe von nicht obdachlosen Leuten, die das Obdach besucht, lediglich um sich einmal körperlich zu reinigen und sich mit einem neuen Hemd zu versehen, giebt es nach dem Offiziösen im Obdach eine Gesellschaft, von der nicht gesagt wird, ob sie mit der vorhin geschilderten Geheimorganisation identisch ist, oder für sich etwa im Gegensatz zur Vendetta mit dem Dolch im Gewande als solche milder Gattung existirt. Wenigstens ist bei ihrer Schilderung nicht direkt von Meuchelmord die Rede. Aber unheimlich genug ist auch diese Horde, denn der Magistratsoffiziöse berichtet von ihr: Es ist die Ueberzeugung von Kennern und sorgfältigen Beobachtern des Obdachs, daß diese Leute zum Besuch des Obdachs animirt werden, und zwar gerade in der Zeit, wo es gilt, mit Zahlen zu paradiren und den Anschein zu erwecken, als wenn urplötzlich ein ungeheurer, noch nie dagewesener Nothstand über Berlin hereingebrochen wäre. Dies sind die eigentlich gefährlichen Elemente des Obdachs, sie sind die geheimen Terroristen der übrigen, meist friedlichen Obdachsucher, sie geben sozusagen die Tageslosung aus, der sich alles blind unterwerfen muß, sie unterhalten namentlich mit anarchistischen Kreisen nach außen Verbindung; aus ihnen rekrutiren sich die sogenannten Anarchisten-Spitzel, sie erscheinen und verschwinden je nach Bedarf spurlos von der Bildfläche.

Nach diesen beiden Faschingsleistungen läßt sich ermessen, was weiter in den Bruchstücken aus der Enquete folgt. Außer dem Anarchismus hat kaum noch etwas anderes als der Stoff, der Gewohnheitsstoff, ein Interesse an der Erhaltung und dem Ausbau des städtischen Obdachs. Man richtet an eine der 50 Frauen, die sich unter 3200 Männern im Obdach finden, die Frage nach der Ursache des gewaltigen Ueberwiegens der männlichen Bevölkerung im städtischen Obdach und erhält prompt die folgende hocherwünschte Antwort:

„Das liegt an den Männern selbst, an ihrer Unmäßigkeit, besonders am Saufen und Rauchen. Die Männer müssen alles durch die Kehle jagen; wir Frauen helfen uns ganz anders; obwohl wie für den „Staat" (Putz) etwas ausgeben, haben wir doch bis zuletzt ein Nothgröschchen; wenns mit dem zu Ende geht, dann ist es freilich mit uns vorbei."

Das Bild wäre aber unvollständig, wenn nicht dem Lokalpatriotismus des Urphilisters eine tiefe Reverenz gemacht würde. Es wird angenommen, daß die Pseudo-Obdachlosen und die echten Berliner etwa ein Sechstel derjenigen ausmachen, die das städtische Institut als angebliche Nothleidende aufsuchen. „Die übrigen fünf Sechstel, heißt es, sind Nichtberliner und diese fünf Sechstel sind es, die durch ihre große Zahl bei uns Aufregung verursachen, die Bürgerschaft beunruhigen und den Staats- wie Stadtbehörden so lange zu schaffen machen werden, bis es gelingen wird, diese Elemente wenigstens zum größeren Theil, wie man in Oesterreich sagt, „abzuschaffen".

Ausländer, Fremde, sind's zumeist
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion, dergleichen Sünder,
Gottlob, sind selten Landeskinder.

Und warum kommen diese Frechlinge nach Berlin, warum verrecken sie nicht in ihren heimathlichen Gefilden unter der Peitsche des Gutsherrn? Aus reinem Uebermuth, so argumentirt der städtische Statistiker fürs Erste, und als zweiten bedeutsamen Grund führt er an, daß es den — organisirten Arbeitern so in ihrem Kram paßt.

„Bei Gelegenheit von Streiken haben die hiesigen Gewerke solchen Leuten vernünftiger Weise abgewinkt und mit Erfolg das Herzuströmen neuer beschäftigungsloser Massen abzuwehren vermocht. Warum haben dies die Führer und Leiter der Arbeiter-Bewegung diesmal, namentlich im November, nicht gethan? Offenbar, weil es ihnen lieb war, anläßlich der Debatten im Reichstag, im Landtag und in der Stadtverordneten-Versammlung durch das Vorführen großer Mengen von Beschäftigungslosen einen Druck auf die behördlichen Organe und die öffentliche Meinung so kräftig wie nur irgend möglich auszuüben."

Wir denken, daß diese Leistungen unseren Parteigenossen eine vollauf genügende Probe von der magistratlichen Obdachlosenstatistik gegeben haben. Es ist Faschingszeit, und warum sollte ein Magistratsoffiziöser nicht auch einmal in scheinbar ernstem Gewande seinen Ulk zum Besten geben können? Hat dieser Ulk doch den angenehmen Vortheil an sich, daß er je nach Bedarf von den bürgerlichen Kämpen ernst genommen und bei jedem Nothstandsantrag, mit dem die verdammten Sozialdemokraten im Rothen Hause angeschleppt kommen, den Rothen als triftige Argumentation entgegengeschleudert werden kann. Wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, so ist bekanntlich nichts zu dumm, um nicht unter dem Beifallgemurmel der bürgerlichen Stadtverordneten ins Feld geführt zu werden. Warum ist es unseren industriellen Haupthyänen, die die bescheidenste Forderung ihrer Arbeiter mit einer Aussperrung und der frivolen Herbeiziehung polnischer und schlesischer Streikbrecher beantworten, nicht zuzutrauen, daß sie, wie es der Magistratsoffiziöse im „Berliner Tageblatt" thut, die organisirten Arbeiter für den Zuzug der Armee aus dem Osten verantwortlich machen? Es wird da ein großes Hallelujah in öffentlicher Stadtverordnetensitzung geben und die gesammte ordnungsliebende, staatserhaltende und ordensdüsterne Klique wird einig in der Ansicht sein, daß es ein Verbrechen gegen Staat und Gesellschaft wäre, auch nur einen Pfennig mehr für den organisirten Pöbel zu bewilligen, der hungert und friert aus reiner Frivolität. Was kümmern diese Helden sich noch um sachliche Einwände, was kümmert sie der nächstliegende und der jedermann offenbare Grund, daß die strenge Kälte zwar das Elend lebendiger werden läßt, aber auf die immer weiter fressende Arbeitslosigkeit in der Industrie nur einen verhältnißmäßig unbedeutenden Einfluß ausübt. Wer grundsätzlich taub sein will, dem ist bei alledem nicht zu helfen, und so bleibt denn nichts weiter übrig, als den bürgerlichen Stadtvertretern bei der nächsten Nothstandsdebatte eine fröhliche Ordnungsorgie zu wünschen!

Wahrheit oder Dichtung? Gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Markusstraße 8 gerufen. Es brannte im Laden des Zigarrenhändlers Rochan. Der Laden war verschlossen, man mußte durch ein Fenster steigen, um von innen zu öffnen. Während die Feuerwehrmänner sich in dem ausgebrannten Laden zu schaffen machten, hörten sie von dem Keller unterhalb des Ladens Stöhnen. Der Keller ist durch eine Fallthür mit dem Laden verbunden; die Thür war zugeklappt und man fand den Ladeninhaber am Fuß der Treppe liegen mit einer Stichwunde in der Brust und Beulen am Kopfe. Er erklärte, von einem Manne überfallen zu sein, und wurde nach dem Krankenhause im Friedrichshain gebracht. Dort ist er heute ausführlich vernommen worden. Nach seiner Angabe hatte er die Rolladen des Schaufensters heruntergelassen und war im Begriff, den Laden zu schließen, als ein Fremder eintrat und sich als Vetter des Rochan'schen Schwiegervaters, des Gerbereibesitzers Hensel in Kirchhain, vorstellte, der Grüße zu überbringen habe. Da R. in der That seinen Schwiegervater in jenem Orte hat, so will er den Unbekannten zum Nähertreten eingeladen haben. Im Verlaufe eines Gesprächs soll der Fremde, der sich gleichfalls Hensel nannte, R. gebeten haben, einen Briefumschlag mit Aufschrift zu versehen und in diesem Augenblick will R. einen Schlag auf den Kopf erhalten und die Besinnung verloren haben. Er sei zu sich gekommen, als er die Feuerwehr im Laden vernommen habe. R. nimmt an, daß der angebliche Hensel ihn, nachdem er ihn geschlagen und gestochen, durch das Loch der Fallthür, die er erst habe öffnen müssen, in den Keller gestoßen habe. Den Thäter beschreibt er als einen Mann in den vierziger Jahren, etwa 1,75 Meter groß, mit vollem dunkelblonden Haar und Vollbart, rother gesunder Gesichtsfarbe, bekleidet sei er mit grauem Ueberzieher gewesen. Die Verletzungen sind ungefährlich, so daß seine Entlassung in den nächsten Tagen bevorsteht. Von der Kopfwunde wird ärztlich angenommen, daß R. sie sich selbst beigebracht habe. Blutspuren führen nicht in den Keller.

Arbeiter Schönebergs! Am Sonnabend, den 10. Februar, finden hierselbst die Wahlen zum Gewerbegericht statt und zwar werden dieselben in der Zeit von Nachmittags 4 Uhr bis Abends 8 Uhr im kleinen Saale des Lindenparks abgehalten. Bei der Bedeutung der Wahlen ist es die Pflicht der Arbeiter, mit aller Kraft für die in öffentlicher Volksversammlung nominirten Kandidaten einzutreten. Wähler ist, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat und ein Jahr am Orte wohnt oder in Arbeit steht. Im letzteren Falle hat der Arbeiter eine Bescheinigung seines Arbeitgebers beizubringen. Im übrigen genügt die Invaliditäts-Karte oder der Steuerzettel. Die Wahl ist eine geheime. Als Kandidaten sind aufgestellt: W. Bäumler, Maurer; F. Masuch, Klempner; L. Weißgerber, Maurer; R. Eichhorn, Stuckateur; H. Schubert, Buchdrucker; K. Sommer, Zimmermann.

Wir machen die Genossen noch darauf aufmerksam, daß am Freitag eine öffentliche Volksversammlung in der Schloßbrauerei stattfindet. Das Komitee.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Vormittags versuchte ein Handlungsgehilfe in seiner Schlafstelle in der Zionskirchstraße sich durch einen Schuß in den Hals zu tödten. Er wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Im Erdgeschoß des Hauses Leipzigerstr. 96 fiel Nachmittags ein Bautischler bei der Arbeit durch eine Oeffnung im Fußboden in den Keller hinab und zertrümmerte dort eine Spiegelscheibe. Er erlitt bedeutende Verletzungen an den Armen und Beinen und mußte nach der Universitäts-Klinik gebracht werden. — Beim Verlassen einer Schankwirthschaft in der Kottbuserstraße fiel ein Pantinenmacher in der Trunkenheit zu Boden und erlitt einen Schädelbruch, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Urban erforderlich wurde. — An der Ecke der Oberwall- und Französischenstraße stieß Abends ein Geschäftswagen, dessen Pferd durchgegangen war, mit einer Droschke zusammen. Der Führer des Geschäftswagens wurde von seinem Sitz herabgeschleudert und am Kopfe so schwer verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Bei der Festnahme zweier Männer, welche längere Zeit an der Ecke der Wrangel- und Manteuffelstraße groben Unfug getrieben hatten, entstand ein größerer Auflauf, der von der Schutzmannschaft mit Gewalt zerstreut werden mußte. — Nach 10 Uhr Abends wurde die Feuerwehr nach dem Hause Markusstraße Nr. 8 gerufen, wo es im Zigarrengeschäft von Rochan brannte. Der Geschäftsinhaber wurde im Keller unter dem Laden mit einer Wunde in der Brust aufgefunden und auf ärztliche Anordnung nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Rochan behauptet, kurz vorher von einem Manne überfallen, in den Keller gestoßen und durch einen Stich in die Brust verletzt worden zu sein; dieser Mann müsse auch den Laden in Brand gesetzt haben. Nach Angabe der Frau Rochan, die erst später nach Hause kam, fehlen auch etwa 600 M., die in einem Hintergimmer in einem Schreibtisch eingeschlossen gewesen sein sollen. — In der Müllerstraße 24 fand ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen öffentlicher Beleidigung der Organe des Kriegsministeriums, speziell der Kreis-Ersatzkommissionen, wurde der Journalist Rob. Wohlberg aus Berlin von der Strafkammer des Landgerichts II zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. Er soll in einer zu Cladow bei Spandau abgehaltenen freisinnigen Wählerversammlung gesagt haben, daß die Ersatzkommissionen manches Kroppzeug ausgehoben haben, welches kaum noch krauchen könne.

„Ein unglaublicher Mißgriff der Sittenpolizei". Unter dieser Spitzmarke erschien in der Abendnummer des „Berliner Tageblatts" vom 14. Juli v. J. ein Artikel, als dessen Verfasser der hiesige Rechtsanwalt Dr. Alfred Korn angegeben war. Es wurde darin mitgetheilt, daß eine unbescholtene Frau, welche nach erfolgter Ehescheidung genöthigt gewesen sei, eine Stellung im „Krug zum grünen Kranze" anzunehmen, in der Nacht zum 8. Juli ihre Wohnung bei ihrer in der Borsigstraße wohnenden verheiratheten Schwester habe aufsuchen wollen. Da sie den Hausschlüssel vergessen hatte, so versuchte sie auf der Straße durch Händeklatschen die Aufmerksamkeit ihrer Schwester zu erregen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen habe sich ein junger Mann zu ihr gesellt, der ebenfalls in dem Hause wohnte und sich erboten habe, sie mit hineinzunehmen. Im Begriffe ihm zu folgen, sei sie plötzlich von dem Kriminalbeamten Kornowski ergriffen worden, der sich in der Nähe verborgen gehalten. Der Beamte habe ihr den Vorwurf gemacht, daß sie einem unsittlichen Gewerbe nachgehe und sie deshalb zur Wache gebracht. Hier habe sie die Nacht über bleiben müssen. Am folgenden Morgen habe man sie nach dem Alexanderplatz gebracht, wo sie sich in Gemeinschaft mit einer großen Anzahl eingelieferter Prostituirten seitens des Physikus Dr. Litthauer einer schimpflichen Untersuchung habe unterwerfen müssen. Dann habe man sie im grünen Wagen nach der Charitee gebracht, von wo sie erst nach vier Tagen entlassen worden sei, nachdem sich herausgestellt habe, daß sie völlig gesund sei. Sie sei wegen der unwürdigen Behandlung dem Selbstmorde und ihr betagter Vater dem Tode nahe gewesen. An diese Mittheilung knüpfte der Verfasser eine Kritik der Handlungsweise des Sittenbeamten und des Dr. Litthauer, worin nach Auffassung der Staatsanwaltschaft schwere Vorwürfe und Beleidigungen enthalten sein sollten. Gestern standen deshalb Rechtsanwalt Dr. Korn und der Redakteur Harich vom „Berliner Tageblatt" vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Die Beweisaufnahme bewegte sich um die Frage, ob die der verhafteten Frau widerfahrene Behandlung eine gesetzmäßige war oder nicht. Der Staatsanwalt trat warm für die Beamten ein, die den vorliegenden Umständen nach, Lob und nicht Tadel verdienten. Er beantragte gegen Dr. Korn 1000 M. Geldstrafe, gegen Harich 8 Monate Gefängniß. Der Vertheidiger des ersten Angeklagten, Rechtsanwalt Lipschütz, führte aus, daß die Beweisaufnahme sich im Wesentlichen mit dem Inhalte des Artikels gedeckt habe, daß der Angeklagte nur von seinem Rechtsgefühl geleitet, sich der verletzten Frau angenommen habe und schließlich schon um deshalb freigesprochen werden müsse, weil er sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe. Der Vertheidiger des Angeklagten Harich, Rechtsanwalt Mosse, legte das Schwergewicht darauf, daß auf grund der mißlichen Verhältnisse in der Charitee die Nachprüfung der Eingelieferten nicht in der Weise vorgenommen sei, wie es als zweckmäßig erscheine.

Der Gerichtshof bezeichnete das Verhalten der Beamten für korrekt, hielt auch den Inhalt des Artikels für beleidigend, kam aber dennoch zu einem freisprechenden Erkenntniß, weil die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Bildhauer! Die Werkstatt-Delegirten werden dringend ersucht, die ihnen zugesandten Situationsberichte ausgefüllt im Vereinslokal, Annenstr. 16, schleunigst abzuliefern.

Die Wichtigkeit der Sache macht das regste Interesse zur Pflicht! Die Delegirten-Kommission.

An die Stellmacher Berlins und Umgegend!

Kollegen! Wieder von neuem richten wir die Mahnung an Euch, unsere Versammlungen mehr als bisher zu besuchen. Immer noch steht die große Mehrzahl der Kollegen unserer Bewegung fremd und gleichgiltig gegenüber. Von den verheiratheten, in Berlin längere Zeit anwesenden Kollegen trifft man nur wenige, und selbst die, welche früher am eifrigsten waren, lassen an Regsamkeit nach.

Kollegen! Wir fragen Euch, ist denn Eure Lebenslage nicht der Verbesserung bedürftig? Wenn ja, dann handelt danach und tretet der Organisation bei; sorgt dafür, daß es nicht noch schlechter wird. Häufig müssen wir die Klagen hören, daß die Löhne zurückgehen, wofür aber die Arbeitszeit verlängert wird. Und doch sieht die Mehrzahl der Kollegen es nicht ein, wie dem Herabsinken der Löhne Einhalt zu gebieten ist. Die Herren Meister entschuldigen die Lohnreduktion und die Verlängerung der Arbeitszeit mit dem Hinweis auf die Konkurrenz, und so wird, trotzdem die Arbeitslosigkeit immer mehr um sich greift, die Arbeitszeit verlängert. Wir aber wollen nicht, daß den Kollegen selbst das Allernothwendigste, was zum Leben gehört, vorenthalten wird. Der Einzelne ist nicht im Stande, für sich eine dauernde Verbesserung herbeizuführen, das kann nur die Gesammtheit und zwar im Wege einer gut geschlossenen Organisation. Erscheint daher alle in der Versammlung, welche am Sonntag, den 11. Februar, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, stattfindet, in welcher über Mittel und Wege berathen werden soll, welche wir in nächster Zeit einzuschlagen haben. Thue daher ein jeder seine Pflicht.

Die Agitationskommission der Stellmacher.

Zum Schreiberelend. Es sind nicht etwa blos die gemeinen Soldaten, welche den Arbeitern in den verschiedensten Berufen Konkurrenz bieten, indem sie Arbeiten für billigste Entlohnung übernehmen, sondern Unteroffiziere, Sergeanten thun das gleiche. Wie uns aus den Kreisen der Bureau-Angestellten mitgetheilt wird, soll eine nicht geringe Anzahl solcher Militärpersonen, welche durch Abkommandirung in den verschiedenen militärischen Bureaus thätig sind, ihre freie Zeit

dazu benutzen, bei Rechtsanwälten, Gerichtsaktuaren u. s. w. als Stenograph, Korrespondent und dergleichen thätig zu sein. Ebenso finden die Subalternbeamten noch Zeit genug, viele Stunden des Tages Privatbeschäftigungen nachzugehen. Die Letzteren zahlen nur in den seltensten Fällen, die Ersteren hingegen niemals Steuern, sondern leben im Gegentheil von den, dem Volke ausgepreßten Steuerbeträgen. Wird der Herr Unterstaatssekretär v. Rottenburg, der kürzlich eine Deputation der Bureau-Angestellten empfing und sich über die überaus geringen Löhne nicht genug wundern konnte, hierin Wandel schaffen? Hierzu bedürfte es keines Gesetzes, sondern es wäre nur eine Verfügung der betreffenden Minister nöthig, um dieser Lohndrückerei zu steuern.

Zum Formerstreik wird aus **Nürnberg** berichtet, daß sich nun auch die Arbeitgeber herbeigelassen haben, behufs Beilegung des Streiks, das Einigungsamt anzurufen. Die Arbeitnehmer hatten schon früher ihr Einverständniß hierzu gegeben.

Versammlungen.

Die Bureau-Angestellten Berlins. Große öffentliche Versammlung am Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Stein (Bühler) Rosenthalerstr. 39.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Vereinsversammlung am Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Privat-Theater-Gesellschaft „**Pomelia**". Mittwoch, den 7. Februar, Abends 9 Uhr, bei Müller, Pücklerstraße 2, Sitzung mit Damen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Bildhauer. Mittwoch, den 7. Februar, Versammlung. Tagesordnung: Maifeier und Verschiedenes.

Verband Deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher. (Zweigverein Berlin, Filiale Norden.) Versammlung bei Bettin, Brunnenstraße 34, am Mittwoch, den 7. Februar, Abends 10 Uhr.

Zitherklub „**Alpenglöckchen-Edelweiß**". Mittwoch, den 7. Februar, Abends 9 Uhr, Uebungsabend im Restaurant Gollmann, Gipsstr. 11.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr, Versammlung mit Frauen im „Kommandanten-Garten", Kommandantenstraße 10—11.

Landsmannschaft von Bad Schmiedeberg und Umgegend. Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Mertens, Kaiserstraße 11. Familienabend. Landsleute willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Geschichte (mittl.). Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Logik. Südost-Schule, Reichenbergerstraße 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberes). Bei allen Unterrichtsschülern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt, im Laufe des Semesters, eintreten.

Leser- und Diskutirklubs. Mittwoch. Johann Jacoby, bei Fritz Lietzke, Schwedterstraße 23. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Haferland, Bellermannstr. 67. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Stramm, Ritterstraße 123. — Heine, Rixdorf Abends 8½ Uhr, Prinz-Handjerystr. 60, parterre. — Otto Reimer, bei A. Brosch, Wilhelmshavenerstr. 23. — Einigkeit, Abends 8½ Uhr bei Zeige, Triftstraße 1.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. **Mittwoch.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Liedesfreiheit 1, Andreasstr. 26, bei Wilke. — Freya, (Gemischter Chor), Alte Schönhauserstraße 22—23, Bötzow's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 32a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Grüner Weg 29 bei Säger. — Echo Pankow, Schulstr. 27. — Steinmetzen, Flemmingstr. 6 bei Mann. — Lyra 1, Mariannen-Ufer 2 bei Wilke. — Hand in Hand 1, Reichenbergerstraße 16 bei Pätzoldt. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger-Kommunikation 16, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 26. — Rütli, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 5, Friedrichshagen, Rundtheil, b. Berche. — Lorbeerkranz, Lichtenbergerstr. 21 b. Heise. Südost 1. Köpnickerstr. 191, Restaurant Foge. — Rothe Nelke, Schönberg, Golzstr. 45, bei Siegeler. — Kupferschmiede, Weinstr. 11 bei Feind. — Concordia, Glitschinerstr. 55 bei Haase. — Deutscher Männergesang, Belfortstr. 15, bei Schneider. — Freiheitsklänge, Alt-Jakobstr. 68. — Unverzagt 1 Manteuffelstraße bei Nowack. — Lorbeerkranz 2, Oranienstraße 190 bei Katsch. — Liedeslust in Fürstenwalde bei Taschenberg, Junkerstraße 5. — Sängerchor der Maler, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Freiheits-Gruß, Schönhauser Allee 46, bei Busse. — Hoffnung 3, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstraße Rest. Concordia. — Sangesblüthen, Stralauerplatz 10/11 bei Poppe. — Moabit, Waldstr. 52 bei Gohr. — Liederlust, Köpenickerstr. 100 bei Gründer (fr. Mundt). — Freiheitsklänge 1, Sebastianstr. 3 bei Mayer. — Lyra 3, Britz, Werderstraße 15. — Freiheitsklänge 2, Eberswalderstraße 5. — Kaiser'scher Quartettverein, Krautstr. 6 bei Rudolf. — Arbeitergesangverein von Britz in Britz, Bürgerstr. 4 bei Dorn. — Junge Eiche, Reinickendorf, Gesellschaftsstr. 11 bei Hartmann. — Germania, Manteuffelstraße 45 bei Stewald. — Einig, Straußbergerstr. 3 bei Birk. — „Vorwärts" 7 Rummelsburg, Göthe- und Kaiserstraße-Ecke bei Gretnert. — Seeger'scher Männerchor, Frankfurterstraße 18 bei Kaprolatis. — Dämmerlicht, Doppel-Quartett, Landsberger Allee 102 bei Krause. — Süd-Ost 2, Falckensteinstr. 7 bei Trittelwitz. — Felsenburg, Krautstraße 6 bei Rudolph. — Gemischter Chor Wedding, Müllerstraße 7 bei Reichert. — „Glühlicht" (gem. Chor), Perlebergerstr. 29, bei Hermerschmidt. — Steinnelke, Neue Hochstr. 49 bei Altmann. — Maienaruh, Charlottenburg, Wallstr. 54 bei Reichelt. — Melodia, Rixdorf, Bergstr. 133 bei Hoffmann. — Appolonia, Rosenthalerstr. 11—12, Rosenthaler Kindhaus. — Apollo, Beuthstr. 18—21 bei Schulze, „Posthorn". — Männer-Chor Süd-Ost, Köpnickerstr. 191 bei Foge.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. (Zuschriften sind zu richten an P. Henkel, Bergmannstraße 14, Hof 2 Tr.) **Mittwoch:** Pollack-Klub Lustige Brüder, Manteuffelstr. 46 bei Stewald. — Geselliger Verein Fridolin, Brunnenstraße Nr. 35 bei Wolff. — Rauchklub Eiserne Pfeife, Triftstr. 1 bei Hoffmann. — Humoristischer Rauchklub, Görlitzerstraße 42 bei Picht. — Geselliger Verein Brüderlichkeit Georgenkirchstraße 65 bei Müller. — Musikverein Paukenschwengel Annenstraße 16 bei Ehrenberg. — Verein Rhetorik Naunynstr. 86 bei Zubeil Abends 8½ Uhr. — Geselliger Verein Hoffnung Lebuserstraße Nr. 5 bei Nemitz (alle vierzehn Tage). — Theaterverein Proletariat, Naunynstr. 83 bei Köhn. — Vergnügungsverein Amor II, Prinzen-Allee 10 bei Bergemann. — Touristenklub Freiheit und Wohlergehen, Neuenburgerstr. 37 bei Regeberg. — Rauchklub Rothe Fahne, Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant Taubenbörse. — Skatklub Kreuz-Solo Krautstr. 48 bei Natke. — Kegel-Klub „Lustige 13", Abends 9 Uhr bei Sauermann, Adalbertstraße 8. — Schafskopfklub Sparsamkeit, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 46 bei Wenck.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Langestraße 108 bei Nebelin. — Männer-Gesangverein Waldkapelle 2, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22. — Musik-Dilettantenverein Preciosa, Abends 8½—11 Uhr Uebungsstunde in Geisler's Restaurant, Fenn- und Tegelerstraßen-Ecke. — Männer-Gesangverein Apollo, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schulze, Beuthstr. 18—19.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein Jugendkraft, jeden Mittwoch und Sonnabend 9—11 Uhr Abends bei Lade, Zeughofstr. 8. — Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Freienwalderstraße 39. — Kraftturnverein Berolina, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faustmann, Reichenbergerstraße 73a. — Athletenverein Atlas, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Brunnenstraße 154, Lokal Konkordia. — Berliner Turngenossenschaft: Die 3. Männer-Abtheilung turnt jeden Mittwoch und Sonnabend Abend von von 8½—10½ Uhr in der Chorinerstr. 74. — Turnverein „Fichte" (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes). Die 1. Männer-Abtheilung turnt Mittwoch und Sonnabend von 8½—10½ Uhr Friedenstr. 37.

Theater- und Vergnügungs-Verein Humanitas Abends 9½ Uhr bei Reeck, Lothringerstr. 94. — Theaterverein „Vulkania 2", Abends 9½ Uhr, bei Schulz, Beteranenstr. 18. — Bühnenverband Othello, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstraße 101. — Theater- und Leseklub Morgenroth, jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, im Restaurant Dieke, Lothringerstr. Nr. 67. Theaterverein Xerxes tagt jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei Glützlaff, Großgörschenstraße 3. Gäste willkommen. — Heimathlust, Sitzung jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei H. Lange, Stromstr. 38.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 21. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Fidele Brüder, bei H. Mrose, Lachmannstr. 5. — Touristenverein „Frei Weg", Abend 9 Uhr bei Siedlukat, Manteuffelstraße 86. — Arbeiter-Zitherklub „Freiheitsklänge", Abends von 8—11 Uhr, bei R. Pommerenke, Bahnstraße 23, am Bahnhof Großgörschenstraße. — Zitherklub Alpenglöckchen-Edelweiß. Uebungsabend Gipsstr. 11 bei Gollmann. Damen und Herren als Mitspieler willkommen. — Verein Wohlgemuth jeden Mittwoch 9½ Uhr Sitzung mit Damen bei Weigmann, Andreasstr. 33. — Vergnügungsverein Hand in Hand 2, Abends 9 Uhr, im Restaurant Müller, Große Frankfurterstraße 50—51. — Gesellschaft Hero, Abends 9 Uhr, Sitzung Brunnenstr. 155 bei Hoff. — Arbeiter-Zitherverein Einigkeit, Abends ½9 Uhr: Uebungsstunde bei Nowack, Manteuffelstr. 9.

Rauchklub Roochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 33. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei A. Niemann, Görlitzerstr. 42. — Rauchklub Sans souci, Boeckhstraße 51. — Rauchklub Ohne Zwang, Abends 9 Uhr bei Späth, Weinstr. 28. — Rauchklub Grüne Quaste, Abends 9 Uhr, bei Schlüter, Kleine Markusstr. 10. Rauchklub Vulkan, Abends 9 Uhr bei Rochfall, Waldemarstr. 18. — Rauchklub Goldene Quaste, Abends 9 Uhr bei Muß, Jobstyßstraße 8. — Rauchklub Schmokes-Werke, Köpenicker Straße 121a bei Schöbel. — Humoristische Pfeifenbrüder, Abends 9 Uhr, Klosterstraße 63, beim Genossen W. Salzwedel. — Rauchklub Deutsche Eiche, Abends 9 Uhr bei John, Waldemarstr. 53. — Rauchklub Lustige Brüder Abends 8½ Uhr Pücklerstr. 61 bei Faulhaber. — Rauchklub Arcona Abends von 9—11 Uhr bei Bernhard, Skalitzerstr. 41. — Rauch-Klub Einfach, Abends 9 Uhr, Manteuffelstr. Nr. 5 bei Vogt. — Rauchklub Altdeutscher Rauchklub bei Gäbecke, Münchebergerstr. 5. — Rauchklub Granada, Abends 9 Uhr, Forsterstr. 40 bei Tugunke. — Rauchklub Rothe Fahne, Mittwoch Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant zur Taubenbörse. — Rauchklub Sumatra Süd-Ost, Sitzung alle Mittwoch, Abends 8 Uhr bei Tilgner, Forsterstr. 22.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 90. — Skatklub Kareau-As bei Lange, Friedrichsberg, Wartenbergstraße 67.

Arbeiter-Zeichenverein Einigkeit Abends ½9 Uhr Uebungsstunde bei Schmidt, Oranienstr. 141.

German American Club. 9 o'clock Restaurant Belvedere, An der Jannowitz-Brücke. — Ladies and Gentleman are invited.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting with Ladies every Wednesday at 9 o'clock at Neumann's Restaurant, Rosenthalerstr. 36. Guests are welcome.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Am Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8½ Uhr, in Norbert's Festsälen, Beuthstr. 21, 1 Tr.:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Bueb** über: **„Die politischen Parteien und die Handlungsgehilfen".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — **Gäste sind willkommen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen nothwendig.**

Die Mitglieder werden dringend gebeten, noch ausstehende Bibliotheksbücher sofort zurückzugeben, damit der neue Katalog fertig gestellt werden kann.

189/18 **Der Vorstand.** J. A.: M. Kohnke.

Buchhandlung des „Vorwärts"
Beuthstraße 2.

Für jeden Parteiredakteur, jeden Versammlungsredner, jeden Parteigenossen, Jeden, der am öffentlichen Leben theilnimmt, ist unentbehrlich

Sozialpolitisches Handbuch

von **Dr. H. Lux.**

Groß Oktav, XX und 336 Seiten mit einer Tabelle:
Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterschutz-Bestimmungen in den einzelnen Ländern.

Preis: broschirt 1,50 M., in Bädeckerband geb. 2 M. Nach außerhalb gegen Einsendung von 20 Pfennig Porto extra.
Auch in Lieferungen à 30 Pfennig.
Einbanddecken 20 Pfennig.

Das **„Sozialpolitische Handbuch"** ist ein gedrängtes Kompendium, das in erster Linie unseren in der Agitation stehenden Genossen, die dem Gegner gegenüber immer schlagfertig und mit Thatsachenmaterial gerüstet sein müssen, ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Das Thatsachen- und Zahlenmaterial aus unserer Parteiliteratur, die bei ihrem steten Wachsthum geistig durchzuarbeiten immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirthschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können.

Das dem Buche beigefügte ausführliche Inhaltsverzeichniß und **Sachregister** ermöglicht sofortige Beantwortung der gestellten Frage. 443/12

Wiederverkäufern Rabatt!

Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nervtödten 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8—7 Uhr.

Ein grosser Posten

eleganter Konfirmanden-Anzüge,

ein- und zweireihig,

gefertigt aus: **Diagonal, Satin, Kammgarn, Buckskin, Cheviot etc. etc.**

jetzt im Gelegenheits-Kauf

nur **12, 15, 18, 20, 22, 24, 26 M. hochelegant,** so lange der Vorrath reicht. **Zum** [5598L

„Kleider-Baron"

59 Landsbergerstraße 59.

Sonntags geöffnet 7-10 und 12-2 Uhr.

Achtung, Maurer!

Große öffentliche Versammlung der Maurer und Putzer

am Mittwoch, den 7. d. M., Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79 (oberer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Einigungskommission. 2. Bericht der Delegirten der Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 3. Gewerkschaftliches.

Alle Kollegen, welche Interesse an der Einigung der Berliner Maurer haben, werden ersucht, zu erscheinen. 445/8

H. Schigolski, Schwedterstr. 27. **F. Gräschke,** Skalitzerstr. 54.

Köpenick. Eleg. Herren- u. Damen-Maskenkostüme in grosser Auswahl sind billig zu verleihen bei **O. Lange,** Rosenstr. 98, part.

„Der Sozialdemokrat"

Wochenblatt
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Preis pro Quartal Mk. 1,20.

No. 2

wird am **Sonnabend,** den **10. Februar** früh in den Händen aller Abonnenten und Kolporteure in Deutschland sein.

Probenummern zum Sammeln von Abonnenten stehen jederzeit zur Verfügung. 5580L*

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat"
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzl., Zahnschmerz beseitigt, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. **Goldstein,** Oranienstr. 128

Echt Stonsdorfer

Likör à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5,50, 10 Ltr. 10, 50 Ltr. 47,50, 100 Ltr. 90 Mark.

Eugen Neumann & Co., Inh. **Conrad Neumann,**

6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 610M
81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Boltz' Festsäle, S. vormals G. Feuerstein **Alte Jakobstrasse 75,**

Säle zu **Festlichkeiten** und **Versammlungen.** Zu den **Osterfeiertagen** stehen noch **Säle** z. Abhalt. v. **Matinees** z. Verfüg. Amt I, 1082

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **37**

Gold-, Silber-,

Alfénidewaaren (Eig.-Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

Inventur-Ausverkauf.

Gardinen-Reste

zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst in der Fabrik **Grüner Weg 80,** prt. Eingang vom Flur. 5490L*

Damen-Masken-Garderobe von **M. Roussel,**
43. Skalitzerstr. 43

Masken-
und Theater-Garderobe
billigst empfiehlt 5573L*
Werbelow,
Große Hamburgerstraße 31, I.

Sophastoff-Reste

in Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Plüsch und Moquett, ferner:

Teppiche, Portièren, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe,

spottbillig i. Konkursmassen-Ausverk.

J. Adler Söhne

Spandauerstr. 30, 1624b
gegenüber dem Rathhause.

Zur

Einsegnung:

Große Auswahl
Schwarze Cachemirs,
reine Wolle, doppeltbreit,
Mtr. 75 Pf., 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Diagonals,
reine Wolle, doppelt breit,
Mtr. 95 Pf., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. und 2 M.
Schwarze Phantasiestoffe,
reine Wolle, doppeltbreit,
Mtr. 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Jaquets,
in den Größen genau passend,
für Confirmanden,
7 M. 50 Pf., 9 und 10 M.
Fortlaufend Eingang neuester
Frühjahrs-
Kleider-Stoffe.
Große Auswahl moderner
Regen-Mäntel.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße,
Ecke Lindenstraße.

Arbeitsmarkt.

Versilberer werden verlangt
1619b Andreasstr. 10.

Polier (Nähmasch.) wird verlangt
1618b Admiralstr. 7 III.

Als Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause **M. Paul,** Charlottenburg, Kantstr. 54. 1623b

Ein kräftiger Junge ist angekommen.
1621b **Sigmund Kohn u. Frau.**

Umsonst Anfangsmonate Klavier-, u. Violin-Unterricht. Offerten „Musik" Postamt 79. 633M

Gerichtstraße 19 freundliche Hofwohnungen zu vermiethen.
1610b **W. Neumann.**

Mamsells auf Damenmäntel werden verlangt (pro Stück 2,75 bis 3,50 M.), aber nur solche, die dieselben arbeiten können. **M. Holz & Co.,** Oranienstraße 188. 1580b

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 31. Mittwoch, den 7. Februar 1894. 11. Jahrg.

Der Lohnkampf der Berliner Hilfskassen-Aerzte.

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben: Der Gang der wirthschaftlichen Entwickelung bringt es mit sich, daß immer mehr Berufsarten proletarisirt werden. Dieselbe Entwickelung, welche wir bei den industriellen Arbeitern, in neuerer Zeit bei den Kaufleuten und anderwärts im Erwerbsleben beobachten, vollzieht sich seit Jahren auch innerhalb der sogenannten „gelehrten Berufskreise“, in welchen früher des Lebens Noth und Sorge fast unbekannt war. Aerzte, Anwälte, höhere Philologen, Techniker u. s. w. haben sich im Laufe der Zeiten, wie schon Marx im kommunistischen Manifest so klassisch ausgeführt hat, aus den ursprünglichen Männern der Wissenschaft in bezahlte Lohnarbeiter verwandelt. Wenn auch dieser Prozeß in allen diesen Kreisen schon ziemlich weit vorgeschritten ist, so vollzieht sich derselbe doch nirgends in so drastischer Weise, so rapid und so deutlich sichtbar, als im ärztlichen Berufe. Hier ist infolge des großen Angebots von Arbeitskräften, welches die Nachfrage weit übersteigt, der Lohn der einzelnen Arbeitsleistung so gesunken, daß sich stellenweise Verhältnisse herausgebildet haben, welche fast an die der industriellen Arbeiter erinnern. Auch hier existirt eine große Reserve-Armee von relativ Arbeitslosen, deren alleinige Existenz schon genügt, um die Preise immer weiter herab zu drücken. Der Gang dieser Entwicklung kann allerdings innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht wesentlich aufgehalten werden, ebenso wenig wie die Proletarisirung innerhalb der großen Industrie. Trotzdem ist es selbstverständlich, daß die Opfer dieser Entwicklung, die Arbeiter, also in diesem Falle die einzelnen Aerzte, stets den Versuch machen werden, möglichst günstige Arbeitsbedingungen sich zu erkämpfen. Auf der einen Seite sehen wir die „Arbeitgeber“, das sind diejenigen Interessenten, welche sich zusammenschließen, um den Preis der Waare „Arbeit“ noch weiter herab zu drücken, auf der anderen Seite die „Arbeiter“, welche sich gleichfalls vereinigen, um dem entgegen zu arbeiten. Die Arbeiter haben stets, zum Theil auch mit Erfolg, den Versuch gemacht, sich in Fachvereinen zu organisiren, um gemeinsam der Macht der Arbeitgeber widerstehen zu können, sei es in der Frage des Lohnes, sei es in mehr ideellen Fragen. Ein Gleiches können wir heute bei den Aerzten sehen. Auch hier haben sich allenthalben Aerztevereine gebildet, welche durch gemeinsames Handeln ihren Arbeitgebern Bedingungen abzuringen suchen, die dem isolirten Arzt freiwillig nicht gewährt worden wären. Aber wer sind die Arbeitgeber des Arztes? Das ist das große Publikum, dessen bei weitem größter Theil wiederum aus Proletariern besteht, welche nach der heutigen Gesetzgebung zum großen Theile in Krankenkassen versichert sind. Da nun der verhältnißmäßig kleine, wohlhabende Theil des Publikums nur eine relativ kleine Zahl von Aerzten braucht, so ist die Masse der Aerzte selbstverständlich auf die in den Krankenkassen versicherte Masse des Publikums angewiesen. Somit hat es der Gang der wirthschaftlichen Entwickelung mit sich gebracht, daß den Aerzten gegenüber die Krankenkassen, d. h. die Proletarier die „Arbeitgeber“ sind. Als Arbeitgeber haben sie aber das Interesse, den Preis der ärztlichen Arbeit möglichst herabzudrücken, während die Aerzte das entgegengesetzte Interesse haben, diesen Preis nach Möglichkeit zu heben. Nun ist es eine durch die Erfahrung erwiesene Thatsache, daß dort, wo die Verwaltung der Kassen nicht in den Händen der Mitglieder selbst ruht, sondern ein bureaukratischer Vorstand das Regiment führt, die Kassen ganz in der Rolle der industriellen Arbeitgeber ihre Arbeiter, die Aerzte, schlecht bezahlen und ihnen keinerlei Rechte zugestehen. Umgekehrt haben sich die Kassen, welche Selbstverwaltung haben, wo also die Leitung von den Mitgliedern, den Proletariern, abhängt, sich im Großen und Ganzen als humane Arbeitgeber bewährt, sie haben ihre Aerzte besser bezahlt und deren Rechte einigermaßen geachtet. Ein solches relativ günstiges Verhältniß hat früher zwischen den freien Hilfskassen und ihren Aerzten obgewaltet; heute müssen wir leider sehen, daß die Sache sich wesentlich geändert hat.

Während früher die freien Hilfskassen im wohlthuenden Gegensatz zu den Ortskassen, in Berlin speziell zum Gewerkskranken-Verein ein mehr demokratisches Prinzip vertraten, ihre „Arbeiter“ besser bezahlten, rücksichtsvoller behandelten, ihnen Freiheit der Bewegung gestatteten, hat sich dieses Verhältniß heute so ziemlich umgekehrt, die Ortskassen haben sich nach der demokratischen Seite hin entwickelt, sich zum Theil der freien Arztwahl angeschlossen u. s. w., die freien Hilfskassen dagegen haben — allerdings unter dem Druck der Verhältnisse, dies soll nicht verschwiegen werden, speziell der Gesetzgebung — ihren Aerzten gegenüber immer mehr und mehr kapitalistische Gepflogenheiten angenommen, dies namentlich seit der jüngsten Zeit, wo einzelne leitende Persönlichkeiten so in den Vordergrund traten, daß die große Masse der Mitglieder respektive die Vorstände der einzelnen, besonders der kleineren Kassen in ihrer Meinungs- und Willensäußerung völlig zurückgedrängt wurden.

Diese allgemeinen Betrachtungen hielten wir für nothwendig, um den Lesern dieser Zeilen die heute bestehenden Differenzen zwischen den Aerzten und der „Vereinigung freier eingeschriebener Hilfskassen“ oder vielmehr zwischen den Kassen und jener diese Vereinigung leitenden Persönlichkeit, zum klaren Verständniß zu bringen. — Dem aufmerksamen Beobachter nämlich des Kampfes, welcher sich seit einigen Jahren zwischen diesen beiden Parteien abgespielt hat und welcher jetzt wieder in ganz ungewöhnlicher Heftigkeit entbrannt ist, kann es nicht entgangen sein, daß es heute nicht die Kassen selbst, nicht ihre Mitglieder, ja nicht einmal ihre Vorstände sind, mit welchen die Aerzte zu kämpfen haben, sondern, daß es heute die Person des Vorsitzenden der Vereinigung ist, welche der Situation ihren Stempel aufgedrückt hat. —

Als nach dem Inkrafttreten der Krankenkassen-Novelle am 1. Januar 1893 die Kassen genöthigt waren, ihren Mitgliedern freien Arzt und freie Medizin zu gewähren, wurden die freien Hilfskassen zu einer „Vereinigung“ zusammengeschweißt, welche die Aufgabe hatte, möglichst günstige Bedingungen bei einem mit den Aerzten abzuschließenden Vertrage zu erzielen. Dies gelang auch, die Aerzte mußten sich unterwerfen, und zwar so vollständig, daß neben einer Reihe anderer, nicht allzu günstiger Bedingungen, sie sogar noch die „Verwaltungskosten“ der Vereinigung zahlen mußten, indem fünf Prozent des ärztlichen Honorars — etwa 2—3000 Mark jährlich — für diesen Zweck in Abzug gebracht wurden, d. h. die arbeitnehmenden Aerzte mußten die Unkosten des Arbeitgeber-Vereins tragen.

Die Aerzte mußten sich diesen Abzug gefallen lassen, aber es war ihnen wenigstens gelungen, in dem heißen Streit, der vor jetzt etwa 1¾ Jahr darüber geführt wurde, zu erreichen, daß sie sich zu einem Vereine, einer einigermaßen wenigstens ihre Interessen wahrzunehmen geeigneten Organisation zusammenschließen konnten, einer Organisation, die freilich durch den eigenthümlichen Zahlungsmodus schon aus rein formalen Gründen nothwendig war. Es stellten sich nun im Laufe des Jahres 1893 eine Reihe von Mißständen ein, welche die Aerzte veranlaßten, den bis zum 1. April 1894 geltenden Vertrag formell zu kündigen und den Kassen zu empfehlen, falls sie nicht die freie Arztwahl vorzögen, in neue Vertragsverhandlungen einzutreten. Was war nun die Antwort der Vereinigung auf dieses Anerbieten?

Sie kündigte zunächst ebenfalls, ließ den gemachten Vorschlag unberücksichtigt und suchte heimlich mit einzelnen Aerzten einen Separatvertrag zu schließen, welcher derartig rigorose und die Rechte der Aerzte völlig unterdrückende Bestimmungen enthält, wie sie sich ein Arbeitnehmer von dem Unternehmer nur unter den drückendsten Verhältnissen, gegen die er nicht anzukämpfen vermag, aufzwingen ließe, die aber eine kräftige Fachvereinsorganisation mit Entrüstung von sich weisen würde. Die Aerzte beantworteten dieses Manöver mit einem Rundschreiben, in welchem sie die Vereinsärzte auf die ihnen durch diesen neuen Vertrag drohenden Gefahren aufmerksam machten und vor der Unterschreibung desselben warnten. Da endlich entschloß sich der Vorstand der Vereinigung zu einem offiziellen Vorgehen, und sandte seinerseits ein Rundschreiben nunmehr an sämmtliche Vereinsärzte, in welchem er die gerechte Kritik des neuen Vertrages durch allerlei beschönigende Worte und höfliche Redewendungen (Zuckerbrot und Peitsche!) zu entkräften und die den Aerzten darin drohenden Gefahren als möglichst harmlos hinzustellen versuchte, zugleich mit einem Exemplar dieses neuen Vertrages zur Unterschrift, welche schleunigst bis zum 10. d. Mts. erfolgen soll, widrigenfalls derselbe seitens des betreffenden Arztes als abgelehnt anzusehen sei! — Es ist nothwendig, diesen neuen Vertrag, der den einzelnen Aerzten jetzt zur unverzüglichen Annahme, wie eine Pistole auf die Brust gesetzt worden ist, ein wenig näher zu betrachten, damit alle Betheiligten, auch die Kassenmitglieder und ihre Vorstände, soweit sie dies noch nicht gethan haben sollten, denselben völlig zu verstehen in der Lage sind. Nach diesem neuen Vertrage nämlich ist das Wohl und Wehe der Aerzte gänzlich in die Hand des Vorstandes der Vereinigung, ja, wie nach Lage der Sache und den bisherigen Erfahrungen leider feststeht, in die des Vorsitzenden gegeben worden, der es nicht unterlassen würde, von diesem seinem Rechte den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Dieser Vertrag enthält unter anderem: 1. Die famose Bestimmung, daß die Anstellung und Absetzung der Aerzte lediglich dem Vorstande der Vereinigung zusteht, was bisher der Mitentscheidung des Aerztevorstandes unterlag; 2. der Ausschluß kann z. B. auch wegen sittlicher Vergehen oder Verbrechen erfolgen, über deren Natur auch nur der Vorstand der Vereinigung zu entscheiden hat; 3. die Aerzte tragen die Kosten für die Verwaltung der Vereinigung (die oben erwähnten 5 Prozent!), für Porto, Drucksachen u. s. w., für Entschädigung bei plötzlichen, dringenden ärztlichen Hilfeleistungen u. s. w. u. s. w.

Die Aerzte besitzen dem gegenüber so gut wie gar keine Rechte, es ist ihnen verboten, einen geschlossenen Verein zu bilden, sondern sie entsenden in die gemeinsamen Sitzungen nur einen aus 7 Mitgliedern bestehenden „Ausschuß“, der „alle die Hilfskassen betreffenden Angelegenheiten gemeinsam berathen soll.“ (Beschließen steht wohlweislich nicht in dem Vertrage!!) Für die pünktliche Auszahlung des Honorars besteht keinerlei Garantie, selbst über die Vertheilung desselben, die bisher den Aerzten überlassen war, will der Vorstand der Vereinigung mitsprechen, und so hätte dieser Ausschuß thatsächlich nur, wie alle die berühmten „Arbeiterausschüsse“, den Zweck, eine Scheinvertretung zu sein, der jedes wirkliche materielle Recht fehlt, der nur dazu da wäre, dankend das Honorar aus den Händen des Herrn Vorsitzenden in Empfang zu nehmen und im übrigen — den Mund zu halten. Wie sich der Vorstand der Vereinigung die Stellung der Aerzte in Zukunft denkt, geht auch aus folgender besonders schönen Stelle des neuen Vertrages hervor: „Der anzustellende Arzt ist verpflichtet, sich den Satzungen und sonstigen Anordnungen des Vorstandes der Vereinigung zu unterwerfen.“ (!!) Dies mag zur Charakterisirung dieses neuen Vertrags genügen. — Daß die Aerzte auf einen solchen Vertrag, der den Stempel der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung der berechtigsten Interessen so augenfällig an der Stirn trägt, nicht eingehen können, ohne sich materiell und in ihrer Ehre auf das Empfindlichste zu schädigen, liegt auf der Hand. Es steht denn auch zu erwarten, daß sämmtliche Aerzte in diesem Kampfe sich solidarisch erklären und die Unterschrift unter diesen Vertrag ablehnen werden, selbst auf die Gefahr hin, sich große Opfer und Verluste aufzuerlegen, ja vielleicht sogar ihre Existenz zu gefährden.

Denn das brauchen wir wohl kaum noch besonders hervorzuheben, daß es eine ganze Anzahl von Aerzten giebt, die aus ihrer Thätigkeit bei den freien Hilfskassen einen beträchtlichen Theil ihres zum Lebensunterhalte nothwendigen Einkommens beziehen. Das weiß man natürlich, und darauf rechnet man ja gerade! Es ist andererseits zu hoffen, daß auch die Vorstände der Kassen und ihre Mitglieder zu der Einsicht gelangen werden, daß es auch in ihrem eigenen Interesse nicht gut wäre, wenn durch die Verwirklichung dieses Prinzips des Divide et impera (zu deutsch: theilerrsche Deine Gegner dadurch, daß Du sie trennst) ihre Aerzte ihnen plötzlich genommen würden. Diese Aerzte haben sich zu einem sehr großen Theile durch jahrelange treue Dienste das Vertrauen der erkrankten Kassenmitglieder erworben, und es wäre nicht im Interesse der Mitglieder, wenn ihnen diese Aerzte jetzt plötzlich durch ein derartig rigoroses, man könnte fast sagen, brutales Vorgehen, entzogen, oder auch nur, wenn diese Aerzte in ihrer schweren Thätigkeit mißmuthig und unlustig gemacht würden. Durch ein solches gewaltthätiges Vorgehen aber, durch die plötzliche Entziehung eben erst in heißem Kampfe erstrittener kleiner Vortheile, würden die Aerzte naturgemäß in ihrer Arbeitsfreudigkeit gelähmt und das dürfte niemandem, am allerwenigsten den Kassenmitgliedern von Nutzen sein. Es wäre also recht herzlich schlecht für die Kassen gesorgt, wenn es gelingen sollte, eine genügende Anzahl von Aerzten für diesen — wir wiederholen es hiermit, für jeden anständigen Arzt einfach unannehmbaren Vertrag zusammen zu bringen. Auch die Befürchtung scheuen wir uns nicht hier zum Ausdruck zu bringen, daß durch ein zu straffes Spannen des Bogens dieser leicht zerbrechen könnte, das will sagen, daß auch auf der anderen Seite, wenn den Mitgliedern der Kassen erst zum Bewußtsein gekommen sein wird, daß sie ihre ihnen seit vielen Jahren liebgewordenen Aerzte, nachdem sie sie verloren, nun durch Uebertritt in die Ortskassen mit freier Arztwahl wieder erlangen können, dies für den Bestand der freien Hilfskassen unter Umständen verhängnißvoll werden könnte. — So steht nun die Sache bis heute, wie die Entscheidung ausfallen wird, weiß niemand, aber, ohne etwa uns einer allzu optimistischen Hoffnung hingeben zu wollen, ganz so schlecht, wie diejenigen, welche den schönen Plan zur Niederwerfung und Demüthigung der Aerzte entworfen haben, vielleicht glauben, steht die Sache der Aerzte doch nicht und wir werden ja sehen, wer in diesem Kampfe, dessen Ernst wir keinen Augenblick verkennen, als Sieger hervorgehen wird. Siegen die Aerzte, dann kann den Kassen und ihren Mitgliedern dies nur lieb sein, denn sie haben dann thatsächlich nichts verloren, siegt aber die Vereinigung über den Aerzteverein, so mag sie vielleicht sich ein Weilchen über diesen Erfolg freuen, aber der Sieg wird sich in Wahrheit als ein Pyrrhussieg erweisen, der dem Sieger nicht zum Vortheil gereicht. Den moralischen Sieg hätte sie damit aber auf keinen Fall errungen. —

Soziale Uebersicht.

An die Rohrer Berlins und Umgegend!

Kollegen! Immer ungünstiger werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen für uns und immer rücksichtsloser suchen die Vertreter einzelner Firmen ihren Vortheil auf Kosten der Arbeiter zu wahren. Angesichts dieser Zustände, die sich von Tag zu Tag trüber gestalten, fordere ich alle Kollegen, die durch ehrliche Arbeit existiren wollen, zum Besuch der Versammlung auf, die am Sonntag, den 11. Februar, Vormittags 10 Uhr, Andreasstr. 26, von der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins einberufen ist. Kollegen, besucht diese Versammlung und laßt Euch in die Organisation aufnehmen, in die Ihr gehört!

W. Wernau, Rügenerstr. 15.

Freut Euch, Ihr Volksschullehrer. Die „Volks-Zeitung“ theilt mit, daß der Kultusminister den festen Entschluß — gefaßt — nein, nur damit — „umgeht“, demnächst die gesammten Minimalstellen der Volksschullehrer, wie sie sich in einigen Provinzen noch finden, mit einem Einkommen von 540 M. (sage und schreibe fünfhundertundvierzig Mark) durchweg auf wenigstens 650 M. zu erhöhen. — Wir stehen zerknirscht vor dieser kulturellen Großthat, wir haben gefrevelt, wenn wir behaupten, daß in Deutschland die Kulturaufgaben leiden und versprechen Buße zu thun.

Der diesjährige deutsche Lehrertag wird zu Pfingsten in Stuttgart zusammentreten. Man rechnet auf den Besuch von 4—5000 Lehrern aus allen Theilen Deutschlands. Nicht weniger denn 26 Thesen stehen zur Verhandlung und zwar sind in bunter Mischung vereint deutsch-patriotische, ultrareaktionäre mit liberalen Forderungen. Unter anderem findet sich folgende These vor: Der Schule gebührt eine selbständige Stellung innerhalb des Staates neben, nicht unter der Kirche; Schaffung eines eigenen Ministeriums für Unterricht; wie kann die Volksschule die Kinder für das öffentliche Leben in Staat und Gemeinde vorbereiten; nicht im Lehren, sondern im Bilden besteht die Hauptaufgabe. Des Weiteren: Die wissenschaftliche und praktische Bedeutung der Lehre von den psychologischen Minderwerthigkeiten für die Pädagogik. Daneben stehen aber auch Punkte wie: Die sich immer steigernde Verwendung weiblicher Lehrkräfte ist eine Gefahr für die dauernde Leistungsfähigkeit der Schulen, sowie für die Fortentwickelung der Pädagogik und Didaktik, sowie ferner: Pflege des deutschen Volksgeistes in der Volksschule.

Der diesjährige Evangelisch-soziale Kongreß wird nach einer Mittheilung der „Chronik der christlichen Welt“ am 15. und 16. Mai in Frankfurt a. M. stattfinden. Folgende Hauptvorträge werden gehalten werden: Professor Cremer aus Greifswald: Die Predigt und die soziale Frage. Professor Harnack aus Berlin: Christenthum und wirthschaftliches Leben. Amtsrichter Kulemann aus Braunschweig: Gewerkschaften. Professor Max Weber aus Berlin: Die ländliche Arbeiterfrage, mit besonderer Berücksichtigung der vom Kongreß veranstalteten Enquete. — Bemerkenswerth ist, daß jene Kreise immer mehr gezwungen sind, sich mit Arbeiterfragen zu beschäftigen.

Der Metallarbeiter-Verein für Leipzig und Umgegend beschloß in seiner letzten Versammlung, sich aufzulösen. Die Mitglieder des Vereins sollen sich dem Verbande der Metallarbeiter Deutschlands anschließen. Auch das Vereinsinventar ist dem genannten Verbande überwiesen worden.

Kein Nothstand. Für eine Spiegelfabrik in Fürth wurde ein „gewissenhafter junger Mann“ bei einem Anfangsgehalt von 30—40 Mark pro Monat gesucht. Innerhalb eines Tages hatten sich allein **37 Bewerber** gemeldet, worunter auch eine Anzahl verheiratheter Gehilfen sich befanden.

In einer Arbeitslosen-Versammlung in Breslau wurde von dem Referenten, dem Genossen Bergmann u. a. eine kleine Statistik mit vorgeführt über die Arbeitslosigkeit im Tischlergewerbe. In den wenigen Tagen, vom 20. bis 28. Januar, meldeten sich im Arbeitsnachweis der Tischler 107 Arbeitslose, deren Namen er eventuell genau angeben kann. Davon waren beschäftigungslos 1 Geselle 20 Wochen, ein Geselle 18 Wochen, 2 Gesellen je 14 Wochen, 2 Gesellen je 13 Wochen, 2 Gesellen je 11 Wochen, 4 Gesellen je 10 Wochen, 5 Gesellen je 9 Wochen, 11 Gesellen je 8 Wochen, 8 Gesellen je 7 Wochen, 9 Gesellen je 6 Wochen, 10 Gesellen je fünf Wochen, 17 Gesellen je 4 Wochen, 7 Gesellen je 3 Wochen, 11 Gesellen je 2 Wochen und 17 Gesellen je eine Woche. Das macht im ganzen 585 arbeitslose Wochen, durchschnittlich berechnet kommen auf einen Gesellen 5 Wochen und 2 Tage Arbeitslosigkeit. Verheirathet waren 61, mit oft 6—7 Kindern, ledig 46, die aber sehr häufig Geschwister oder die Eltern zu ernähren haben. Welche Summe von Elend drückt sich in diesen Zahlen aus; wie mag es oftmals in jenen Familien ausgesehen haben. Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, daß obiges nur als eine kleine Stichprobe anzusehen ist, die das furchtbare Elend in seinem ganzen Umfange noch bei weitem nicht erkennen läßt. Auf dem Nachweis verkehren fast ausnahmslos nur die organisirten Arbeiter, die immerhin noch am ehesten Beschäftigung finden. Um wieviel schlimmer ist es mit der großen Masse von Arbeitern bestellt, die einen Beruf nicht erlernt, welche Arbeit nehmen, wie ihnen die Gelegenheit sie bietet, die aber in der jetzigen Jahreszeit nur zu selten Beschäftigung finden. — In derselben Versammlung wurde noch folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung von Arbeitslosen fordert 1. Arbeit und Brot, 2. direkte und ausreichende Unterstützung aller Arbeitslosen aus staatlichen und kommunalen Mitteln, aber keine das Wahlrecht raubende Armenunterstützung, 3. gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, 4. Beseitigung der die industriellen Arbeiter schädigenden Zuchthausarbeit, 5. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises unter Selbstverwaltung und Kontrolle der Arbeiter, 6. Schaffung eines wirksamen Arbeiterschutzes, welcher der gewissenlosen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ziel setzt.“

Als das deutsche Massa Carrara dürfte das Fichtelgebirge bezeichnet werden. Aus Zuschriften, die wir aus gutunterrichteten Kreisen erhalten, geht deutlich genug hervor, daß die Marmorbrecher von Massa Carrara keine Ursache haben, ihre Leidensgefährten, die Granitarbeiter des Fichtelgebirges zu beneiden. Dort in jenen Steinbrüchen, wo die Granitsäulen gebrochen und bearbeitet werden, die zu den Palästen und Villen der Reichen verwandt werden, verdienen die Leute einen Lohn von 8—10 M. pro Woche. Dabei dauert

die Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Im Sommer kommt es häufig vor, daß die Leute, welche oft stundenweit bis zur Arbeitsstelle zu laufen haben, es vorziehen, gleich draußen im Steinbruch auf einem Strohlager zu übernachten, damit sie Morgens, sobald der Tag graut, ihre gefährliche Arbeit wieder aufnehmen können. Auch die Kinderarbeit wird dort in ganz unerhörter Weise ausgebeutet; hat z. B. ein Arbeiter einen Sohn, der das 10. Lebensjahr erreicht hat, so muß derselbe dem Vater nach Beendigung der Schule das Mittagbrot nach dem Steinbruch bringen und ihm dann bei der Arbeit behilflich sein. Der Vater bänkt zwei Steine auf und der Knabe muß dann mit dem schweren Stockhammer in der Hand die soweit vorgearbeiteten Flächen bis zum Schleifen weiter bearbeiten. Das Gewicht eines derartigen Stockhammers beträgt gewöhnlich 10 Pfund; die ganze Kraft des Kindes wird hier oft 8 bis 10 Stunden lang in ganz unverantwortlicher Weise in Anspruch genommen. Dazu kommt noch, daß es den todtbringenden Staub der Steine einathmen muß, wodurch der Keim der Schwindsucht schon in den Schuljahren in die Lungen der bedauernswerthen Geschöpfe verpflanzt wird. Andere Arbeiter wieder, welche in entfernteren Orten arbeiten und nur Sonntags nach Hause gehen können, bringen nicht so viel Geld mit, daß sie das bezahlen können, was sie des Sonntags bei der Familie verzehren; wo bleibt da die Frau und Kinder? Nun, die müssen einfach sehen, wie sie durchkommen.

Unter diesen Verhältnissen kann natürlich von Familienleben überhaupt nicht gesprochen werden. Im günstigsten Falle finden sich die Familienglieder des Sonntags zusammen, um nach der Kirche zu gehen, wo sie sich über ihre Armuth auf ein besseres Jenseits vertrösten lassen. Trotzdem entblödet man sich nicht, zu behaupten, die Sozialdemokraten wollten die Familien zerstören. Wollten wir das wirklich, hier bliebe uns wahrlich nichts mehr übrig zum Zerstören, denn das haben die gewissenlosen Ausbeuter, welche weiter kein Interesse haben, wie das ihres Geldsacks, längst besorgt. Das ist nur ein Beispiel von vielen herausgegriffen, denn diese Zustände haben wir in allen deutschen Steinbrüchen, und zum Theil noch weit schlimmer, wie es hier geschildert ist. Wir sehen denn, daß sich die Zustände in Deutschland in derselben Weise gestalten, als in Italien; die Ausbeutung des Kapitalismus ist eben international. Doch auch hier wird es nicht mehr allzu lange dauern und es wird Licht unter den Arbeitern werden. Die heiligste Aufgabe der organisirten Steinarbeiter Deutschlands wird es sein, ihre Brüder in den schwarzen Winkeln aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu bringen, damit sie sich bald zur Befreiung des arbeitenden Volkes als Kämpfer in unseren Reihen befinden.

Eine Untersuchung über die Lage der Textilarbeiter Berlins und Umgegend ist kürzlich von Seiten der Filiale des Zentralverbands deutscher Textilarbeiter angestellt worden. Das Resultat der Erhebungen zeigt, daß man nicht nöthig hat, weit von der Hauptstadt weg zu gehen, um die Beweise für das Vorhandensein eines bedenklichen Nothstandes, den der Herr von Böttcher bekanntlich nicht anerkennen wollte, herbei zu schaffen. — Befragt wurden 100 Meister und Gesellen der Hausindustrie. Diese selbst zerfällt in vier verschiedene Gruppen.

Die erste Gruppe ist die Shawls- und Tücher-, die zweite die Stoff-Branche, vorzüglich Damen-Konfektionsstoffe, die dritte Gruppe Peluche und Krimmer und die vierte Gruppe Fantasietücher. In der ersten Gruppe erhält der Meister inkl. Nebenarbeit, als Spulen und andere näher bezeichnete Ausgaben, bei einer Arbeitszeit von 12—16 Stunden und häufiger Sonntagsarbeit 10, 12, 16—20 M. pro Woche; der Lohnsatz von 16—20 M. wurde aber nur von 10 pCt. erreicht; der Mittelsatz 12—16 M. wurde von 60 pCt. erreicht, während 30 pCt. nur auf 10—12 M. pro Woche kommen. Hieraus ergiebt sich für die in der ersten Gruppe beschäftigten Gesellen, welche von den angegebenen Löhnen ⅔ beziehen, folgender Lohnsatz: 30 pCt. 7—8 M., 60 pCt. 8—11 M. und 10 pCt. 11—14 M. pro Woche. Während nun in der ersten Gruppe die Löhne im Sommer und Winter gleich bleiben und ein Rückgang derselben periodisch stattgefunden hat, ist in der zweiten und dritten neben dem periodischen Rückgang noch eine Differenz zwischen Sommer und Winter zu konstatiren; in der zweiten Gruppe sind im Allgemeinen dieselben Löhne, wie der ersten Gruppe festgestellt, der Rückgang beträgt seit 1889 50—75 pCt., die Differenz zwischen Sommer und Winter beträgt 10—40 pCt. Die Differenz für denselben Artikel bei verschiedenen Firmen beträgt ebenfalls 10—40 pCt. und zeichnen sich besonders die Firmen Tahlheim u. Co., Meier u. Co., David u. Co. durch besonders schlechte Löhne aus. Die dritte Gruppe, Peluche u. Krimmer, weist für das Jahr 1893, weil es ein sogen. gutes Jahr war, etwas höhere Löhne auf und zwar 10—20 pCt. mehr wie die ersten beiden Gruppen. Der Lohn betrug 18—24 M. für 10 pCt., für die übrigen 15—20 M. per Woche bei einer Arbeitszeit von 12—16 Stunden und Sonntagsarbeit und für die Gesellen ⅔ des angegebenen Lohnes. Der Rückgang seit 1886 für komplizirte Artikel 100—300 pCt., für einfache Waare 50—100 pCt. Die Differenz zwischen Winter und und Sommer beträgt 25—40 pCt. Zwischen einzelnen Firmen 10—36 pCt., besonders David u. Ko. und Bartels u. Ko. zahlen am wenigsten.

Die vierte Gruppe hat das Faktoren- oder Rechnungsmeister-System. Die Meister übernehmen das Rohmaterial vom Fabrikanten und lassen die Waaren in ihren Werkstellen herstellen. Der Lohn derselben ist nicht zu ermitteln; trotz ihrer Klagen sind aber viele derselben, besonders in Rixdorf, Hauseigenthümer. Die Gesellen haben folgende Löhne angegeben: 6, 12, 13—17 M. pr. Woche; auch hier ist der Lohnrückgang periodisch 10—20 pCt., Arbeitszeit 11—13 Stunden. Gegenwärtig sind wieder Lohnreduktionen eingetreten von 10—20 pCt. bei der Firma Schlottmann u. Ko.

Die oben angeführten Löhne beziehen sich nur auf die Zeit, wo volle Beschäftigung vorhanden ist.

Gegenwärtig findet man Hunderte beschäftigungslos und andere Hunderte ungenügend beschäftigt.

Die hiesige Weber-Innung besitzt eine sogenannte Unterstützungskasse für in Noth gerathene Mitglieder; die Beiträge für besagte Kasse werden theils durch Ueberschüsse von zu diesem Zwecke veranstalteten Festlichkeiten, theils durch freiwillige Spenden der Fabrikanten und reichen Ehrenmeister aufgebracht. Während nun vor sechs Jahren noch die Macher der Innung in der „Volks-Zeitung" damit prahlen konnten, daß eine Anzahl „würdiger" Mitglieder heimlich mit einer Weihnachtsfreude überrascht wurden, hat sich die Noth jetzt so gesteigert, daß der Vorstand nicht mehr nachzuforschen braucht, wer bedürftig ist, sondern nach Angabe des Obermeisters sind zu Ende des Jahres 1893 gegen dreihundert direkt um Unterstützung eingekommen und der Vorstand wandte sich nun bittend an eine Anzahl derselben Fabrikanten, welche durch ihre Hungerlöhne dieses Elend heraufbeschworen haben, um durch einige Mark den Opfern zu helfen. Diese Thatsachen werden genügen, um den Nichteingeweihten vor Augen zu führen, daß es nicht nöthig ist, nach dem Eulengebirge zu gehen, um Weberelend kennen zu lernen. Die Erklärung des Staatssekretärs v. Bötticher bei Gelegenheit der Nothstandsdebatte im Reichstag, wonach in der Textilindustrie eine Lohnaufbesserung stattgefunden habe und Arbeitermangel herrschen soll, ist jedenfalls genügend illustrirt.

Unternehmergewinn. Das Steinkohlen-Bergwerk Nordstern in Essen a. d. Ruhr erbrachte pro 1893 laut Geschäftsbericht einen Reingewinn von 110 000 M. — Das Böhmische Brauhaus (Berlin) erzielte nach Abschreibung von 172 254 M. einen Reingewinn von 486 887 M. Die Dividende beträgt 12 pCt. — Die Schlesische Aktien-Gesellschaft für Portland-Zement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln zahlt ihren Aktionären eine Dividende von 7½ pCt. — Das Admiralsgartenbad erzielte einen Reingewinn von 116 998 M., der Börsen-Handelsverein einen solchen von 298 098 M. und schlägt eine Dividende von 8 pCt. vor, die Zementbau-Aktiengesellschaft eine solche von 12 pCt., die Berliner Zichorienfabrik Aktien-Gesellschaft vormals H. L. Voigt eine solche von 8 pCt., die Leipziger Baumwollspinnerei eine solche von 10 pCt. gegen 6 pCt. im Vorjahre, die Baugesellschaft Humboldtshain eine solche von 6 pCt., die vereinigten vormals Pongs'schen Spinnereien und Webereien eine Dividende von 8 pCt. gegen 5½ pCt. im Vorjahre, die vereinigten Schuhstoff-Fabriken in Fulda eine solche von 12 pCt.

Versammlungen.

Im Fachverein der Uhrmacher sprach am 27. Januar Genosse Adler über „Gewerkschafts-Organisationen". Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde besonders über die Berechtigung der Streiks gesprochen, wobei die oft planlosen Ausstandsbewegungen abfällig kritisirt wurden. Unter „Verschiedenem bewilligte die Versammlung 15 M. für die streikenden Schuhmacher. Die nächste Versammlung findet am 10. Februar in der Alten Jakobstraße 83 statt. In dieser Versammlung ist die Wahl eines Vorstandsmitgliedes vorzunehmen.

Die Korbmacher hielten am 28. Januar eine Versammlung ab, in der Genosse Borchardt in einem recht beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Die moderne Ehe" referirte. Nachdem der Vortragende eine sehr eingehende Schilderung der sozialen Verhältnisse des Alterthums und Mittelalters gegeben, sowie in engem Zusammenhange mit den sozialen Verhältnissen die Stellung der Frau in der Gesellschaft zu jener Zeit kritisch beleuchtet hatte, kam er auf die gegenwärtige Stellung und Abhängigkeit der Frau zu sprechen. Eine ausführliche Behandlung erfuhren dabei die in der Gegenwart als Ehehemmniß und Hinderniß erscheinenden gesellschaftlichen Uebelstände und jene in den sogenannten besseren Ständen vorhandenen Anschauungen über die Ehe. — Nach dem Vortrage fand ein gemüthliches Beisammensein statt.

Unternehmergewinn und Arbeitslohn lautete das Thema, über welches Millasch am 29. Januar im Verein deutscher Schuhmacher (Filiale I Berlin) sprach. Der belehrende und durch reiches statistisches Material besonders anregend gemachte Vortrag fand reichen Beifall. Nach Beendigung des Referats wurden verschiedene Vereinsangelegenheiten erörtert.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins, Bezirk Moabit, hielt am 31. Januar eine Versammlung ab, in der Nather über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Metallindustrie sprach. In der auf den Vortrag folgenden Diskussion kritisirten verschiedene Redner die Ausnützung der Lehrlinge in der Schlosserei von Krause, Moabit. Hierauf wurden die Mitglieder zum fleißigen Lesen der Bibliothek aufgefordert; die Ausgabe der Bücher erfolgt Montags und Donnerstags Abends von 8 bis 9½ Uhr bei Hermerschmidt, Perlebergerstr. 27. An die Kollegen, die noch keine Vertrauensmänner für ihre Werkstatt gewählt hatten, erging die Aufforderung, das Versäumte nachzuholen. Die Vertrauensmänner-Konferenzen finden am 2. Sonnabend im Monat bei Wilke, Hochstr. 32, statt. In der Versammlung traten viele Nichtmitglieder dem Verbande bei.

Die Kupferschmiede hielten am 3. Februar im Lokal von Feindt, Weinstr. 11, eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Th. Metzner in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Gleiches Recht für Alle" referirte. Nach der Berichterstattung des Delegirten der Gewerkschaftskommission erfolgte die Neuwahl zu derselben. Der bisherige Delegirte wurde auf ein Jahr wiedergewählt und Koll. Eisen zu dessen Stellvertreter ernannt. Kollege Ladner, Beisitzer des Gewerbegerichts, gab hierauf der Versammlung den Bericht über seine Thätigkeit. Eigenthümlicher Weise, so bemerkt Redner, gehöre er als einziger Kupferschmied nicht der Kammer 5 (Metallindustrie), sondern der Kammer 3 (Bausach) an und sitze, anstatt über Fachgenossen, über Töpfer, Stuckateure, Maurer und Putzer zu Gericht, von deren technischen Streitfragen er natürlich nichts verstehe. Er ersuchte die Versammelten, bei Klagesachen sich die Auskunft nur bei dem Gewerkschaftsbureau, Rosenstr. 28 I, zu holen. Desgleichen ermahnte er sie, Versäumnißentschädigungen sofort bei der Klage-Anstrengung zu beantragen und warnte davor, Klage-Objekte mit denen anderer Kollegen im gegebenen Falle zu verbinden, da dadurch der Beklagte die Möglichkeit erhält, gegen ihn ungünstige Urtheile Berufung einlegen zu können. Töpfer Thieme erläuterte eingehend die §§ 123 und 124 der Gewerbe-Ordnung, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses betreffend, und gab seine als Beisitzer gemachten Erfahrungen zum besten. Bartel theilte mit, daß zu der kürzlich zwecks Wahl des Innungsausschusses einberufenen Versammlung der Innungsgesellen nur elf Besucher erschienen waren, die aber trotzdem einen Ausschuß von neun Personen wählten. (Gelächter.) Kassardelli gab zum Schluß bekannt, daß der Dispositionsfonds 600,94 M. aufweist.

Im Arbeiter-Bildungsverein zu Friedrichsfelde wurde am Sonntag der Kassenbericht erstattet. Nachdem die Abrechnung des Kassirers, die einen Bestand von 11,27 M. aufwies, für richtig befunden worden war, erfolgte die Decharge-Ertheilung. Der Bibliothekar hob in seinem Bericht hervor, daß die vorhandenen Bücher fleißig gelesen würden. Von den Genossen Prelke, Junge, Borghal und Wiesner wurde zum Schluß die mangelhafte Aufstellung der Wählerliste zu den Gemeindewahlen scharf getadelt.

Die Steinbildhauer nahmen am 4. Februar in einer gutbesuchten Versammlung zu dem Streik der Bildhauer bei der Firma K. Schilling Stellung. Ueber Ursachen und Bedeutung des Streiks referirte G. Winkler. Er führte aus: Bekannt sei, daß die Bildhauer Berlins sich zum Prinzip gemacht hätten, die Lohnarbeit durchzuführen, in den Werkstätten wie auf den Plätzen der Steinmetzmeister. Zum großen Theil sei dies gelungen, namentlich auf den Plätzen der „kleineren Meister". Auf den größeren Plätzen werde immer noch in Akkord gearbeitet, vor allem habe sich stets die Firma Schilling, deren Inhaber Hoflieferant sei, als ein Bollwerk gegen die Einführung der Lohnarbeit erwiesen. Die Akkordarbeit habe, wie überall, auch hier ein unausgesetztes Herabgehen des Verdienstes im Gefolge gehabt, indem von der Geschäftsleitung die Akkorde immer wieder für zu hoch befunden wurden. Schon vor zwei Jahren sei die Verdienstmöglichkeit eine geringe gewesen. Dann sei aber noch ein Polier in das Geschäft eingetreten, der sich besonders durch das Drücken der Preise die Anerkennung des Chefs zu erwerben suchte. Der Minimallohn für Steinbildhauer, 6 M. pro Tag, habe in letzter Zeit vielfach nicht mehr verdient werden können. Die Kollegen hätten es nun satt gehabt, für die üblichen niedrigen Preise noch länger zu arbeiten, bezw. dieselben noch mehr herabmindern zu lassen. Einige Rigororitäten des Poliers hätten vollends dem Faß den Boden ausgeschlagen, und so sei es denn zum Streik gekommen. Am 31. Jan. traten die Steinbildhauer des Herrn Hoflieferanten unter Hinzuziehung der Vertrauensleute anderer Plätze zusammen, um zu berathen, was zu thun sei. Nach gründlicher Erwägung der Umstände hätten sich dieselben — bis auf zwei Zurückgebliebene — dahin erklärt, vom Meister zu fordern, daß er sich verpflichte, vom 1. Februar ab keinen Bildhauergehilfen unter 6 M. Lohn pro Tag bei der üblichen Arbeitszeit von 7½ Stunden zu beschäftigen. Ferner: daß er sich verpflichte, sämmtliche für diese Forderung ausstehenden Gehilfen wieder einzustellen und keinen zu maßregeln. Die gewählte Kommission hätte sich außerdem das Recht vorbehalten, auf spätere Entlassungen eine Kontrolle auszuüben. Die Kommission habe zunächst, — nachdem man sich geeinigt hatte, sofort und nicht erst nach Fertigstellung der angefangenen Stücke in den Streik einzutreten — mit dem Polier Macher verhandelt. Derselbe habe versucht, die Ausständigen zur Beibehaltung der Akkordarbeit zu bewegen, und ihnen versprochen, für die Erhöhung einzelner Preise Sorge tragen zu wollen. Darauf sei man selbstverständlich nicht eingegangen, denn geholfen wäre den Streikenden damit nicht worden; die Lohndrückerei wäre wieder von vorne losgegangen." Schilling selbst, an den man sich dann wandte, habe sich in regelrechte Unterhandlungen erst garnicht eingelassen. Streikbrecher hätten sich noch nicht gefunden, nur der „alte Hilsbeck" und sein Sohn arbeiteten weiter. Die Zahl der Streikenden betrage 21, darunter seien 9 Verheirathete mit 12 Kindern und 12 Ledige. Dieselben hätten beschlossen, die bei Schilling gezahlten Preise festzustellen und mit deren Hinzufügung den Berliner Baumeistern und Architekten schriftlich die Gründe zur Arbeitsniederlegung mitzutheilen, um ein Aufschieben der Herrn Schilling gesetzten Lieferungsfristen möglichst zu verhüten. Der Vorsitzende des Steinmetzverbandes habe bereits zugesagt, seine Kollegen vom Stand der Dinge zu unterrichten und event. auch für materielle Unterstützung sorgen zu wollen. Der Streik sei, wenn die Bildhauer es nicht an Unterstützungen fehlen ließen, ein sehr aussichtsvoller. Wer wisse, wie frühzeitig der Steinarbeiter, infolge seiner anstrengenden Thätigkeit verbunden mit den Witterungseinflüssen zu Grunde gehe, der werde den Streik gutheißen. (Allgemeiner Beifall.) Eine ausgedehnte Debatte folgte diesen Ausführungen, an der sich u. a. Dupont, Dumansky, Bartsch, Schwarze, Donnerer, Leist, Meier, Hiller, Gärtener, Gimsitzky und Geyer betheiligten. Das Vorgehen der Ausständigen wurde von allen Seiten als gerechtfertigt anerkannt. Betont wurde, daß die Steinmetzmeister trotz ihrer Schwärmerei für den Befähigungsnachweis von den Bildhauerarbeiten nichts verständen. Für sie komme es nur auf die Profite an. Um diese recht hoch zu gestalten, würden die Preise heruntergeschraubt, so daß dadurch die Gehilfen gedrängt würden, minderwerthige Arbeit zu liefern. Die Kunst „gehe somit zum Teufel". — In einer längeren Resolution erklärt die Versammlung ihre Zustimmung zu dem Vorgehen der Kollegen. — Beschlossen wurde noch, die arbeitenden Bildhauer zu verpflichten, (Steinbildhauer sind hauptsächlich gemeint), von ihrem Wochenverdienst 6½ pCt. an die Unterstützungskasse abzuliefern, wovon 2 pCt. für die Frankfurter Streikenden verwandt werden sollen. Die Verheiratheten sollen mit 18 M., die Ledigen mit 15 M. unterstützt werden.

Friedrichsfelde. Eine am 28. Januar hier einberufene Volksversammlung beschäftigte sich nach einem Referat des Genossen Jahn über „die politische Lage" mit der Stellung zu den Gemeinderaths-Wahlen. Mehrere Redner bekundeten ihr Einverständniß, auch am hiesigen Orte den Genossen zu empfehlen, sich bei der Gemeinderaths-Wahl zu betheiligen. Eine dahin gehende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme.

In einer öffentlichen Kellnerversammlung für Rixdorf und Umgegend, die am 2. Februar in Böttcher's Lokal stattfand, referirte der Kollege Polter über die Bedeutung des im März d. J. zu Berlin stattfindenden Kongresses der Angestellten im Gastwirthsgewerbe. Der bevorstehende Kongreß, zu welchem von verschiedenen Städten Delegirte entsendet werden, soll Klarheit schaffen über die Verhältnisse im Gastwirthsgewerbe. Redner behandelt die einzelnen Punkte der zum Kongreß in Aussicht genommenen Tagesordnung. Er steht, in Anbetracht der eigenartigen Lage der Verhältnisse im Gastwirthsgewerbe, auf dem Standpunkt, die Lokalorganisation mit Vertrauensmännern beizubehalten und plädirt für Abschaffung der Trinkgelder und für Einführung eines Normallohnes: Sonntags 4 M., Nachmittags 3 M., Extrabezahlung der Putzarbeiten, sowie Abschaffung des Stellenvermittelungsunwesens. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Es wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. Die Versammlung erwartet von dem im März d. J. stattfindenden Kongreß aller Angestellten im Gastwirthsgewerbe, daß die Delegirten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen, daß den Angestellten eine gesetzlich zustehende Ruhezeit von wöchentlich 36 Stunden gewährt werde. Ferner erwartet die Versammlung, daß in allen Städten, in denen die Verhältnisse es gestatten, Protestversammlungen einberufen werden, um der Allgemeinheit Kenntniß von der langen Arbeitszeit zu geben. Eine weitere Resolution lautet: „Die Versammlung erwartet von den Delegirten zum Kongreß der Angestellten im Gastwirthsgewerbe, daß sie vor allen Dingen in ihren eigenen Organisationen für die obligatorische Einführung des Fachblattes „Der Gastwirthsgehilfe" agitiren und für die Verbreitung desselben thätig sind." Als Delegirter zum Kongreß wurde einstimmig der Kollege Polter gewählt. Dem Antrage des Genossen Steinmann zufolge wurde zum Delegirten in das Gewerkschaftskartell für Rixdorf der Kollege Wegener gewählt und hiernach ein dreigliedriges Kongreßkomitee ernannt, das für die Aufbringung der Delegirtenkosten zu sorgen hat.

Friedrichsberg. Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung tagte hierselbst am 4. d. M. im Spitzig'schen Saale. Der bisherige sozialdemokratische Gemeindevertreter O. Schultze ist ausgeloost worden und stehen die Ersatzwahlen zum Gemeinderath bevor. In einem einleitenden Vortrage legte Genosse Fritz Berndt die Gründe dar, welche für eine Betheiligung der Sozialdemokraten an den Wahlen zum Gemeinderath sprechen. Im Anschlusse hieran erstattete Genosse O. Schultze Bericht über seine Thätigkeit als bisheriger Gemeindevertreter. Wenn die Thätigkeit des sozialdemokratischen Gemeindevertreters auch keine großen positiven Erfolge aufzuweisen hat, so ist dieselbe doch keineswegs erfolglos gewesen. Bezeichnend ist, daß die Verarmung der Bevölkerung immer mehr um sich greife. Wie Schultze meinte, würde die Zahl der Wahlberechtigten immer kleiner werden. Zu erreichen wäre absolut nichts. Deshalb rieth er von einer ferneren Betheiligung an den Gemeindewahlen ab und forderte auf, sich der politischen Partei anzuschließen, um das reaktionäre Gemeinde-Wahlgesetz aus der Welt zu schaffen. Die folgende Diskussion ergab, daß die Versammelten getheilter Ansicht waren. Als maßgebender Grund gegen die Wahlbetheiligung wurde angeführt, daß keine geeigneten Kandidaten zu finden seien, der ökonomischen Verhältnisse wegen. Das Ergebniß der Verhandlungen war, daß mit Stimmenmehrheit beschlossen wurde, in die Gemeinderathswahlen einzutreten. In das Wahlkomitee wurden gewählt die Genossen Bernhard Lange, Oskar Schultze, F. Schultze, Jakoby, Belzig, Hampel und Swenn. Auf die Kandidatenliste wurden gestellt August Stiller und Paul Linke. Die definitive Kandidatenwahl erfolgt in einer späteren Versammlung.

Stralau. Im Saale der „Alten Taverne" tagte am Sonntag, den 4. d. M., eine Volksversammlung. Dieselbe nahm nach einem Vortrage des Genossen Hoffmann (Pankow) über „Unsere Volksschule" den Bericht des Gemeindevertreters Genossen W. Buck entgegen. Demselben ist insbesondere zu entnehmen, daß Buck im Gemeinderathe die Verabfolgung der Lehrmittel an die Zöglinge der Gemeindeschule auf Gemeindekosten beantragt hatte, daß dieser Antrag aber abgelehnt wurde. Die Versammlung protestirte in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen die Ablehnung dieses Antrages seitens des Gemeinderaths und beauftragte den Gemeindevertreter Buck, denselben Antrag nochmals einzubringen und mit aller Kraft dafür einzutreten. Unter „Verschiedenem" wurde unter anderem auch wieder gegen den Wirth der „Alten Taverne", Christian Schröder, Klagen laut, welche die bestehende Lokalkommission zur Untersuchung ziehen wird. Auch wurde der Gemeindevertreter Buck beauftragt, beim Amtsvorsteher wegen Reinhaltung der Wege zwischen Stralau und Rummelsburg vorstellig zu werden.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.